

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1974

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

- 179 Mit diesem Beitrag können erstmals Landesergebnisse für die drei traditionellen Berechnungszeiten des Sozialprodukts, Entstehung, Verteilung und Verwendung, vorgelegt werden. In diesem Heft werden Hinweise zur Berechnungsmethode gegeben und die Entstehungsseite des Sozialprodukts 1960 bis 1973 abgehandelt, im nächsten Monatsheft folgt ein Beitrag über Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts sowie die gesamtwirtschaftliche Produktivität.
-

Ernteaussichten für 1974

- 190 Neben endgültigen Erntermittlungen werden für die wichtigsten Fruchtarten auch Vorschätzungen über die zu erwartenden Erträge vorgenommen. Die hier erläuterten Ernteprognosen beziehen sich auf den Stand von Ende Juli/Anfang August und setzen für die nächsten Wochen und Monate einen normalen Witterungsverlauf voraus.
-

10 Jahre Moselschiffahrt

- 194 Von dem Ausbau der Mosel zur Großschiffahrtsstraße wurde das Moseltal in seiner wirtschaftlichen Entwicklung sehr günstig beeinflusst. Zu nennen ist neben dem Fremdenverkehr vor allem auch die Industrie.
-

Lehrernachwuchs 1974

- 198 Vorausschätzungen über den Lehrerberdarf muß der zu erwartende Lehrerbstand gegenübergestellt werden. Zahlen über den Lehrernachwuchs an den Studienseminaren geben dafür Hinweise.
-

Angestellte 1972

- 200 Weibliche Angestellte üben am häufigsten einfachere Tätigkeiten aus. Erst jede dritte ist einer höheren Leistungsgruppe zugeordnet, während nur 16 von 100 Angestellten auf untere Leistungsgruppen entfallen.
-

Gartenbau 1972

- 203 Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1971/72 sind daher auch die Gartenbaubetriebe mit Hilfe einer eigenen Erhebung einer umfassenden statistischen Bestandsaufnahme unterzogen worden.
-

Anhang

- 57* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
63* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen jetzt auch für Rheinland-Pfalz

Mit zunehmender Verfeinerung des statistischen Erhebungsprogramms können jetzt erstmals Landesergebnisse über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts vorgelegt werden. Die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder nach einheitlicher Methode zusammengestellten Zahlen lassen einen Vergleich der Länderergebnisse untereinander und mit dem Bundesergebnis zu. Die Berechnungen umfassen unter anderem volkswirtschaftlich so bedeutende Globalgrößen wie Inlands- und Sozialprodukt, Volkseinkommen, Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, verfügbares Einkommen, privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen, Ersparnis und gesamtwirtschaftliche Produktivität für die Jahre 1960 bis 1973 bzw. 1970.

Im Rahmen der Entstehungsrechnung wurde der Bruttoproduktionswert des Jahres 1970 von 91,2 Mrd. DM um die Vorleistungen von insgesamt 53,7 Mrd. DM reduziert. Zieht man von dem daraus resultierenden Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 37,4 Mrd. DM die Abschreibungen in Höhe von 4,1 Mrd. DM ab, so erhält man das Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen, das sich auf 33,3 Mrd. DM beläuft. Durch weiteren Abzug der indirekten Steuern abzüglich Subventionen, die 4,2 Mrd. DM ausmachen, errechnet sich das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten in Höhe von 29,1 Mrd. DM. Dieses wiederum wird um 0,4 Mrd. DM Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland sowie den übrigen Ländern des Bundesgebietes zum Nettosozialprodukt zu Faktorkosten von 28,8 Mrd. DM verringert.

Im Rahmen der Verteilungsrechnung wird das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, das auch als Volkseinkommen bezeichnet wird, aufgeteilt in 18,7 Mrd. DM Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und 10,0 Mrd. DM Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Eine erneute Addition der indirekten Steuern abzüglich Subventionen und Subtraktion des Saldos der laufenden Übertragungen gegenüber dem Ausland von 0,4 Mrd. DM ergibt das verfügbare Einkommen der inländischen Sektoren von insgesamt 32,5 Mrd. DM. Hiervon entfallen auf die privaten Haushalte 24,4 Mrd. DM.

In der Verwendungsrechnung, die vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen von 37,0 Mrd. DM ausgeht - es errechnet sich durch Subtraktion des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland sowie den übrigen Ländern des Bundesgebiets vom Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen -, wird das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen nach den Verwendungsarten privater Verbrauch (20,6 Mrd. DM), Staatsverbrauch (6,3 Mrd. DM) und Anlageinvestitionen, reduziert um Vorratsveränderung, Außenbeitrag und statistische Differenzen (10,1 Mrd. DM), aufgeteilt. Mehr über dieses Thema auf Seite 179

Nur geringes Wachstum der industriellen Produktion im 1. Halbjahr 1974

Während sich die Produktion der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft im Juni dieses Jahres gegenüber dem Vormonat wieder um 3,1% erhöhte, wurde das Vorjahresmonatsergebnis nur geringfügig um 0,3% übertroffen. Die günstigste Entwicklung

wiesen die Investitionsgüterindustrien auf, die ihren Output gegenüber den beiden Vergleichsmonaten um 6,8 bzw. 5,0% steigern konnten. Während die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit Raten von + 3,3 und + 1,9% ebenfalls ein überdurchschnittliches Wachstum zeigten, mußten die übrigen - von der zurückhaltenden privaten Nachfrage am meisten berührten - Industriebauptgruppen mehr oder weniger starke Produktionseinbußen hinnehmen. Am stärksten waren hiervon die Nahrungs- und Genußmittelindustrien (- 4,9 bzw. 9,1%) betroffen. Die Verbrauchsgüterindustrien stellten zwar um 0,3% mehr her als im Vormonat, lagen damit aber um 7,7% unter dem gleichen Vorjahresmonat.

Im ersten Halbjahr 1974 wurde die Produktion des gleichen Vorjahreszeitraums nur um 0,6% übertroffen, gegenüber + 8,4% im Vergleich erstes Halbjahr 1973 zum ersten Halbjahr 1972. Eine relativ günstige Entwicklung nahmen dabei die Grundstoff- und Produktionsgüter- (+ 2,5%) und die Investitionsgüterindustrien (+ 2,4%). Dagegen erreichte die Nahrungs- und Genußmittelindustrie nur noch ein bescheidenes Wachstum von + 0,7%, während die Verbrauchsgüterindustrien sogar um 7,2% weniger produzierten als im ersten Halbjahr 1973. mc

Lohnsteueraufkommen nimmt wieder stärker zu

Das Wachstum der Steuereinnahmen hat sich weiter abgeschwächt. In der ersten Hälfte dieses Jahres stieg das Aufkommen an staatlichen Steuern nur noch um 4,4% auf 4 506 Mill. DM. Entgegen dieser allgemeinen Entwicklung nahm das Aufkommen an Lohnsteuer wieder stärker zu und erreichte einen Betrag von 1 602 Mill. DM (+ 15,8%), da die Tarifvereinbarungen des Frühjahrs sich jetzt auch in den Steuereingängen niederschlugen. Dagegen zeigte der zweite Vorauszahlungstermin im Juni eine Stagnation bei der veranlagten Einkommensteuer; das Aufkommen erhöhte sich im ersten Halbjahr nur um 2,8% auf 565 Mill. DM. Die Körperschaftsteuer wies mit 289 Mill. DM (- 13,4%) sogar einen deutlichen Rückgang auf. Etwas günstiger verlief die Entwicklung bei den Steuern vom Umsatz, deren Aufkommen 1 193 Mill. DM (+ 5,5%) erreichte. Ausschlaggebend hierfür war der anhaltend kräftige Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer.

Überwiegend rückläufig entwickelten sich die Einnahmen aus den Bundessteuern; insgesamt war das Aufkommen mit 555 Mill. DM um 8,6% geringer als im ersten Halbjahr 1973. Höhere Zahlungseingänge als im Vorjahr waren nur beim Branntweinmonopol, der Tabaksteuer und der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu verzeichnen. Das Aufkommen an reinen Landessteuern verringerte sich um 4,6% auf 278 Mill. DM. Die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer, der aufkommenstärksten Landessteuer, blieben infolge der Entwicklung am Automobilmarkt mit 159 Mill. DM gegenüber der ersten Jahreshälfte 1973 nahezu unverändert.

Die steuerpolitischen Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung liefen am 30. Juni aus. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden 74 Mill. DM als Stabilitätzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer abgeschöpft. Außerdem gingen noch 9 Mill. DM Restzahlungen an Investitionssteuer ein, die bereits im Dezember vergangenen Jahres ausgesetzt worden war. ly

Zunahme der Insolvenzen im 1. Halbjahr 1974

Im ersten Halbjahr 1974 wurden von den rheinland-pfälzischen Amtsgerichten insgesamt 178 Insolvenzen gemeldet, darunter 170 eröffnete oder mangels Masse abgelehnte Konkurse mit voraussichtlichen Forderungen von zusammen über 161 Mill. DM. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der Insolvenzfälle um 74, das sind + 71,1%, während sich die Forderungshöhe bei den Konkursen nahezu versechsfachte. Im zweiten Halbjahr 1973, als sich - nicht zuletzt als Folge der Restriktionspolitik von Bundesregierung und Bundesbank - erstmals seit längerem eine vermehrte Insolvenzanfälligkeit ergab, waren gegenüber dem Berichtszeitraum 1974 zwar 13 Insolvenzfälle weniger registriert, aber gut 27 Mill. DM mehr an Forderungen angemeldet worden.

Drei Viertel der finanziellen Zusammenbrüche, nämlich 135, betrafen Erwerbsunternehmen, von denen 64, also knapp die Hälfte, höchstens fünf Jahre bestanden. Auf das verarbeitende Gewerbe entfielen mit 37 Fällen die meisten der insolvent gewordenen Unternehmen, gefolgt vom Handel (35 Fälle), vom Baugewerbe (33 Fälle), und dem Dienstleistungsbereich (27 Fälle).

Die Zahl der Millionenkurse belief sich auf 24 Fälle, die allein 86,4% aller reklamierten Forderungen auf sich vereinigten. he

Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz überschreitet 3,7 Millionen

Anfang 1974 hatte das Land Rheinland-Pfalz eine Wohnbevölkerung von 3 700 787 Personen. Davon waren 1 772 951 Personen (47,9%) männlich und 1 927 836 Personen (52,1%) weiblich.

Durch die fortschreitende Verwaltungsreform zählte das Land zu diesem Zeitpunkt nur noch 2 463 Gemeinden gegenüber 2 905 im Jahre 1968. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung (2 155 940 Personen oder 58,2%) lebte in Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern. In den fünf Großstädten wohnten 680 651 Personen (18,3%). Der Rest der Bevölkerung (23,5%) verteilte sich auf die 34 Gemeinden mit 10 000 bis 100 000 Einwohnern.

Bei der Altersgliederung der Bevölkerung ist in der Gruppe der unter 10jährigen weiterhin ein Rückgang festzustellen. Die Gründe dafür sind die stark abnehmenden Geburtenzahlen, und das Herauswachsen der geburtenstarken Jahrgänge aus dieser Gruppe. Das wird bestätigt durch die erneute Zunahme der Altersgruppe mit 10 bis 25 Jahren. Auch die Bevölkerung im Alter über 65 Jahren wächst immer noch an. Allerdings deutet sich hier eine Tendenzwende an, indem die darunterliegende Gruppe stetig abnimmt.

Bedingt durch den immer noch starken Frauenüberschuß ergibt sich, daß zwar 50,9% der Männer aber nur 46,9% der Frauen verheiratet sind. Bei den über 60jährigen ist dieses Ungleichgewicht noch viel ausgeprägter. Den 52,9% verheirateten Männern stehen nur 38,8% verheiratete Frauen gegenüber. Die große Zahl verwitweter Frauen in diesen Altersjahren macht die höhere Lebenserwartung weiblicher Personen deutlich.

Bei den geschiedenen Personen ist weiterhin eine Zunahme festzustellen. Es sind jetzt 1,5% der Männer und 2% der Frauen geschieden. ko

10 Jahre Moselschiffahrt

Die Struktur des Moseltales wurde durch den Ausbau der Mosel zur Großschiffahrtsstraße vor zehn Jahren wesentlich verbessert. Das erwartete Verkehrsaufkommen von 10 Mill. t wurde bereits 1970 erreicht. Durch Installierung von Laufwasserkraftwerken stieg der Anteil der Stromerzeugung, gemessen am Verbrauch, auf über 30% in den Jahren 1967/68, sank in der Folgezeit aber wieder erheblich ab. Die Leistung dieser Laufwasserkraftwerke ist zwar von der Wasserführung abhängig, vornehmlich ist der Rückgang dieses Anteils aber durch die starke Verbrauchszunahme bedingt.

Den größten Güterumschlag der deutschen Moselhäfen verzeichneten Koblenz-Raurental mit einem Anteil von 47,5 und Trier mit 27,4%. Auf die übrigen Umschlagplätze entfielen 25,1%. In Koblenz werden vorwiegend Mineralölzeugnisse, in Trier Kohlen umgeschlagen.

Die Zahl der übernachtenden Gäste stieg von 1963 von 528 000 auf 759 000 im Fremdenverkehrsjahr 1973 (+ 43,8%) und der Übernachtungen von knapp 1,4 auf 2,4 Mill. (+ 73,6%). Schließlich erhöhte sich die Zahl der Industriebeschäftigten im Moseltal von 1963 bis 1967 um 6 000 bzw. zwei Drittel. Die entsprechende Vergleichsquote für das übrige Bundesgebiet stellte sich auf 10,9 und für das Land auf 12,2%. sp

Mehr über dieses Thema auf Seite 194

Fast 80% der Erwerbstätigen nahmen ihre Berufstätigkeit nach Abschluß der Volksschule auf

Von den deutschen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz nahmen 78,7% nach dem Volksschulabschluß, 5,7% nach Erlangen der Mittleren Reife und 1,2% nach dem Abitur eine Berufstätigkeit auf; 9,8% absolvierten im Anschluß an den Besuch der allgemeinbildenden Schulen noch eine weiterführende Schule, davon 8,7% eine Berufsfach- oder Fachschule, 1,1% eine Ingenieurschule und 3,5% eine Hochschule. Zum Zeitpunkt der Zählung befanden sich 1,2% der Erwerbstätigen noch in einer schulischen Ausbildung. nd

Jede zweite Angestellte übt einfachere Tätigkeiten aus

Rund die Hälfte der männlichen Angestellten gehörte nach den Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972 zu der mittleren Leistungsgruppe III, ein Viertel zu Gruppe II, während etwa 7% auf die Gruppe I b der leitenden Angestellten kamen. Seit 1966 ist wieder eine Verschiebung von den unteren in die oberen Leistungsgruppen festzustellen, die sich in einer prozentual geringeren Besetzung der Gruppen III und IV ausdrückt. Von den weiblichen Angestellten befand sich freilich noch knapp die Hälfte in Gruppe IV und jede dritte in Gruppe III. Auf die unterste Qualifikationsstufe V entfielen 12% der Frauen, aber nur 2% der Männer.

Nach der Beschäftigungsart unterschieden hatten rund 59% der männlichen Angestellten einen kaufmännischen und etwa 27% einen technischen Beruf. Weitere 14% wurden als Meister im Angestelltenverhältnis ausgewiesen. Die weiblichen Angestellten waren zu 96% in kaufmännischen Berufen tätig. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 200

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts

Nunmehr können erstmals Landesergebnisse für die drei traditionellen Berechnungsseiten des Sozialprodukts vorgelegt werden. Während für das Bundesgebiet bereits seit Anfang der 50er Jahre Ergebnisse über Entstehung, Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts errechnet werden, beschränkte sich das Berechnungsprogramm der Länder bisher nahezu ausschließlich auf die Entstehungsseite. Mit zunehmender Verfeinerung des statistischen Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms war es jetzt möglich, neben dem Brutto- und Nettoinlandsprodukt volkswirtschaftlich so bedeutende Globalgrößen wie Volkseinkommen, Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen, verfügbares Einkommen, Brutto-sozialprodukt, privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Ersparnis auf Landesebene zu regionalisieren.

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf einer gemeinsamen Arbeit der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes. Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, dem Vertreter der Landesämter und des Bundesamtes angehören, hat dieses vor mehr als einem Jahrzehnt begonnene Vorhaben mit Zahlen für die Jahre 1960 bis 1970 zu einem ersten Abschluß gebracht. Das Tabellen-

werk ist in dem Sinne in sich geschlossen, als die verschiedenen Berechnungsseiten je Land aufeinander und die nach übereinstimmenden Methoden ermittelten Länderergebnisse untereinander und mit dem Bundesergebnis abgestimmt sind.

Trotz des erheblichen Arbeitsaufwandes, der zur Erstellung dieser Ergebnisse erforderlich war, können die im folgenden veröffentlichten Zahlen nur als ein erster Versuch angesehen werden, die wichtigsten Eckwerte aus Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts regional gegliedert darzustellen, da zahlreiche Aggregate der Berechnungen noch immer mangels statistischen Materials oder infolge unzureichender statistischer Daten geschätzt werden mußten. Kritische Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden daher jederzeit gerne berücksichtigt.

Der vorliegende Beitrag umfaßt in der Entstehungsrechnung die Jahre 1960 bis 1973, er bringt für Verteilung und Verwendung dagegen Ergebnisse der Jahre 1960 bis 1970. Eine Weiterführung der beiden letztgenannten Berechnungsteile bis zum Jahre 1973 wird derzeit vorbereitet. Zukünftig sollen die Daten aus Verteilung und Verwendung in das jährliche Programm aufgenommen werden.

I. Vorbemerkungen zur Berechnungsmethode

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sollen ein möglichst umfassendes, übersichtliches, hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens einer Volkswirtschaft vermitteln, in das alle Wirtschaftseinheiten, Personen und Institutionen, mit ihren für die Beschreibung des Wirtschaftsablaufs wichtigen wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit verbundenen Vorgängen einbezogen sind. Zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Sozialprodukt als umfassender Maßstab für die wirtschaftliche Leistung eines Gebietes.

Das Sozialprodukt umfaßt den Geldwert aller während eines bestimmten Zeitraumes erzeugten Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft, die entweder durch die privaten Haushalte und den Staat verbraucht, für Investitionszwecke verwendet oder anderen Volkswirtschaften netto, das heißt als Ausfuhren nach Abzug der Einfuhren, zur Verfügung gestellt werden. Unter Volkswirtschaft wird dabei die Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten verstanden, die ihren ständigen Sitz im Inland haben. Für die Abgrenzung ist die Staatsangehörigkeit ohne Bedeutung, ebenso ist es unerheblich, ob die Wirtschaftseinheiten eigene

Rechtspersönlichkeit haben. Ständig im Inland befindliche Produktionsstätten, Verwaltungseinrichtungen usw. zählen deshalb zu den inländischen Wirtschaftseinheiten, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen; umgekehrt gehören ständig in der übrigen Welt gelegene Produktionsstätten, Verwaltungseinrichtungen usw. im Eigentum von Inländern nicht zu den inländischen Wirtschaftseinheiten. Ausnahmen von dieser Regel bilden diplomatische und konsularische Vertretungen sowie die im Inland stationierten ausländischen Streitkräfte. Die genannten Regelungen für die Abgrenzung der Volkswirtschaft gegenüber der übrigen Welt gelten sinngemäß auch für die Abgrenzung der Bundesländer untereinander. Das Sozialprodukt wird nach seiner Entstehung, Verteilung und Verwendung berechnet. Als Grundlage zur Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität sind Erwerbstätigenzahlen in das Berechnungsprogramm aufgenommen worden.

Wie das statistische Ausgangsmaterial beziehen sich die Ergebnisse der Sozialproduktsberechnungen auf abgelaufene Zeiträume. Sie stellen ein umfassendes Instrument der Wirtschaftsbeobachtung sowie eine wesentliche Grundlage für gesamtwirtschaftliche Analysen

Gliederung und Bezeichnung der Wirtschaftsbereiche in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

11 Bereiche	4 bzw. 5 Bereiche	
0. Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei kurz: Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei kurz: Land- und Forstwirtschaft	
1. Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau kurz: Energiewirtschaft	Waren produzierendes Gewerbe kurz: Produzierendes Gewerbe	
2. Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) kurz: Verarbeitendes Gewerbe		
3. Baugewerbe		
4. Handel	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung kurz: Handel und Verkehr	
5. Verkehr und Nachrichtenübermittlung kurz: Verkehr		
6. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe kurz: Kreditinstitute	Gewerbliche	Dienstleistungen
7. Wohnungsvermietung (einschl. Nutzung von Eigentümerwohnungen) kurz: Wohnungsvermietung		
8. Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht kurz: Dienstleistungsgewerbe		
9. Gebietskörperschaften und Sozialversicherung kurz: Staat	Nichtgewerbliche	
10. Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte kurz: Private Haushalte		

und Prognosen dar und sind in erster Linie als Orientierungsmaßstab für die Konjunktur- und Wachstumspolitik konzipiert. Für die Struktur-, Finanz- und Regionalpolitik sind sie ein Instrument von zunehmender Bedeutung geworden.

Darstellungseinheiten

Als Darstellungseinheit dienen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes die kleinsten Institutionen, die selbst bilanzieren (Unternehmen) beziehungsweise eine eigene Haushalts- und gegebenenfalls Vermögensrechnung aufstellen (Gebietskörperschaften, Kirchen, private Haushalte). Da zahlreiche Unternehmen in mehreren Ländern Betriebe führen, muß die Länderberechnung aus Gründen der richtigen regionalen Abgrenzung wie auch materialbedingt von den örtlichen Einheiten als Berechnungseinheit ausgehen, deren wirtschaftliche Zuordnung nach dem Schwerpunkt des übergeordneten Unternehmens erfolgt, damit eine übereinstimmende Darstellung der Wirtschaftsbereiche in der Gliederung nach Ländern mit den nicht regional gegliederten Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes gewährleistet ist. Die so gewonnenen regionalen Ausgangswerte werden in einer weiteren Berechnungsstufe bereichsweise mit den Bundeswerten abgestimmt.

Die Zusammenfassung der kleinsten Darstellungseinheiten zu Wirtschaftsbereichen und Sektoren richtet sich in erster Linie nach der Art und Kombination der in ihnen vereinigten Tätigkeiten, ihrer Stellung zum Markt und ihren Finanzierungsmöglichkeiten. Die drei großen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterschiedenen Sektoren sind die Unternehmen, der Staat sowie die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Die Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Landes haben, wird als übrige Welt bezeichnet.

Entstehungsrechnung

Die Entstehungsrechnung geht aus von der wirtschaftlichen Gesamtleistung eines Landes ohne Rücksicht darauf, ob sie von Inländern oder Nichtgebietsansässigen erbracht worden ist. Dieses nach dem Gebiet abgegrenzte Inlandsprodukt gibt zugleich einen Maßstab für die Wirtschaftsleistung und - in seiner Gliederung nach Wirtschaftsbereichen - ein Abbild der Wirtschaftsstruktur dieses Landes.

Das Inlandsprodukt kann brutto und netto, zu Marktpreisen und zu Faktorkosten ausgewiesen werden. Das Nettoinlandsprodukt wird aus dem Bruttoinlandsprodukt gewonnen, indem die verbrauchsbedingten Abschreibungen auf die zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Anlagegüter abgezogen werden. Brutto- und Nettoinlandsprodukt sind zunächst zu Marktpreisen bewertet, da alle in die Rechnung eingehenden Ertrags- und Aufwandsgrößen ebenfalls zu Marktpreisen (aus-hilfsweise zu Herstellungskosten) angesetzt werden. Neben dem Marktwert ist jedoch der Kostenwert aller an der Leistungserstellung beteiligten Produktionsfaktoren von Interesse. Dieser ergibt sich aus dem Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen durch Addition der vom Staat gezahlten Subventionen und durch Subtraktion der bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen indirekten Steuern. Man erhält damit das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, das der Summe der im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen entspricht.

Anzumerken ist, daß die Angaben für die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Inlandsprodukt zu Marktpreisen gegenüber der Gesamtgröße ab 1968 etwas überhöht ausgewiesen sind. Der Mehrbetrag bei der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen besteht aus der

Statistischer Bericht A - PO / Vgde 1974 - 1

**Ausgewählte Strukturdaten für Verbandsgemeinden,
Verbandsfreie Gemeinden, Kreisfreie Städte und Landkreise 1974**

40 Seiten, DIN A 4, Preis DM 2,50

Über den Inhalt des Berichts, der 58 Angaben für jede Verbandsgemeinde und kreisfreie Gemeinde enthält, informiert Sie die 3. Umschlagseite dieses Heftes.

Ich bestelle Ex. des Statistischen Berichts

Ausgewählte Strukturdaten für Verbandsgemeinden,
Verbandsfreie Gemeinden, Kreisfreie Städte und
Landkreise 1974 - zum Preis von DM 2,50

.....

Datum

Adresse (Stempel)

.....

Unterschrift

**Statistisches Landesamt
Rheinland - Pfalz
– Zentralreferat –**

**5427 Bad Ems
Mainzer Straße 15/16**

Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

dargestellt an den Ergebnissen für Rheinland-Pfalz 1970

Bruttoproduktionswert		91 156 Mill. DM		
		– Vorleistungen	53 737 Mill. DM	
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen		37 419 Mill. DM		
– 399 Mill. DM	± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland sowie den übrigen Ländern des Bundesgebietes			
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen		37 020 Mill. DM		
Privater Verbrauch	20 585 Mill. DM	Staatsverbrauch	6 317 Mill. DM	Anlageinvestitionen 10 450 Mill. DM
		– Abschreibungen	4 090 Mill. DM	
Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen		33 329 Mill. DM		
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen		32 930 Mill. DM		
		– indirekte Steuern + Subventionen	– 4 181 Mill. DM	
Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten		29 149 Mill. DM		
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen		28 750 Mill. DM		
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	18 722 Mill. DM	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 10 029 Mill. DM		
		± Saldo der laufenden Übertragungen zwischen In- und Ausland		– 402 Mill. DM
Verfügbares Einkommen der inländischen Sektoren		32 528 Mill. DM		
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	24 424 Mill. DM	V.E. der übrigen Sektoren 8 104 Mill. DM		
Privater Verbrauch	20 585 Mill. DM	Staatsverbrauch	6 317 Mill. DM	Ersparnis 5 626 Mill. DM

Restposten (Vorratsveränderung, Außenbeitrag, statistische Differenz)
= 332 Mill. DM

Restposten (Vorratsveränderung, Außenbeitrag, statistische Differenz)
– 332 Mill. DM

Differenz zwischen dem Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und der Investitionssteuer gemäß § 30 UStG.

Wenn Preisveränderungen, die die Entwicklung des Produktionsergebnisses in jeweiligen Preisen beeinflussen, ausgeschaltet werden sollen, um ein Bild der Volumensentwicklung zu bekommen, muß von einer Bewertung in konstanten Preisen ausgegangen werden. Hierfür werden zur Zeit Preise des Basisjahres 1962 verwendet. Die verwendeten Preisindizes (Deflatoren) haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der Warenkorb des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem des Basisjahres. Die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen - wegen der wechselnden Wägung - nur mit einer gewissen Einschränkung abzulesen.

Verteilung und Umverteilung

Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten wird auch als Wertschöpfung bezeichnet. Sie setzt sich aus den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Faktoreinkommen) zusammen. Der Unterschied zwischen dem Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten und dem Nettosozialprodukt (Inländerprodukt) zu Faktorkosten, das auch als Volkseinkommen bezeichnet wird, besteht in dem Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von und nach dem Ausland beziehungsweise den anderen Ländern des Bundesgebietes.

Das Volkseinkommen gliedert sich ebenfalls in Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, bezieht sich hier jedoch auf die den Inländern letztlich zugeflossenen Zahlungen.

Das Volkseinkommen ergibt sich damit in der Länderrechnung für die Einkommen aus unselbständiger Arbeit aus der Gleichung:

Im Inland entstandene Einkommen aus unselbständiger Arbeit

- + von Inländern in den übrigen Ländern und im Ausland erworbene Einkommen aus unselbständiger Arbeit (= Auspendlereinkommen)
- von Erwerbstätigen aus den übrigen Ländern und aus dem Ausland im Inland erworbene Einkommen aus unselbständiger Arbeit (= Einpendlereinkommen)
- = den Inländern zugeflossene Einkommen aus unselbständiger Arbeit (= Inländerkonzept).

Die den Inländern aus allen Sektoren im Inland und der übrigen Welt zugeflossenen Einkommen aus unselbständiger Arbeit werden ausschließlich dem Sektor private Haushalte zugeordnet. Sie umfassen die Bruttolöhne und -gehälter, die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.

Die ausschließlich im inländischen Unternehmenssektor entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden in ähnlicher Weise auf das Inländerkonzept umgerechnet:

Im Inland entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Inlandskonzept)

- + von Inländern in den übrigen Ländern und im Ausland erworbene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- von Gebietsfremden im Inland erworbene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- = den Inländern verbleibende Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Inländerkonzept).

In der Länderrechnung war es bisher nur möglich, den Saldo zwischen den im Inland entstandenen und den den Inländern zugeflossenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in einer Summe zu ermitteln.

Der Nachweis der Anteile der Sektoren Unternehmen und Staat am Volkseinkommen, der im Unternehmenssektor ausschließlich die unverteilteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und im Staatssektor die Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich der Zinsen auf Staatsschulden umfaßt, mußte vorerst unterbleiben, da mangels ausreichenden statistischen Ausgangsmaterials eine zuverlässige Berechnung für Bundesländer zur Zeit noch auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt.

In der Einkommensumverteilung wird dargestellt, wie sich die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen durch empfangene laufende Übertragungen erhöht und durch geleistete laufende Übertragungen vermindert haben. Zu den laufenden Übertragungen zählen alle Geldleistungen, für die keine spezielle Gegenleistung erbracht wird und die nicht als Vermögensübertragungen angesehen werden. Das Ergebnis der Umverteilungsrechnung stellt das verfügbare Einkommen der inländischen Sektoren dar, das für den letzten Verbrauch und die Ersparnis zur Verfügung steht.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) ergibt sich aus folgenden Berechnungsvorgängen:

Anteil der privaten Haushalte am Volkseinkommen (= Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich Zinsen auf Konsumentenschulden)

- Direkte Steuern sowie Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (= Kfz-Steuer der privaten Haushalte, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer)
- Sozialversicherungsbeiträge (= Pflicht- und freiwillige Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten) vor allem auf folgenden Gebieten:
 - Altersversorgung einschließlich Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte
 - Gesundheitsvorsorge und Hilfe im Krankheitsfall (soziale Krankenversicherung)
 - Schutz vor Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenversicherung)
- Nettoprämien für Schadenversicherungen
- Heimatüberweisungen der ausländischen Arbeitnehmer
- Verwaltungsgebühren der privaten Haushalte an den Staat, Erstattungen von Sozialleistungen, Strafen und ähnliche.
- + Renten und sonstige Geldleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung einschließlich öffentlicher Pensionen
- + Renten, Pensionen und sonstige Geldleistungen aus der übrigen Welt
- + Versicherungsleistungen der Schadensversicherungsunternehmen
- = Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter).

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann für viele Untersuchungszwecke als ein Maßstab für die Kaufkraft der Bevölkerung eines Gebietes angesehen werden. Das verfügbare Einkommen des Unternehmenssektors und des Staates wird aus den bereits angegebenen Gründen nur als Saldo zusammengefaßt nachgewiesen.

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts der Länder 1970

Berichtsmerkmal	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
Mill. DM												
1 Produktionswert	1 814 360	61 491	106 147	178 335	33 440	554 708	161 663	91 156	263 218	278 882	26 495	58 825
2 - Vorleistungen	1 127 400	38 613	72 663	111 305	22 923	355 790	97 827	53 737	159 525	165 956	15 855	33 206
Vorleistungsquote (2:1 in %)	62,1	62,8	68,5	62,4	68,5	64,1	60,5	59,0	60,6	59,5	59,8	56,4
3 = Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	686 960	22 878	33 484	67 030	10 518	198 918	63 835	37 419	103 693	112 927	10 640	25 619
4 - Abschreibungen	74 780	2 581	3 654	7 236	1 172	21 926	6 782	4 090	11 123	12 279	1 175	2 762
Abschreibungsquote (4:3 in %)	10,9	11,3	10,9	10,8	11,1	11,0	10,6	10,9	10,7	10,9	11,0	10,8
5 = Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen	612 180	20 297	29 830	59 793	9 346	176 992	57 053	33 329	92 570	100 648	9 465	22 857
6 - Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	81 630	2 670	7 396	6 935	2 191	23 548	5 235	4 181	11 827	12 347	1 003	4 296
Anteil am BIP zu Marktpreisen (6:3 in %)	11,9	11,7	22,1	10,3	20,8	11,8	8,2	11,2	11,4	10,9	9,4	16,8
7 = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten	530 550	17 627	22 434	52 858	7 155	153 444	51 818	29 149	80 743	88 301	8 462	18 560
darunter:												
8 Einkommen aus unselbständiger Arbeit ¹⁾	352 140	11 102	15 616	35 191	5 705	106 127	32 609	17 298	54 562	54 328	6 207	13 394
Lohnquote (8:7 in %)	66,4	63,0	69,6	66,6	79,7	69,2	62,9	59,3	67,6	61,5	73,4	72,2
9 = Saldo d. Erwerbs- u. Vermögenseinkommen	- 1 380	1 851	- 1 187	2 718	- 52	- 2 049	- 2 154	- 399	3 794	- 3 303	- 715	135
10 = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten	529 190	19 478	21 247	55 576	7 103	151 395	49 665	28 750	84 537	84 998	7 747	18 695
davon:												
11 Einkommen aus unselbständiger Arbeit ²⁾	353 190	12 176	14 174	36 413	4 905	105 845	32 767	18 722	54 021	54 757	5 977	13 434
12 Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ²⁾	176 000	7 302	7 072	19 163	2 197	45 550	16 898	10 029	30 517	30 241	1 770	5 261
13 Nettosozialprodukt z. M. (13=10+6=5+9)	610 820	22 148	28 643	62 512	9 294	174 943	54 899	32 930	96 364	97 345	8 750	22 992
14 = Saldo der laufenden Übertragungen ³⁾	- 9 000	- 186	- 274	- 771	- 86	- 2 446	- 1 019	- 402	- 1 973	- 1 453	- 89	- 302
15 = Verfügbares Einkommen	601 820	21 962	28 369	61 741	9 208	172 497	53 881	32 528	94 391	95 892	8 661	22 689
darunter:												
16 der Privaten Haushalte ⁴⁾⁵⁾	443 080	17 453	16 647	48 537	5 816	125 479	39 843	24 424	67 376	71 937	7 219	18 349
17 Bruttosozialprodukt z. M. (17=3-9)	685 600	24 729	32 296	69 748	10 466	196 869	61 682	37 020	107 487	109 624	9 925	25 754
darunter:												
18 Privater Verbrauch	369 010	15 012	13 644	41 621	4 777	104 068	32 368	20 585	54 680	60 183	6 217	15 855
Konsumquote (18:16 in %)	83,3	86,0	82,0	85,8	82,1	82,9	81,2	84,3	81,2	83,7	86,1	86,4
19 Staatsverbrauch	109 040	5 066	4 369	12 634	1 550	28 439	9 781	6 317	15 349	18 104	2 051	5 382
20 Anlageinvestitionen	181 080	6 577	7 598	19 398	2 657	50 353	17 883	10 450	27 639	30 415	2 646	5 464
a = Meßziffern (1960 = 100) b = % - Anteil am Bundesgebiet												
1 Produktionswert	a	218	231	204	208	204	239	236	234	242	194	194
	b	100	3,4	5,9	9,8	1,8	30,6	8,9	5,0	14,5	15,4	3,2
2 Vorleistungen	a	214	230	203	205	203	199	233	231	228	237	193
	b	100	3,4	6,4	9,9	2,0	31,6	8,7	4,8	14,1	14,7	2,9
3 Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	a	227	234	207	213	207	214	249	243	243	195	207
	b	100	3,3	4,9	9,8	1,5	29,0	9,3	5,4	15,1	16,4	3,7
4 Abschreibungen	a	291	312	261	273	247	275	317	306	315	312	277
	b	100	3,5	4,9	9,7	1,6	29,3	9,1	5,5	14,9	16,4	3,7
5 Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen	a	221	227	202	208	203	208	242	238	236	188	202
	b	100	3,3	4,9	9,8	1,5	28,9	9,3	5,4	15,1	16,4	3,7
6 Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	a	200	183	195	172	286	184	185	217	229	229	171
	b	100	3,3	9,1	8,5	2,7	28,8	6,4	5,1	14,5	15,1	5,3
7 Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (= Wertschöpfung)	a	225	236	204	213	186	212	250	241	237	244	190
	b	100	3,3	4,2	10,0	1,3	28,9	9,8	5,5	15,2	16,6	3,5
darunter:												
8 Einkommen aus unselbständiger Arbeit ¹⁾	a	248	243	232	249	225	236	270	257	268	264	212
	b	100	3,2	4,4	10,0	1,6	30,1	9,3	4,9	15,5	15,4	3,8
9 Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (= Volkseinkommen)	a	225	225	203	221	210	213	240	234	244	233	199
	b	100	3,7	4,0	10,5	1,3	28,6	9,4	5,4	16,0	16,1	3,5
davon:												
10 Einkommen aus unselbständiger Arbeit ²⁾	a	247	241	232	248	227	234	268	253	265	262	215
	b	100	3,4	4,0	10,3	1,4	30,0	9,3	5,3	15,3	15,5	3,8
11 Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ²⁾	a	190	203	162	184	180	177	200	205	214	195	158
	b	100	4,1	4,0	10,9	1,2	25,9	9,6	5,7	17,3	17,2	3,0
12 Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	a	221	219	201	214	224	209	234	231	242	233	195
	b	100	3,6	4,7	10,2	1,5	28,6	9,0	5,4	15,8	15,9	3,8
13 Verfügbares Einkommen der inländischen Sektoren	a	220	219	200	214	224	208	232	231	240	232	195
	b	100	3,6	4,7	10,3	1,5	28,7	9,0	5,4	15,7	15,9	3,8
darunter:												
14 der Privaten Haushalte ⁴⁾⁵⁾	a	219	218	200	218	204	208	232	224	237	222	203
	b	100	3,9	3,8	11,0	1,3	28,3	9,0	5,5	15,2	16,2	4,1
15 Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	a	227	226	206	219	226	214	240	238	248	240	202
	b	100	3,6	4,7	10,2	1,5	28,7	9,0	5,4	15,7	16,0	3,8
darunter:												
16 Privater Verbrauch	a	214	221	196	216	201	206	226	222	225	219	189
	b	100	4,1	3,7	11,3	1,3	28,2	8,8	5,6	14,8	16,3	4,3
17 Staatsverbrauch	a	265	264	258	270	247	255	276	277	281	275	233
	b	100	4,6	4,0	11,6	1,4	26,1	9,0	5,8	14,1	16,6	4,9
18 Anlageinvestitionen	a	249	253	235	229	225	231	281	272	284	265	232
	b	100	3,6	4,2	10,7	1,5	27,8	9,9	5,8	15,3	16,8	3,0

1) Im Inland entstandene. - 2) Den Inländern zugeflossen. - 3) Nur laufende Übertragungen aus bzw. an die übrige Welt. Ein Nachweis der laufenden Übertragungen zwischen den Ländern des Bundesgebietes ist aus Mangel an statistischen Unterlagen nicht möglich. - 4) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. - 5) Einschl. der nicht entnommenen Gewinne der Einzelunternehmen.

Verwendungsrechnung

Die Verwendung des Sozialprodukts gliedert sich in privaten Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und Außenbeitrag.

Als privater Verbrauch werden hier die Waren- und Dienstleistungskäufe aller inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und der Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter bezeichnet. Der Staatsverbrauch entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Die Anlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen einschließlich aller eingeführten und selbstgestellten Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Grundstücken nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Grundstücken. Die Vorratsveränderung wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte am Anfang und Ende eines Jahres berechnet, die jeweils auf Jahresdurchschnittspreise umgerechnet sind, um preisbedingte Scheingewinne und -verluste zu eliminieren. Der Außenbeitrag ergibt sich als Saldo zwischen der Ausfuhr und der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, wobei zum Teil auf Schätzungen zurückgegriffen werden mußte.

Erwerbstätige und gesamtwirtschaftliche Produktivität

Die jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigenzahlen der Bundesländer sind eine Ergänzung zu den Ergebnissen der nur in mehrjährigen Abständen durchgeführten Arbeitsstättenzählungen und zu den Angaben im Mikrozensus. Während der Mikrozensus auf dem Wohnortprinzip beruht, das nicht allen wirtschaftlichen Belangen voll gerecht werden kann, basieren diese Erwerbstätigenzahlen auf dem Arbeitsortkonzept, wobei weitgehend berücksichtigt ist, daß die Erwerbstätigenzahlen der in der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts ausgewiesenen Leistung entsprechen. Das bedeutet auch, daß die Zuordnung der Erwerbstätigen von örtlichen Einheiten bei Mehrbetriebsunternehmen nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des übergeordneten Unternehmens vorgenommen werden mußte. Damit ist neben der Aussage über die Zahl der Erwerbstätigen eine Bezugsgröße für das reale Bruttoinlandsprodukt gegeben, die Aussagen über die Arbeitsproduktivität der gesamten Volkswirtschaft und der einzelnen Wirtschaftsbereiche ermöglicht.

Als Maßstab für die Produktivitätsentwicklung wird in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Realentwicklung des Bruttoinlandsprodukts je durchschnittlich Beschäftigten angesetzt. Bei dieser Betrachtung wird der reale Beitrag der Wirtschaftsbereiche ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen, obwohl die Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt aus dem Zusammenwirken der Produktivleistung beider Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) entstanden sind. Ebenfalls nicht quantifiziert werden die Einflüsse, die durch Änderungen in der Arbeitszeit, wechselnde Kapazitätsauslastung oder strukturelle Schwergewichtsverlagerung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen, um nur einige wichtige Faktoren zu nennen, gegeben sind.

Zuverlässigkeit der Ergebnisse

Der Benutzer der Statistik kann erwarten, daß ihm zugleich mit den statistischen Ergebnissen auch Hinweise auf die statistische Sicherheit der Aussagen, das heißt Auskünfte über die Fehlergrenzen gegeben werden. Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind Untersuchungen darüber, mit welchen Fehlermargen die verschiedenen Aggregate behaftet

sind, bisher nur in seltenen Fällen durchgeführt und veröffentlicht worden. Der Grad der Zuverlässigkeit der Sozialproduktswerte wird weniger durch Stichprobenfehler, sondern vielmehr maßgeblich durch sogenannte systematische Fehler beeinflusst, zu denen Mängel der Repräsentation bei den Grundstatistiken, Auswirkungen einer unzureichenden Erfassung und Fehlerquellen bei den angewendeten Schätzmethoden gehören. Diesen systematischen Fehlern, die sich nur bedingt quantifizieren lassen, kommt für die Zuverlässigkeit der Schätzwerte der Sozialproduktberechnungen zweifellos ein größeres Gewicht zu als den Stichprobenfehlern, so daß es bei den einzelnen Schritten der Berechnung der regionalen Gesamtrechnungsgrößen geboten ist, die Zuverlässigkeit der zu verwendenden Rechnungsgrößen zu prüfen, das heißt Überlegungen in bezug auf die statistische Sicherheit anzustellen.

Bei den regionalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kommt erschwerend hinzu, daß

- (1) verschiedene Basisstatistiken von dem Unternehmen als Erhebungs- und Darstellungseinheit ausgehen, so daß wegen der Existenz von Mehrbetriebs-Mehrländerunternehmen die regionale Zuordnung der Werte zusätzliche Unsicherheiten birgt;
- (2) einige Aktivitäten überhaupt nur sehr bedingt regional zugeordnet werden können, weil sie entweder vom Bund zentral wahrgenommen werden (Bundesbehörden, Bundeswehr) oder interregionale Ströme betreffen (über die Ländergrenzen fließende Steuern, Sozialversicherungsleistungen), die mangels Unterlagen nicht meßbar sind.

Man kann diese Probleme in vielen Fällen unter Zuhilfenahme von geeigneten Schlüsselreihen lösen, die repräsentativ für die zu berechnenden Gesamtgrößen zur Aufteilung von Bundeswerten auf die Länder verwendet werden. In einigen Fällen aber ist die Bildung von Regionalschlüsseln nicht möglich, beziehungsweise die regionale Zuordnung gar nicht sinnvoll, weshalb die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder auf den getrennten Ausweis solcher Größen in dieser Veröffentlichung verzichten.

Ein weiteres Problem besteht in den zum Teil erheblichen Größenunterschieden der Länder, die bei den umfangreichen Schätzungen insofern eine Rolle spielen, als einige von der Größenordnung her gesehen kleinere Gesamtrechnungsgrößen für große Länder durchaus noch als plausible Werte ermittelt werden können, weil hier innerhalb der noch verhältnismäßig großen statistischen Masse die Möglichkeit des gegenseitigen Fehlerausgleichs vorhanden ist, während bei kleineren Ländern diese Werte gelegentlich absolut kleiner als die denkbaren Fehlermargen sein können. In solchen Fällen wird von einem Ausweis der Ergebnisse abgesehen, weil ihre Interpretation erhebliche Schwierigkeiten aufgeworfen hätte.

Abschließend noch ein Hinweis auf zwei Einschränkungen: Beim Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ergeben sich in einigen Bereichen zwischen der Summe der Länder und dem Bundesergebnis Differenzen, die nicht als reine Rundungsfehler anzusehen sind. Sie sind bei der Umrechnung vom kleinen auf den großen Gebietstand (Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin-West) entstanden und sollen in Anbetracht ihrer Geringfügigkeit erst bei der nächsten Revision bereinigt werden. Bei der Umrechnung des Brutto- zum Nettoinlandsprodukt sind die indirekten Steuern von großer Bedeutung. Da die Aufteilung der Brannweinsteuer auf die einzelnen Länder nur global erfolgen konnte, sind in den entsprechenden Bereichen die ausgewiesenen Werte für das Nettoinlandsprodukt von eingeschränkter Aussagekraft.

II. Entstehung des Sozialprodukts 1960 - 1973

Bruttoinlandsprodukt nominal weit mehr als verdreifacht

Das Jahrzehnt von 1960 bis 1970 und die ersten 70er Jahre waren für Rheinland-Pfalz von einer überdurchschnittlichen Zunahme der Wirtschaftskraft geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in jeweiligen Preisen erreichte im Jahre 1973 den Betrag von 51,9 Mrd. DM und war damit weit mehr als dreimal so hoch wie zu Beginn dieser Periode (1960: 15,4 Mrd. DM). Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von nominal + 9,8%, womit der Bundesdurchschnitt deutlich übertroffen wurde. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft rangiert damit, zusammen mit Hessen und Bayern, an der Spitze der Bundesländer. Im Bundesgebiet erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in der gleichen Zeit, bei einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von + 9,0%, auf 926,5 Mrd. DM. Infolge dieser günstigen Entwicklung ist der Anteil der rheinland-pfälzischen Wirtschaft am Bundesergebnis von 5,1% im Jahre 1960 nicht unerheblich auf jetzt 5,6% angewachsen.

Die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern verlief bis Ende der 60er Jahre relativ unterschiedlich, während sich in den letzten Jahren eine gewisse Nivellierungstendenz im wirtschaftlichen Wachstum andeutet. Den höchsten nominalen Zuwachs des Sozialprodukts im Berichtszeitraum 1960 bis 1973 verzeichnen Bayern, Hessen (Meßzahl 1960 gleich 100 je 339), Rheinland-Pfalz (338), Baden-

Württemberg (330) und Schleswig-Holstein (322). Mit Meßzahlen zwischen 300 und 280 folgen Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen, während Hamburg, Berlin und das Saarland mit Werten zwischen 280 und 270 den Bundesdurchschnitt (306) merklich unterschreiten.

Überdurchschnittliches reales Wachstum

Das nominale Wirtschaftswachstum in der Berichtsperiode war, insbesondere in den Jahren ab 1970, in zunehmendem Maße von Preissteigerungen getragen, so daß die realen Zuwachsraten erheblich geringer ausfallen. Gemessen in Preisen des Jahres 1962 erbrachte die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1973 ein Bruttoinlandsprodukt von 34,4 Mrd. DM, das mehr als doppelt so hoch ist wie 1960 (16,8 Mrd. DM). Hieraus errechnet sich eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von real + 5,7%, die um mehr als 1 Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt liegt. Einen merklichen Wachstumsvorsprung erreichte die rheinland-pfälzische Wirtschaft namentlich in den Jahren 1963 und 1964, 1966 und 1967 sowie 1971 und 1972.

Wegen der - meist strukturell bedingten - Unterschiede in der preislichen Entwicklung zwischen den einzelnen Bundesländern sind in der Rangfolge der Länder nach dem realen Wachstum 1960 bis 1973 einige Abweichungen gegenüber der Nominalentwicklung festzuhalten. Rheinland-Pfalz rangiert hier mit einer Meßzahl 1960 gleich 100 von 205

Bruttoinlandsprodukt in den Ländern des Bundesgebiets 1973^s

Land	Insgesamt				Je Einwohner			
	Mill. DM	1960 = 100	Ø jährliche Veränderung in %	Anteil am Bund in %	DM	1960 = 100	Ø jährliche Veränderung in %	Bund = 100
In jeweiligen Preisen								
Schleswig-Holstein	31 440	322	9,4	3,4	12 215	287	8,5	81,7
Hamburg	44 805	277	8,1	4,8	25 496	287	8,5	170,5
Niedersachsen	91 154	290	8,5	9,8	12 596	264	7,7	84,2
Bremen	14 499	285	8,4	1,6	19 823	271	8,0	132,6
Nordrhein-Westfalen	262 052	282	8,3	28,3	15 221	257	7,5	101,8
Hessen	86 992	339	9,8	9,4	15 651	288	8,5	104,7
Rheinland-Pfalz	51 944	338	9,8	5,6	14 045	309	9,1	93,9
Baden-Württemberg	140 744	330	9,6	15,2	15 280	272	8,0	102,2
Bayern	154 230	339	9,9	16,6	14 260	294	8,7	95,4
Saarland	14 775	270	7,9	1,6	13 243	254	7,4	88,6
Berlin (West)	33 866	273	8,0	3,7	16 498	293	8,6	110,3
Bundesgebiet	926 500	306	9,0	100,0	14 951	274	8,1	100,0
In Preisen von 1962								
Schleswig-Holstein	19 629	183	4,8	3,3	7 626	163	3,8	80,0
Hamburg	29 285	167	4,0	5,0	16 665	173	4,3	174,9
Niedersachsen	57 714	169	4,1	9,8	7 975	154	3,4	83,7
Bremen	9 050	162	3,8	1,5	12 374	154	3,4	129,9
Nordrhein-Westfalen	167 794	168	4,1	28,4	9 746	153	3,3	102,3
Hessen	54 130	193	5,2	9,2	9 739	164	3,9	102,2
Rheinland-Pfalz	34 396	205	5,7	5,8	9 301	188	5,0	97,6
Baden-Württemberg	89 594	191	5,1	15,2	9 727	157	3,6	102,1
Bayern	98 024	197	5,4	16,6	9 063	171	4,2	95,1
Saarland	9 215	155	3,4	1,6	8 260	146	2,9	86,7
Berlin (West)	21 588	161	3,8	3,7	10 517	173	4,3	110,4
Bundesgebiet	590 420	180	4,6	100,0	9 528	161	3,7	100,0

Bruttoinlandsprodukt 1960 - 1973

Jahr	Insgesamt				Je Einwohner			
	Mill. DM	Verän- derung zum Vorjahr in %	1960 = 100	An- teil am Bund in %	DM	Verän- derung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Bund = 100
In jeweiligen Preisen								
1960	15 367	10,8	100	5,1	4 545	10,1	100	83,3
1961	16 677	8,5	109	5,0	4 880	7,4	107	82,2
1962	18 043	8,2	117	5,0	5 226	7,1	115	82,3
1963	19 629	8,8	128	5,1	5 633	7,8	124	84,0
1964	21 558	9,8	140	5,1	6 131	8,8	135	84,2
1965	23 824	10,5	155	5,2	6 711	9,5	148	85,2
1966	26 369	10,7	172	5,4	7 365	9,7	162	88,5
1967	27 566	4,5	179	5,5	7 670	4,1	169	91,5
1968	29 552	7,2	192	5,5	8 199	6,9	180	90,3
1969	33 162	12,2	216	5,5	9 147	11,6	201	90,7
1970 ^P	37 419	12,8	243	5,4	10 265	12,2	226	90,6
1971 ^P	41 954	12,1	273	5,5	11 430	11,3	251	92,1
1972 ^P	46 647	11,2	304	5,6	12 659	10,8	279	94,1
1973 ^S	51 944	11,4	338	5,6	14 045	10,9	309	93,9
In Preisen von 1962								
1960	16 767	9,3	100	5,1	4 959	8,5	100	83,7
1961	17 462	4,1	104	5,0	5 110	3,0	103	82,7
1962	18 043	3,3	108	5,0	5 226	2,3	105	82,3
1963	19 129	6,0	114	5,1	5 490	5,1	111	84,4
1964	20 763	8,5	124	5,2	5 904	7,5	119	85,9
1965	22 038	6,1	131	5,2	6 208	5,1	125	86,4
1966	23 501	6,6	140	5,4	6 564	5,7	132	89,7
1967	24 327	3,5	145	5,6	6 769	3,1	136	92,9
1968	25 790	6,0	154	5,6	7 155	5,7	144	92,0
1969	28 158	9,2	168	5,6	7 767	8,6	157	93,2
1970 ^P	29 654	5,3	177	5,6	8 135	4,7	164	93,0
1971 ^P	31 000	4,5	185	5,7	8 446	3,8	170	95,1
1972 ^P	32 686	5,4	195	5,8	8 870	5,0	179	97,6
1973 ^S	34 396	5,2	205	5,8	9 301	4,9	188	97,6

deutlich vor Bayen (197), Hessen (193) und Baden-Württemberg (191). Das reale Wachstum Schleswig-Holsteins entspricht mit 183 etwa dem Bundesdurchschnitt (180). Bereits erheblich unter dem Bundesdurchschnitt folgen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen und Berlin (zwischen 170 und 160). An letzter Stelle liegt das Saarland mit einer Meßzahl von 155.

Erhebliche Preissteigerung seit 1970

Zwischen 1960 und 1973 ist das gesamtwirtschaftliche Preisniveau ganz erheblich angestiegen; in Rheinland-Pfalz um 65%. Als Jahre mit den höchsten Preissteigerungen sind 1961, 1962 und 1965 zu nennen, in denen der Anstieg jeweils mehr als + 4% betrug, sowie die Jahre ab 1970, in denen der Zuwachs des Preisindex des Sozialprodukts zum Teil über + 7% ausmachte. Die Meßzahl des Preis-

Preisindex des Bruttoinlandsprodukts 1960 - 1973

Jahr	Insgesamt Basis 1962 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100
1960	91,650	1,4	100
1961	95,505	4,2	104
1962	100,000	4,7	109
1963	102,614	2,6	112
1964	103,829	1,2	113
1965	108,104	4,1	118
1966	112,204	3,8	122
1967	113,314	1,0	124
1968	114,587	1,1	125
1969	117,771	2,8	129
1970 ^P	126,185	7,1	138
1971 ^P	135,335	7,3	148
1972 ^P	142,712	5,5	156
1973 ^S	151,018	5,8	165

index auf Basis 1960 gleich 100 von 165 entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Anhebung der Preise um 3,9%.

Im Bundesdurchschnitt ist der Preisanstieg noch stärker gewesen, denn hier erhöhte sich das gesamtwirtschaftliche Preisniveau im Berichtszeitraum um 70%, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von + 4,2% entspricht. Hinsichtlich des Preisanstiegs ist für Rheinland-Pfalz unter allen Bundesländern die günstigste Entwicklung zu verzeichnen. Unter dem Bundesdurchschnitt von + 70% blieben außerdem Hamburg (+ 66%), Nordrhein-Westfalen (+ 68%) und Berlin (+ 69%). Den verhältnismäßig stärksten Preisanstieg verzeichneten Schleswig-Holstein und Bremen (jeweils + 76%) sowie Hessen und das Saarland (jeweils + 75%).

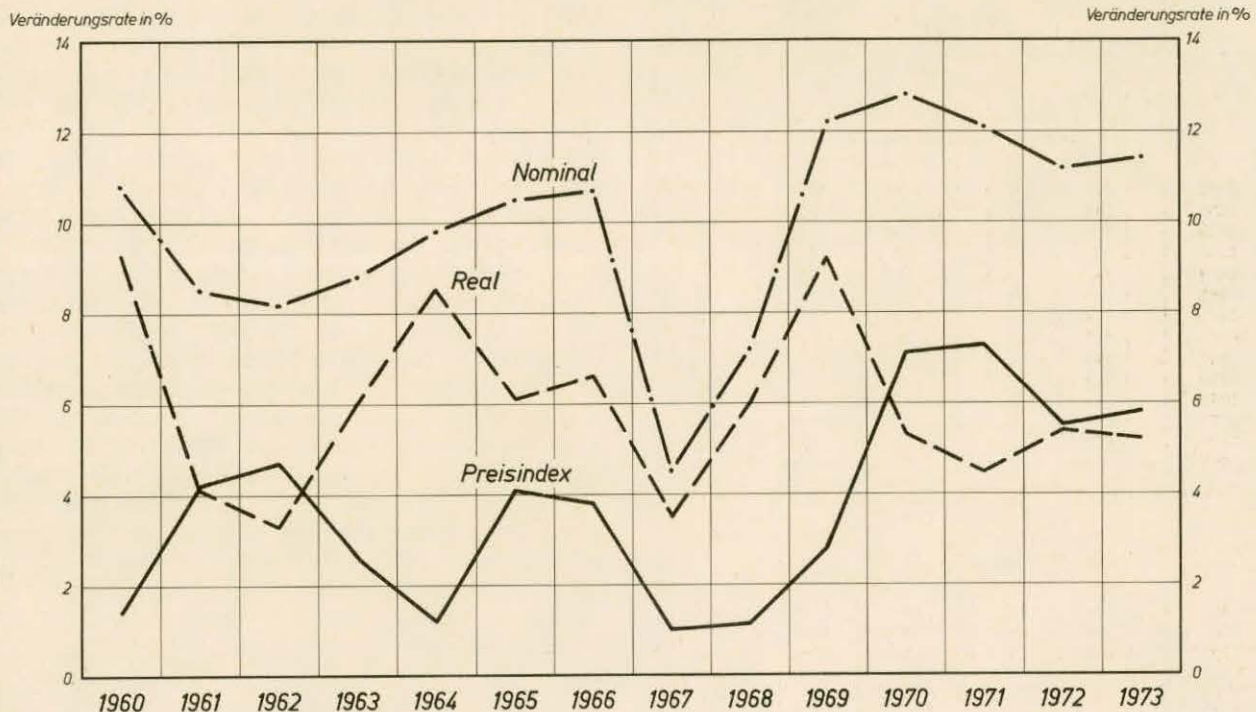
Konjunkturzyklen im Rhythmus von vier bis fünf Jahren

Seit 1960 wechselten Perioden kräftigen wirtschaftlichen Wachstums mit Zeiten einer gedämpften konjunkturellen Entwicklung ab, wobei die Gipfel- bzw. Talpunkte der Konjunkturzyklen im Abstand von vier bis fünf Jahren aufeinander folgten. Das Jahr 1960 stellte mit einer realen Zuwachsrate von über + 9% den Höhepunkt der Ende der 50er Jahre begonnenen konjunkturellen Expansion dar. In den Jahren 1961 und 1962 führte die Aufwertung der D-Mark zu einer Abschwächung des Exportanstiegs, die sich in geringen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts niederschlug. Trotz der Exporteinschränkung betrug die Inflationsrate in diesen beiden Jahren jeweils über + 4%. 1962 erreichte der Konjunkturzyklus mit einer realen Zuwachsrate von + 3,3% den niedrigsten Stand. Der nächste, fünfjährige Konjunkturzyklus begann im Jahre 1964 (+ 8,5%); drei Jahre später, 1967, erfolgte eine konjunkturelle Rezession, die die reale Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz auf + 3,5% schrumpfen ließ, im Bundesgebiet sogar einen leichten Rückgang (— 0,2%) brachte. Diese Konjunkturphase endete 1969 mit Steigerungsraten von + 9,2% in Rheinland-Pfalz und + 8,2% im Bundesgebiet. Das hierauf folgende Nachlassen der konjunkturellen Anspannung war in Rheinland-Pfalz mit + 4,5% im Jahre 1971 weniger deutlich ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt (+ 2,6%). Insbesondere durch die Produktionsaufnahme mehrerer Großbetriebe wurde das konjunkturelle Auf und Ab, durch welches die bundesdurchschnittliche Entwicklung auch Anfang der 70er Jahre gekennzeichnet war, in Rheinland-Pfalz nicht im gleichen Maße mitvollzogen. Die realen Zuwachsraten der rheinland-pfälzischen Wirtschaft variieren in den vier Jahren von 1970 bis 1973 um weniger als einen Prozentpunkt zwischen + 4,5% und + 5,4%.

Pro-Kopf-Werte dem Bundesdurchschnitt angenähert.

Die überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten, welche die rheinland-pfälzische Wirtschaft seit Anfang der 60er Jahre aufweist, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der eigentliche Vergleichsmaß-

Bruttoinlandsprodukt und Preisindex 1960-1973



88/74

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

stab für die Wirtschaftskraft eines Landes, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, noch immer unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Je Einwohner errechnet sich 1973 eine Bruttoleistung in jeweiligen Preisen von rund 14 000 DM, die den entsprechenden Pro-Kopf-Betrag des Bundesgebietes um etwa 60% unterschreitet. Im Jahre 1960 ist diese Differenz freilich noch wesentlich größer gewesen, denn damals hatte das in Rheinland-Pfalz je Einwohner erbrachte Inlandsprodukt erst 83% des Bundesdurchschnitts ausgemacht. Mit dem genannten Betrag rangiert das Land heute an fünfter Stelle unter den acht Flächenländern des Bundesgebietes. Zu Beginn des Berichtszeitraumes war Rheinland-Pfalz noch an vorletzter Stelle platziert.

Die höchsten Pro-Kopf-Beträge weisen 1973 die Stadtstaaten Hamburg (rund 25 500 DM), Bremen (19 800 DM) und Berlin (16 500 DM) auf. Unter den Flächenländern des Bundesgebietes verzeichnet Hessen mit 15 700 DM den höchsten Betrag vor Baden-Württemberg (15 300 DM) und Nordrhein-Westfalen (15 200 DM). Unter dem Bundesdurchschnitt von knapp 15 000 DM blieben neben Rheinland-Pfalz noch Bayern (14 300 DM), das Saarland (13 200 DM), Niedersachsen (12 600 DM) und Schleswig-Holstein (12 200 DM). Diese länderspezifischen Pro-Kopf-Werte sind, insbesondere für die Stadtstaaten und Schleswig-Holstein, jedoch nur bedingt vergleichsfähig, da die Leistungswerte nach dem Inlandsprodukt errechnet sind, die Arbeitsleistungen der Einpendler also einschließen, während die-

se in der Wohnbevölkerung nicht mitzählen; entsprechendes gilt für die Auspendler. Daraus folgt, daß Gebiete mit positivem Arbeitspendlersaldo in diesem Wirtschaftskraft-Vergleich zu hoch, die Länder mit Auspendlerüberschuß dagegen zu niedrig ausgewiesen sind.

Stärkster Realzuwachs beim produzierenden Gewerbe

Entsprechend dem modifizierten Bruttosystem, das den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde liegt, müssen die im Bruttoinlandsprodukt enthaltenen Investitionen zu Nettopreisen verbucht, also um die abzugsfähige Vorsteuer vermindert und um die abzuführende Investitionssteuer erhöht werden. Diese Korrektur kann jedoch nur bei den Unternehmen insgesamt, nicht aber getrennt nach Wirtschaftsbereichen durchgeführt werden, so daß die Beiträge der Wirtschaftsbereiche um die Differenz der beiden genannten Beträge zu hoch ausgewiesen sind.

Der vom Volumen her wichtigste Wirtschaftsbereich in Rheinland-Pfalz, das produzierende Gewerbe, hat seinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt zwischen 1960 und 1973 nominal auf weit mehr als das Dreieinhalbfache vergrößern können. Sein Anteil am Sozialprodukt hat sich in der gleichen Zeit von 51,4% auf 54,7% ausgeweitet. Das Wachstum dieses Wirtschaftsbereiches wird durch den volumemäßig stärksten Teilbereich, das verarbeitende Gewerbe, bestimmt; die ebenfalls zum produzierenden

Bruttoinlandsprodukt der Wirtschaftsbereiche 1960 - 1973
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960=100	Anteil in % am	
				Brutto- inlands- produkt	Bundes- ergebnis des Bereichs
Land- und Forstwirtschaft					
1960	1 457	- 0,9	100	9,5	8,4
1961	1 415	- 2,9	97	8,5	8,1
1962	1 353	- 4,3	93	7,5	7,6
1963	1 379	1,9	95	7,0	7,3
1964	1 441	4,5	99	6,7	7,1
1965	1 486	3,1	102	6,2	7,5
1966	1 628	9,6	112	6,2	7,9
1967	1 577	- 3,1	108	5,7	7,5
1968	1 544	- 2,1	106	5,2	7,4
1969	1 709	10,7	117	5,1	7,6
1970 ^p	1 736	1,5	119	4,6	8,1
1971 ^p	1 885	8,6	129	4,4	8,4
1972 ^p	2 125	12,7	146	4,5	8,6
1973 ^s	2 261	6,4	155	4,3	8,4
Produzierendes Gewerbe					
1960	7 893	13,9	100	51,4	4,8
1961	8 548	8,3	108	51,3	4,7
1962	9 353	9,4	118	51,8	4,8
1963	10 061	7,6	127	51,3	4,9
1964	11 284	12,2	143	52,3	5,0
1965	12 561	11,3	159	52,7	5,0
1966	14 050	11,9	178	53,3	5,4
1967	14 561	3,6	184	52,8	5,7
1968	16 053	10,2	203	53,9	5,6
1969	18 279	13,9	232	54,6	5,6
1970 ^p	21 020	15,0	266	55,6	5,6
1971 ^p	23 380	11,2	296	55,1	5,7
1972 ^p	26 045	11,4	330	55,2	5,9
1973 ^s	28 782	10,5	365	54,7	5,9
Handel und Verkehr					
1960	3 062	9,1	100	19,9	5,2
1961	3 278	7,1	107	19,7	5,1
1962	3 609	10,1	118	20,0	5,1
1963	3 916	8,5	128	19,9	5,1
1964	4 194	7,1	137	19,5	5,1
1965	4 503	7,4	147	18,9	5,1
1966	4 747	5,4	155	18,0	5,0
1967	5 142	8,3	168	18,7	5,4
1968	5 424	5,5	177	18,2	5,3
1969	5 927	9,3	194	17,7	5,3
1970 ^p	6 457	9,0	211	17,1	5,2
1971 ^p	7 097	9,9	232	16,7	5,2
1972 ^p	7 769	9,5	254	16,5	5,3
1973 ^s	8 645	11,3	282	16,4	5,3
Dienstleistungen					
1960	2 956	11,1	100	19,2	4,8
1961	3 436	16,2	116	20,6	4,9
1962	3 729	8,5	126	20,7	4,9
1963	4 273	14,6	145	21,8	5,1
1964	4 638	8,5	157	21,5	5,0
1965	5 275	13,7	178	22,1	5,1
1966	5 944	12,7	201	22,5	5,2
1967	6 286	5,8	213	22,8	5,1
1968	6 740	7,2	228	22,6	5,1
1969	7 566	12,3	256	22,6	5,0
1970 ^p	8 589	13,5	291	22,7	5,0
1971 ^p	10 034	16,8	339	23,7	5,0
1972 ^p	11 254	12,2	381	23,8	5,0
1973 ^s	12 901	14,6	436	24,5	4,9

den Gewerbe zählende Energiewirtschaft hatte ein unterdurchschnittliches Wachstum, während das Baugewerbe sich im Berichtszeitraum - durch Preissteigerungen bedingt - überdurchschnittlich gut entwickelte. Etwas verhaltener zeigte sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Handel und Verkehr, das im Jahre 1973 den 2,8fachen Betrag von 1960 erreichte, woraus sich eine Reduzierung des Anteils an der Gesamtwirtschaft von 19,9 auf 16,4% ergab. In diesem Bereich hatte der Handel einen kleinen Wachstumsvorsprung vor Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Nominal am stärksten ausgedehnt haben sich die Dienstleistungsbereiche, deren Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 1973 nicht weniger als 4,4 mal so hoch war wie 1960. Ihr Anteil am Sozialprodukt vergrößerte sich damit von 19,2 auf 24,5%. Den größten Aufwärtstrend innerhalb der Dienstleistungen hatte der Staat zu verzeichnen, dem mit einigem Abstand die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen folgten. Etwa dem Durchschnitt entsprach die Entwicklung der Wohnungsvermietung und der sonstigen Dienstleistungen, während private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter weit hinter dem Durchschnittswachstum des tertiären Sektors zurückblieben. Die Land- und Forstwirtschaft konnte im Berichtszeitraum mit den Steigerungsraten der übrigen Wirtschaftszweige nicht Schritt halten; infolge der im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsbereichen gemäßigten Preissteigerungen und wegen der verhältnismäßig geringen Möglichkeit zur quantitativen Ausweitung erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt der Land- und Forstwirtschaft zwischen 1960 und 1973 nur auf das gut Eineinhalbfache. Ihr Anteil am Sozialprodukt ging um mehr als die Hälfte von 9,5 auf 4,3% zurück.

Wegen der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlichen Preisentwicklung - der Preisindex des Sozialprodukts der Jahre 1960 bis 1973 variiert zwischen + 44% bei der Land- und Forstwirtschaft und + 151% bei den Dienstleistungen - zeigt sich bei realer Betrachtungsweise ein ganz anderes Bild. Bei Ausschalten dieser Preiseinflüsse hat das produzierende Gewerbe mit einer Meßzahl auf Basis 1960 gleich 100 von 251 das stärkste Wachstum aller Wirtschaftsbereiche. Hier dominiert ganz eindeutig das verarbeitende Gewerbe, während Energiewirtschaft und Baugewerbe im realen Wachstum deutlich zurückfallen. Sehr ausgeglichen verlief das reale Wachstum in den Bereichen Handel und Verkehr sowie im Dienstleistungssektor, die im Berichtszeitraum Meßzahlen von 171 bzw. 174 erreichten. Nur ganz gering ist die Land- und Forstwirtschaft zwischen 1960 und 1973 expandiert; hier betrug, gemessen in konstanten Preisen, die Zuwachsrate ganze + 8%, was einem jährlichen Wachstum von + 0,6% entspricht.

Auf Abschreibungen und indirekte Steuern entfällt ein Viertel des Sozialprodukts

Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, das sich durch Subtraktion der Abschreibungen und der indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) vom

Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten in den Ländern des Bundesgebiets 1970^P
(in jeweiligen Preisen)

Land	Insgesamt					Je Einwohner			
	Mill. DM	1960 = 100	Ø jährliche Veränderung in %	Anteil am BIP in %	Anteil am Bund in %	DM	1960 = 100	Ø jährliche Veränderung in %	Bund = 100
Schleswig-Holstein	17 627	236	9,0	77,0	3,3	7 067	214	8,1	80,8
Hamburg	22 434	204	7,4	67,0	4,2	12 506	207	7,6	143,0
Niedersachsen	52 858	213	7,9	78,9	10,0	7 463	198	7,1	85,3
Bremen	7 155	186	6,4	68,0	1,3	9 724	176	5,8	111,2
Nordrhein-Westfalen	153 444	212	7,8	77,1	28,9	9 072	197	7,0	103,7
Hessen	51 818	250	9,6	81,2	9,8	9 629	220	8,2	110,1
Rheinland-Pfalz	29 149	241	9,2	77,9	5,5	7 996	223	8,4	91,4
Baden-Württemberg	80 743	237	9,0	77,9	15,2	9 077	203	7,3	103,8
Bayern	88 301	244	9,3	78,2	16,6	8 426	219	8,2	96,3
Saarland	8 462	190	6,6	79,5	1,6	7 557	178	5,9	86,4
Berlin (West)	18 560	202	7,3	72,4	3,5	8 745	209	7,6	100,0
Bundesgebiet	530 550	225	8,4	77,2	100,0	8 746	205	7,5	100,0

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen errechnet, stellt die im Inland erbrachte Wertschöpfung dar. Es setzt sich zusammen aus der Summe der Löhne und Gehälter, der Sozialversicherungsbeiträge, der Zinsen aus Fremdkapital, der Nettomieten und -pachten und der Gewinne. Durch Abzug der Abschreibungen vom Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, an dem diese im Jahre 1970 mit rund 11% beteiligt waren - die Bedeutung der Abschreibungen hat über den Berichtszeitraum 1960 bis 1970 zugenommen, denn 1960 betrug ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt noch weniger als 9% -, errechnet sich das Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen, das im Jahre 1970 den Wert von 33,3 Mrd. DM erreichte. Reduziert man das Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen um die indirekten Steuern abzüglich Subventionen, die hieran mit annähernd 13% partizipieren - dieser Anteil ist im Jahrzehnt von 1960 bis 1970 etwa konstant geblieben -, so erhält man das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, das sich im Jahre 1970 in Rheinland-Pfalz auf 29,1 Mrd. DM belief. Sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrug 77,9% und blieb damit seit 1960, als ein Wert von 78,7% errechnet wurde, konstant.

Da die Land- und Forstwirtschaft im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft in geringerem Maße steuerlich belastet ist, ist die Anteilsquote des Nettoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt hier

weit höher als im Durchschnitt; sie erreichte 1970 einen Satz von 88,0% (1960: 88,9%). Für das Nettoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes wurde 1970 ein Wert von 16,3 Mrd. DM festgestellt, was einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 77,7% entspricht. Auch dieser Anteil blieb gegenüber 1960 fast unverändert. Am stärksten nach der Land- und Forstwirtschaft war das Nettoinlandsprodukt der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt beteiligt (85,0%); zehn Jahre zuvor lag die Anteilsquote noch etwas darunter. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß auch der Staat und die privaten Haushalte zum Dienstleistungssektor gehören, deren Abschreibungen weit unterdurchschnittlich und deren indirekte Steuern völlig unbedeutend sind. Bei einer Einzelbetrachtung der gewerblichen Dienstleistungen reduziert sich der Anteil des Netto- am Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1970 auf 76%. Zehn Jahre zuvor hatte er sogar erst 72% ausgemacht. Als Folge der starken Belastung des Bereichs Handel und Verkehr insbesondere durch Umsatz-, Verbrauchs- und Beförderungssteuern partizipierte das Nettoinlandsprodukt am Bruttoinlandsprodukt dieses Bereichs mit nur 67,9%. Zu 1960 war ein Rückgang dieses Anteilswertes um 5,8 Prozentpunkte zu verzeichnen. Die Quote bei Handel und Verkehr dürfte jedoch um rund 4 bis 5 Prozentpunkte zu niedrig ausgewiesen sein, da für die Aufteilung des entsprechenden Bundeswertes nur ein ungenügender globaler Schlüssel zur Verfügung stand, der bei der nächsten Revision der Zahlen überarbeitet werden muß.

Innerhalb der einzelnen Bundesländer ist der Anteil des Nettoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt recht unterschiedlich. Hamburg und Bremen weisen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Struktur mit 67,0 bzw. 68,0% die niedrigsten Quoten aus. Auch Berlin (West) liegt mit 72,4% noch wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt, während Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und das Saarland mit Quoten zwischen 77 und 80% ein annähernd gleiches Verhältnis zeigen wie das Bundesgebiet (77,2%). Den höchsten Anteilswert des Nettoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt hatte 1970 mit 81,2% das Land Hessen.

Diplom-Volkswirt J. Gebauer

Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten 1960 - 1970
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Insgesamt				Je Einwohner			
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Anteil am BIP in %	DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Bund = 100
1960	12 099	.	100	78,7	3 579	.	100	84,1
1961	13 082	8,1	108	78,4	3 828	7,0	107	83,1
1962	14 091	7,7	116	78,1	4 081	6,6	114	83,4
1963	15 337	8,8	127	78,1	4 401	7,8	123	85,2
1964	16 780	9,4	139	77,8	4 772	8,4	133	85,0
1965	18 592	10,8	154	78,0	5 237	9,7	146	86,0
1966	20 521	10,4	170	77,8	5 732	9,5	160	89,6
1967	21 176	3,2	175	76,8	5 892	2,8	165	92,6
1968	22 972	8,5	190	77,7	6 373	8,2	178	90,9
1969	25 470	10,9	211	76,8	7 026	10,2	196	91,5
1970 ^P	29 149	14,4	241	77,9	7 996	13,8	223	91,4

Im Frühjahr außergewöhnlich warm und trocken

Auch der Winter 1973/74 war wie seine drei Vorgänger sehr mild. Lediglich Ende November/Anfang Dezember sowie Ende Februar herrschte unter dem Einfluß polarer Kaltluft für wenige Tage Frostwetter. Vor allem von Mitte Dezember bis Mitte Februar gestaltete sich die Witterung für die Jahreszeit vielfach zu warm. Bereits Mitte Januar war an verschiedenen Pflanzen schon deutliches Wachstum zu erkennen, als die Tageshöchsttemperaturen in den Niederungen öfters auf $+10^{\circ}\text{C}$ und mehr anstiegen. Das Wachstum wurde dann aber von Ende Februar bis etwa Mitte März durch eine kühle Wetterperiode bei lebhaften Luftzufuhren aus Nordost gehemmt. Als vorteilhaft ist jedoch für die Wintermonate festzustellen, daß im Gegensatz zu den drei vorangegangenen Jahren vor allem im Dezember und im Februar einige Niederschläge fielen. Diese konnten zwar das Grundwasserdefizit keineswegs mildern, den Kulturpflanzen stand aber im Frühjahr wesentlich mehr Winterfeuchtigkeit zur Verfügung als in den Jahren zuvor. Nach einer Trockenperiode von Ende Februar bis Mitte März fielen weitere Niederschläge.

Zu Beginn der dritten Märzdekade baute sich von Frankreich her ein umfangreiches und beständiges Hochdruckgebiet auf, das für unseren Raum bis Mitte April ungewöhnlich warmes und trockenes Frühlingswetter brachte. Vor allem Ende März und Anfang April stiegen die Temperaturen bei starker Sonneneinstrahlung und bei südlichen Luftströmungen in Tallagen auf Werte an, die vielfach beachtlich über 20°C lagen. In klimatisch bevorzugten Gebieten waren daher bereits um die Monatswende März/April und in höheren Lagen Ende der ersten Aprildekade verbreitet die Zeichen des Vollfrühlings zu erkennen. Mitte April kam es dann infolge einer Winddrehung nach Nordost zu einer erheblichen Abkühlung, während das heitere und trockene Wetter weiterhin anhielt. Vor allem in der dritten und vierten Aprilwoche traten auch verschiedentlich empfindliche Nachfröste auf, die allerdings nur gebietsweise größere Schäden verursachten. Es ist sicherlich der außerordentlichen Trockenheit und der ständigen Luftbewegung zuzuschreiben, daß keine großflächigen Totalschäden entstanden sind. Die niedrigen Temperaturen in der zweiten Aprilhälfte hemmten die weitere Pflanzenentwicklung, so daß der erhebliche Wachstumsvorsprung wieder verloren ging.

Von Ende April bis Juni herrschte veränderliche und überwiegend normale Witterung. Vor allem von der dritten Maidekade bis Mitte Juni kam es bei mäßig warmen Temperaturen auch häufig zu ergiebigen Regenfällen. Die akute Frühjahrstrockenheit war damit bezüglich der oberen Bodenschichten überwunden, so daß bei ausreichender Wärme bei allen Kulturpflanzen ein zügiges Wachstum beobachtet werden konnte. In der zweiten Junihälfte herrschte zunächst überwiegend sommer-

lich warme Witterung, die verschiedentlich durch Gewitter unterbrochen wurde. Ende des Monats nahm die Niederschlagstätigkeit immer mehr zu. Diese stark veränderliche Witterung mit häufigen sehr ergiebigen Niederschlägen und zunächst noch mäßig warmen Temperaturen hielt bis Ende Juli an. Zu Beginn der zweiten Julihälfte erreichten die Tageshöchsttemperaturen unter dem Einfluß polarer Kaltluft vorübergehend nur Werte um etwa $+16^{\circ}\text{C}$. Im Gegensatz zu den drei vorangegangenen Jahren brachte damit der Sommermonat Juli hohe Niederschlagsmengen, die das seit mehreren Jahren bestehende Defizit zwar deutlich reduzieren, aber nicht ausgleichen konnten. In den letzten Julitagen schob sich ein Keil des Azorenhochs nach Südwestdeutschland vor und brachte für das Gebiet von Rheinland-Pfalz hochsommerliches Wetter, das auch Anfang August noch anhielt.

Zum bisherigen Wetterablauf des Jahres 1974 läßt sich abschließend feststellen, daß sich die recht extremen Erscheinungen im Winter, Frühjahr und Sommer im wesentlichen ausgeglichen haben und für das Wachstum der Kulturpflanzen im großen und ganzen günstige Voraussetzungen bestanden.

Wiederum hohe Getreideerträge zu erwarten

Im Herbst 1973 konnte das Wintergetreide rechtzeitig und vollständig bestellt werden. Infolge der milden Winterwitterung war Ende März in nahezu allen Gebieten ein günstiger Stand zu erkennen. Die folgende Trockenperiode bewirkte jedoch zunächst bis Ende April eine Verzögerung des Wachstums. Das Sommergetreide wurde überwiegend zu Beginn der zweiten Märzhälfte gesät. Es lief auch zunächst zügig auf, das weitere Wachstum wurde jedoch durch die trockene und später auch kühle Witterung behindert. Erst als Ende April und Anfang Mai Niederschläge fielen, entwickelte sich das Getreide zügig fort. Obwohl das Wachstum zeitweilig unterbrochen war, setzten das Schossen und das Ährenschieben des Wintergetreides deutlich frühzeitiger ein als in Normaljahren. Das Sommergetreide, das bis Ende Mai vor allem in Höhengebieten noch einen Rückstand aufwies, kam durch weitere Niederschläge Ende Mai und in der ersten Junihälfte zügig im Wachstum voran. Ende Juni konnten daher in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz vielfach sehr gute Bestände beobachtet werden.

Die Niederschläge im Juli haben das Körnerwachstum weiter gefördert. Sie bewirkten aber in einigen Gebieten eine Lagerung des Getreides und eine Verzögerung der Reife, so daß entgegen den ursprünglichen Erwartungen die Arbeiten zur Einbringung der Getreideernte erst wesentlich später als sonst beginnen konnten. In klimatisch begünstigten Gebieten sowie in Tallagen kamen die Mähdrescher Ende Juli bei hochsommerlicher Witterung bei der Wintergerste und wenig später auch bei Winterroggen, Sommergerste und Winterweizen verbreitet zum Einsatz. In den Höhengebieten befanden sich Ende Juli viele Getreidefelder noch im Grünzu-

stand, so daß hier mit einem allgemeinen Erntebeginn vor Mitte August nicht zu rechnen ist.

Nach den bisher gewonnenen Informationen aus der Erntevorschätzung ist wiederum mit einer recht hohen Getreideernte zu rechnen. Für Getreide insgesamt wurden Anfang Juli 37,2 dt je ha geschätzt gegenüber einem endgültigen Ertrag von 36,7 dt im Jahre 1973 und 35,4 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1968/73. Damit dürfte nach dem derzeitigen Stand der gute Hektarertrag von 1973 und das Ergebnis im mehrjährigen Durchschnitt deutlich übertroffen werden. Möglicherweise wird das endgültige Ergebnis auch noch leicht über dem bisherigen Rekord-ertrag von 37,6 dt je ha aus dem Jahre 1972 liegen. Für Winterweizen wurden 40,5 dt und für Sommergerste 36,5 dt geschätzt, die ebenfalls etwas über den Vergleichswerten lagen. Unter Zugrundelegung der vorläufigen Anbauflächen dürfte sich die Getreideernte insgesamt in Rheinland-Pfalz auf etwas über 1,4 Mill. t belaufen. Bei der Beurteilung dieser Werte muß jedoch berücksichtigt werden, daß zur Einbringung der Getreideernte eine nachhaltige Wetterbesserung erforderlich ist. Ungünstige Witterung im August und Anfang September würde sicherlich zu merklichen Ernteverlusten führen, wie sie vor allem in den Jahren 1968, 1965 und 1960 aufgetreten sind.

Verluste bei der Heuwerbung

Infolge der milden Winterwitterung zeigten die Rauhfutterflächen in Tallagen bereits Mitte Februar deutliches Wachstum. Die eigentliche Entwicklung setzte zu Beginn der dritten Märzdekade verstärkt ein. Bedingt durch intensive Sonneneinstrahlung und Trockenheit verlief das Wachstum auf den Futterflächen jedoch bis Ende Mai sehr verhalten, so daß zu diesem Zeitpunkt in vielen Gebieten nur unterdurchschnittliche Futterbestände beobachtet werden konnten. Auf den Viehweiden zeigte sich nach der ersten Nutzung im Mai nur wenig Nachwuchs. Bei den Wiesen blieben vor allem die Untergräser zurück. Die Niederschläge Ende Mai und in der ersten Junihälfte verzögerten zwar den Beginn der Heuernte, hatten aber einen deutlichen Ertragszuwachs zur Folge. In Tallagen setzte die Rauhfutterernte bei überwiegend sommerlicher Witterung Mitte Juni verbreitet ein. Sie konnte hier bis Ende Juni größtenteils beendet werden. In Höhengebieten hatte aber bis zu diesem Zeitpunkt der Schnitt vielfach noch gar nicht begonnen, so daß es zu ganz erheblichen Verzögerungen kam. Im Laufe des Monats Juli waren nur an einzelnen Tagen Arbeiten möglich. Ende Juni geschnittene Futterbestände blieben dadurch mehrere Wochen den Niederschlägen ausgesetzt, so daß verschiedentlich Totalverluste entstanden. Auf anderen Flächen wurden die Obergräser in hohem Maße überständig, wodurch größere Qualitätsverluste eintraten. Erst nach der Wetterbesserung Ende Juli konnten in Höhengebieten die Futterbestände geschnitten und bis Anfang August im wesentlichen eingebracht werden.

Unter diesen für die Heuwerbung widrigen Witterungsverhältnissen sind die zu Anfang Juli vor-

Ernteschätzung für Feldfrüchte und Futterpflanzen 1974

Fruchtart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung Anfang Juli 1974
	Ø	1973	
	1968/73	1973	
	dt/ha		
Getreide	35,4	36,7	37,2
-Brotgetreide	37,2	38,5	39,2
Winterweizen	38,9	40,0	40,5
Sommerweizen	35,4	33,8	35,2
Winterroggen	33,2	35,2	36,1
Sommerroggen	30,0	31,8	31,2
Wintermenggetreide	33,4	34,9	35,1
Futtergetreide	33,9	35,2	35,6
Wintergerste	39,3	39,9	41,0
Sommergerste	34,8	36,1	36,5
Hafer	31,9	33,1	33,2
Sommermenggetreide	32,1	32,8	33,5
Frühkartoffeln	211,2	203,9	195,6
Winterraps	24,8	23,6	24,9
Sommerraps und Rübsen	20,6	19,6	19,1
Rauhfutter 1)	49,2	50,7	48,4
Klee und Klee gras	58,5	58,1	57,7
Luzerne	59,6	56,9	57,5
Wiesen und Mähweiden	48,1	50,0	47,6
Grasanbau auf dem Ackerland	50,2	51,5	49,0

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

genommenen Vorschätzungen auch mit Vorbehalten zu werten. Für Rauhfutter insgesamt erbrachten sie einen Hektarertrag von 48,4 dt Heu für den ersten Schnitt gegenüber 50,7 dt im Jahre 1973 und 49,2 im Sechsjahresdurchschnitt. Bei allen Arten blieben die Werte unter denen im mehrjährigen Durchschnitt. In Anbetracht der inzwischen eingetretenen Verluste wird man aber annehmen müssen, daß sich bei der endgültigen Schätzung die hier genannten Erwartungen noch deutlich reduzieren.

Für die bereits abgeernteten Grünlandflächen und Viehweiden wirkte sich die niederschlagsreiche und nur mäßig warme bis kühle Witterung im Juli recht vorteilhaft auf das Wachstum aus. Der Futternachwuchs dürfte daher zu dieser Zeit wesentlich größer gewesen sein, als es bei der Trockenheit in den letzten drei Jahren der Fall war.

Für Hackfrüchte zunächst zu trocken

Die Hackfrüchte konnten in diesem Jahr bei heiterer und trockener Witterung bereits in der ersten Aprilhälfte zügig bestellt werden. Die Kartoffeln liefen auch rechtzeitig auf, während bei den Rüben bis Mitte Mai deutliche Verzögerungen und auch lückige Bestände zu erkennen waren. Die folgenden Niederschläge und mäßig warme Witterung haben das Wachstum der Hackfrüchte dann beschleunigt. Bereits Mitte Juni konnten in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz geschlossene Kartoffel- und Rübenbestände beobachtet werden, so daß die ursprünglichen Wachstumsverzögerungen weitgehend ausgeglichen waren. Lediglich auf den Rübenfeldern blieben teilweise deutliche Lücken zurück.

Im Laufe des Monats Juli wurde das Wachstum der Hackfrüchte weiterhin stark gefördert. Allerdings bereiteten die Bekämpfung des Unkrautes und der Pflanzenkrankheiten einige Schwierigkeiten. Ende Juli waren in einigen Gebieten zahlreiche Rübenfelder von der Vergilbungskrankheit befallen.

Anbaugebiet Bereich Land	Gescheinansatz			Traubenansatz		
	schlecht	mittel	gut	schlecht	mittel	gut
	% der eingegangenen Berichte					
Ahr	-	33	67	-	67	33
Mittelrhein	3	35	62	4	50	46
Bacharach	-	29	71	-	43	57
Rhein-Burgengau	5	36	59	5	52	43
Mosel-Saar-Ruwer	4	61	35	4	77	19
Bernkastel	-	52	48	-	74	26
Obermosel	26	63	11	18	82	-
Saar-Ruwer	-	69	31	-	92	8
Zell / Mosel	-	68	32	3	67	30
Nahe	2	9	89	-	33	67
Bad Kreuznach	-	5	95	-	32	68
Schloß Bockelheim	2	12	86	-	34	66
Rheinhessen	-	9	91	-	29	71
Bingen	-	11	89	-	27	73
Nierstein	-	7	93	-	29	71
Wonnegau	-	8	92	-	29	71
Rheinpfalz	-	23	77	2	45	53
Südliche Weinstraße	-	20	80	-	48	52
Mittelhaardt- Deutsche Weinstr.	-	25	75	4	41	55
Rheinland-Pfalz	1	29	70	2	48	50

Die erste Vorschätzung der Frühkartoffeln erbrachte Anfang Juli einen Hektarertrag von knapp 200 dt, der damit etwas über dem Stand zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres lag. Da im Juli weiterhin günstige Wachstumsbedingungen herrschten, dürfte der endgültige Ertrag das Vorjahresergebnis deutlich übertreffen und den Ertrag im mehrjährigen Durchschnitt in etwa erreichen. Auch Spätkartoffeln, Zucker- und Runkelrüben ließen Anfang August in den meisten Gebieten hohe Erträge erwarten, so daß die Ergebnisse aus den Vergleichsjahren übertroffen werden dürften.

Frühzeitiger Rebenaustrieb

Auch im Winter 1973/74 sind an den Reben keine nennenswerten Schäden durch Frosteinwirkungen entstanden. Die milde Witterung im Januar und Februar sowie vor allem die außergewöhnlich hohen Temperaturen von der dritten Märzdekade an hatten zur Folge, daß in Rheinhessen und der Pfalz der Rebenaustrieb bereits in den ersten Apriltagen einsetzte. An Mosel, Rhein und Nahe begann der Austrieb Ende der ersten Aprildekade. Das Rebenwachstum setzte damit nahezu vier Wochen zeitiger als im vergangenen Jahr und fast drei Wochen früher als in Normaljahren ein. Ab Mitte April bewirkte ein Absinken der Temperaturen jedoch eine erhebliche Verzögerung der Entwicklung, so daß der Wachstumsvorsprung wieder verloren ging. An der Mosel fielen leichte Nachtfröste auch teilweise mit dem ersten Rebenwachstum zusammen; sie verursachten hier und vereinzelt auch in anderen Gebieten leichte bis mittlere Frostsäden an Laub und Reben. Der Rebenaustrieb wurde daher im Anbaugebiet Mosel nur als mittel beurteilt, während er in den übrigen Gebieten eine überwiegend günstige Bewertung erfuhr.

Ansteigende Temperaturen und leichte Niederschläge Ende April und Anfang Mai belebten das Wachstum der Reben, eine verbreitete Trockenheit

war jedoch in vielen Weinbergen nicht zu verken-
nen. Diese verschärfte sich noch in der zweiten Mai-
dekade, als bei intensiver Sonneneinstrahlung die
Weinbergsböden weiter austrockneten. In der drit-
ten Maidekade bewirkten dann häufigere Regen-
fälle und mäßig warme Temperaturen in allen Ge-
bieten ein intensives Wachstum der Reben. Ende
Mai ergab sich für den allgemeinen Entwicklungs-
stand ein günstigeres Bild als zum gleichen Zeit-
punkt des Vorjahres. Im Monat Juni verlief die
Entwicklung weiter vorteilhaft. In den meisten Ge-
bieten war ein guter Gescheinansatz zu erkennen,
so daß zu dieser Zeit nach der Rekordernte des
Vorjahres wiederum mit einem sehr reichlichen
Mengenenertrag gerechnet werden konnte. Die Re-
benblüte setzte in der Pfalz und in Rheinhessen bei
hochsommerlichen Temperaturen zu Beginn der
zweiten Junihälfte und im nördlichen Landesteil
Ende der dritten Juniwoche ein.

Der Blütenverlauf gestaltete sich in guten Lagen
recht günstig. Nach ein bis zwei Wochen war sie
hier größtenteils beendet. In mittleren und Neben-
lagen zögerte sie sich jedoch infolge der Ende
Juni einsetzenden häufigen Niederschläge länger
hin, so daß größere Verrieselungsschäden eintraten,
vor allem bei Riesling und Silvaner.

Im Laufe des Monats Juli zeigte das Dickenwachs-
tum der Beeren bei nunmehr reichlicher Feuchtig-
keitsversorgung erstaunliche Fortschritte. Ende Juli
beurteilten 50% der Berichtersteller den Trauben-
ansatz als gut und 48% als mittel. Diese Bewertung
fiel damit deutlich geringer aus als im letzten Jahre.
Ferner wurde durch die feuchtwarme Witterung
die Verbreitung von Pilzkrankheiten begünstigt.
Nach der Rekordernte des Vorjahres kann daher
für den kommenden Weinherbst mit Erträgen ge-
rechnet werden, die den mehrjährigen Durchschnitt
noch etwas übertreffen. Da der allgemeine Entwick-
lungsstand dem von Normaljahren entspricht, liegt
bei ausreichendem Sonnenschein im Spätsommer
und im Herbst auch eine ansprechende Qualität

Ernteschätzung für Obst 1974

Obstart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung im Juli 1974
	Ø 1968/73	1973	
	kg je Baum		
Äpfel in Intensivanlagen ¹⁾	26 569	26 214	17 633
Äpfel in Feldflur, Haus- und Kleingärten	28,6	34,9	22,6
Hoch- und Halbstämme	32,1	40,5	25,0
Viertelstämme und Buschbäume	19,6	21,2	17,2
Spindelbüsche, Spindeln u. Spaliere	13,3	14,2	12,7
Birnen	28,4	28,6	24,5
Hoch- und Halbstämme	32,5	32,4	26,7
Viertelstämme und Buschbäume	22,7	24,1	22,7
Spindeln und Spaliere	15,1	16,0	14,5 ²⁾
Kirschen	24,1	24,9	25,4 ²⁾
Süßkirschen	27,1	25,8	29,1 ²⁾
Sauerkirschen	21,6	24,1	22,4 ²⁾
Pflaumen und Zwetschen	26,1	25,8	20,8
Mirabellen und Renekloden	21,0	20,4	22,2
Aprikosen	20,7	20,2	26,0
Pfirsiche	15,5	14,7	15,7 ²⁾
Johannisbeeren (kg je Strauch)	2,8	2,9	2,9 ²⁾
rote und weiße	2,9	3,0	2,9 ²⁾
schwarze	2,4	2,7	2,8 ²⁾
Stachelbeeren (kg je Strauch)	3,0	3,0	3,1 ²⁾
Himbeeren (kg je qm)	1,9	2,1	1,9 ²⁾
Erdbeeren (dt je ha)	76,6	74,4	76,3 ²⁾

1) Gesamtmenge in t, - 2) Endgültiger Ertrag.

des heranwachsenden Jahrgangs durchaus im Bereich des Möglichen.

Sehr frühe Obstblüte

Die außergewöhnlich milde Witterung im Frühjahr verursachte auch in den Obstkulturen eine sehr frühe Blüte. Sie setzte bei Aprikosen bereits zu Beginn der dritten Märzdekade ein. In den klimatisch begünstigten Gebieten folgten Anfang April die Süßkirschen, Birnen und Frühpflaumen und Ende der ersten Aprilwoche das Kernobst. In höheren Lagen begann die Baumbüte Ende der ersten Aprilwoche bei den früheren Obstarten und Ende der zweiten bei den übrigen Obstarten. Die Blüte verlief zunächst sehr vorteilhaft, die ab Mitte April auftretende kühle Witterung mit leichten Nachfrösten hatte jedoch einige Schäden zur Folge. In den Gebieten mit einer frühen Blüte wurden die späten Obstarten, in höheren Lagen dagegen die früher blühenden Sorten beeinträchtigt. Die lange Frühjahrstrockenheit bewirkte ferner einen erheblichen Befall mit tierischen Schädlingen, so daß der ursprünglich in allen Gebieten sehr reiche Blütenansatz im weiteren Verlauf deutlich dezimiert wurde.

Bei Süßkirschen setzte die Ernte der frühen Sorten Anfang Juni ein und erbrachte gute Qualitäten. Bei den späten Sorten gab es jedoch infolge der ab Ende Juni auftretenden häufigen und starken Regenfälle erhebliche Ausfälle. Die Baumerträge, die bereits endgültig geschätzt wurden, blieben mit 29,1 kg trotzdem über den Ergebnissen des Vorjahres und im mehrjährigen Durchschnitt. Bei Sauerkirschen dagegen wurde mit 22,4 kg je Baum der Ertrag des Vorjahres nicht ganz erreicht, während das Ergebnis im Vergleich zum Sechsjahresdurchschnitt 1968/73 noch etwas günstiger ausfiel. Von der Sauerkirschenernte in Höhe von knapp 200 000 dt gelangten nahezu drei Viertel in die Verwertungsindustrie, während 9% als Eßobst verkauft wurden und 16% dem Eigenverbrauch dienten.

Die Beerensträucher erbrachten Erträge, die bei allen Arten etwa den vorjährigen Ergebnissen entsprachen. Lediglich bei den Himbeeren dürften sie etwas niedriger ausfallen. Erdbeeren lieferten 76,3 dt gegenüber 74,4 dt im Vorjahr und 76,6 dt je ha im mehrjährigen Durchschnitt.

Nach den verhältnismäßig hohen Erträgen des Vorjahres dürfte die Apfelernte 1974 voraussichtlich um etwa ein Drittel niedriger ausfallen. Aus dem Anbau in Intensivanlagen werden gegenwärtig nur knapp 200 000 dt erwartet gegenüber gut 260 000 dt im Vorjahr. Ein geringerer Behang als 1973 ist ferner auch bei Birnen sowie Pflaumen und Zwetschen zu erkennen. Mirabellen und Renekloden, Pfirsiche und vor allem Aprikosen dagegen dürften höhere Erträge liefern als in den Vergleichsjahren.

Gemüsekulturen durch Trockenheit beeinträchtigt

Das Frühgemüse wurde vorwiegend bereits Mitte Februar unter Folie ausgepflanzt und entwickelte sich zunächst normal. Im April hemmten jedoch die zunehmende Trockenheit und später auch niedrige Temperaturen das weitere Wachstum. Die frühen Gemüsearten hatten daher in diesem Jahre im gan-

Gemüseart	Endgültiger Ertrag		
	Ø	1973	1974 ¹⁾
	1968/73	dt/ha	
Winterspinat	159,2	184,7	178,8
Frühjahrsspinat	145,1	167,7	157,7
Frühweißkohl	280,3	276,6	275,4
Frührotkohl	263,0	250,4	248,5
Frühwirsing	211,2	214,4	211,2
Frühlumenkohl	173,3	177,7	192,9
Frühe Möhren u. Karotten	215,3	218,8	203,2
Frischerbsen	45,7	51,9	40,0
Dicke Bohnen	126,0	122,6	120,2
Frühkohlrabi	178,1	206,0	214,7
Frühjahrskopfsalat	170,5	199,2	214,0
Spargel	45,2	43,0	37,2 ²⁾
Steckzwiebeln	252,5	247,6	197,5 ²⁾
Buschbohnen	98,5	90,0	108,1 ²⁾
Stangenbohnen	122,4	119,6	116,6 ²⁾
Einlegegurken	159,0	174,5	168,8 ²⁾
Schälgurken	219,1	235,4	235,0 ²⁾
Tomaten	338,6	415,4	329,2 ²⁾

1) Errechnet nach den Flächen der Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau vom März 1974. - 2) Vorschätzung Mitte Juli 1974.

zen gesehen keine günstigen Bedingungen. Nachdem Ende Mai und in der ersten Junihälfte verschiedentlich ergiebige Niederschläge gefallen waren, verlief das Wachstum vorteilhaft, so daß für die mittelfrühen und späten Gemüsearten bessere Voraussetzungen herrschten.

Die bereits endgültig geschätzten Winter- und Frühgemüsearten brachten mit Ausnahme von Frühlumenkohl, Frühkohlrabi und Frühjahrskopfsalat Hektarerträge, die teilweise deutlich unter denen von 1973 und verschiedentlich auch unter dem mehrjährigen Durchschnitt lagen. Die Spargelernte hatte infolge der außergewöhnlich warmen Frühjahrswitterung bereits Anfang April eingesetzt. Sie mußte jedoch infolge der deutlichen Abkühlung Mitte April für mehrere Wochen unterbrochen und konnte erst ab Mitte Mai nach einer erneuten Erwärmung wieder aufgenommen werden. Die Saison kam dann noch frühzeitiger als sonst zum Abschluß. In Anbetracht dieser Entwicklung war es nicht verwunderlich, daß der Spargelertrag mit 37,2 dt je ha deutlich unter den Vergleichswerten von 1973 (43,0 dt) und im Sechsjahresdurchschnitt (45,2 dt) blieb.

Bei den mittelfrühen Kulturen, die zunächst ein beschleunigtes Wachstum erkennen ließen, wirkten sich die anhaltenden Niederschläge ab Ende Juni für die besonders wärmeliebenden Arten (Steckzwiebeln, Einlegegurken und Tomaten) nachteilig aus. Falls die Ende Juli einsetzende sommerliche Witterung noch länger anhalten sollte, kann jedoch für diese Arten schnell wieder eine Besserung eintreten. Für Buschbohnen wurde Ende Juni ein Hektarertrag von 108 dt gegenüber 90,0 im Vorjahr und 98,5 dt im mehrjährigen Durchschnitt erwartet.

Die späten Gemüsearten, und zwar insbesondere die Blattkohllarten, haben sich im Laufe des Monats Juli sehr vorteilhaft entwickelt. Unter der Voraussetzung eines normalen Witterungsverlaufs dürften diese feuchtigkeitsliebenden Arten daher hohe Erträge liefern. Beim Kopfsalat, der bei häufigen Regenfällen leicht in Fäulnis übergeht, wird sich die sommerliche Witterung ab Ende Juli ebenfalls günstig auswirken.

Dr. J. Töniges

Zehn Jahre Moselschifffahrt

Günstiges Wasserstraßennetz

In einer hochentwickelten Volkswirtschaft kommt dem Entwicklungsstand des Verkehrsnetzes eine besondere Bedeutung zu. Folglich wird dem Ausbau der Infrastruktur eine hohe Priorität beigemessen. Dabei ist die Eingliederung eines Wasserstraßennetzes in die Gesamtkonzeption eng an die topographischen Gegebenheiten gebunden. Dennoch eröffnet der technische Fortschritt im Zeitablauf neue Möglichkeiten.

Das Land Rheinland-Pfalz erstreckt sich längs des Rheinstroms von Unkel im Norden bis Neuburg an seiner Südspitze und liegt mit einer Länge von 290 km im Einzugsbereich dieser sehr bedeutenden

Kraftwerke an der Mosel

Standort	Inbetriebnahme	Stauziel (Normalstau)	Ausbauwasser	Fallhöhe bei stat. Stau	Turbinenleistung	Brutt Jahresarbeit
	Jahr	m + NN	m ³ /s	m	MW	GWh
Koblenz	1951	65,00	380	5,3 ¹⁾	16,0	62
Lehmen	1962	72,50	400	7,5	20,0	86
Müden	1965	79,00	400	6,5	16,4	70
Fankel	1964	86,00	400	7,0	16,4	75
Neef (St. Aldegund)	1964	93,00	400	7,0	16,4	75
Enkirch	1966	100,50	400	7,5	18,4	84
Zeltingen	1964	106,50	400	6,0	13,6	64
Wintrich	1965	114,00	400	7,5	20,0	90
Detzem	1962	123,00	400	9,0	24,0	112
Trier	1961	130,25	400	7,2	18,8	82
Grevenmacher	1964	136,50	165	6,3	7,8	39
Palzem	1964	140,50	150	4,0	4,5	20
Insgesamt	192,3	859

1) Bezogen auf Rhein-Niedrigwasser.

Verkehrsachse. Auch die Lahn durchfließt in ihrem kanalisierten Bereich als West-Ost-Achse von Lahnstein bis Diez auf einer Strecke von 56 km das Land. Rheinland-Pfalz weist infolgedessen für eine verkehrswirtschaftliche Nutzung von Wasserstraßen äußerst günstige Voraussetzungen auf. Als in den 50er Jahren der Vertrag über den Ausbau der Mosel zu einer internationalen Schifffahrtsstraße abgeschlossen wurde, war diese politische Entscheidung vor allem vom Land-Rheinland-Pfalz sehr zu begrüßen, da sowohl von dieser Schifffahrtsstraße selbst als auch von den Sekundärwirkungen, die von einer solchen Großbaumaßnahme vielfältig ausgehen, günstige Auswirkungen zu erwarten waren.

232 km neue Wasserstraßen - neues Landschaftsbild

Nachdem seit zehn Jahren der Ausbau der Mosel zur internationalen Schifffahrtsstraße - in einer Rekordzeit von knapp sechs Jahren - vollendet ist, liegt eine hinreichende Zahl an Jahren hinter uns, um die Auswirkungen dieser auch politisch bedeutsamen Maßnahme sachlich würdigen zu können. Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, daß diese Investition sich in einem Grenzraum, und das gilt gleichermaßen für den französischen Gebietsteil, vollzog, der aus politischen und strategischen Grün-

den lange Zeit wirtschaftlich wenig entwickelt war, so daß dem strukturpolitischen Effekt hier besonderes Gewicht zukommt. Der mit einem Kostenaufwand von nahezu 1 Mrd. DM - eine exakte Kostenermittlung ist infolge der Abgrenzung der Folgeinvestitionen indessen außerordentlich schwierig - geschaffene, rund 270 km lange Verbindungsweg zum Rhein hat sich als voller Erfolg erwiesen. Die infrastrukturellen Folgeinvestitionen waren mit der Aufnahme des Schiffsverkehrs aber keineswegs abgeschlossen, sondern setzten zum Teil infolge der Begrenztheit der Mittel Jahre später ein und werden erst bei Betrachtung dieser Landschaft voll sichtbar. Baumaßnahmen dieser Größenordnung verändern ein Landschaftsbild. Ein Teil der Abraummassen wurde zum Niederrhein verschifft, um dort Baggerlöcher zu schließen, mit einem anderen Teil vergrößerte man bestehende Inseln, paßte sie dem künftigen Pegelstand an bzw. schaffte neue, die sich inzwischen als künstliche Inseln aus dem Landschaftsbild nicht mehr abheben und nicht selten als Campingflächen genutzt werden. Ebenfalls mußten die Uferstraßen infolge der Anhebung der Wasserstände umgebaut werden, wobei zugleich ein Ausbau auf den künftigen Verkehrsbedarf angezeigt erschien. Von diesem auf viele Jahre angelegten Investitionsboom profitierte auch das dort ansässige Gewerbe. Diese Aktivitäten führten zu einer überdurchschnittlichen Einkommenssteigerung, was sich unter anderem am Umfang der privaten Bautätigkeit in den anliegenden Dörfern und Städten ablesen läßt.

Anteil der Eigenerzeugung bei Strom stark gestiegen

Zugleich bot der Ausbau mit zehn Schleusen in der deutschen Moselstrecke und zwei in der deutsch-luxemburgischen Grenzstrecke die Möglichkeit der energiewirtschaftlichen Nutzung. Diese wurde der Moselkraftwerke GmbH. mit Sitz in Andernach - seit 1958 - übertragen, deren alleinige Gesellschafterin die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke

Engpaßleistung und Elektrizitätserzeugung der Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen 1960 - 1973

Jahr	Engpaßleistung				Elektrizitätserzeugung			
	ins-ge-samt	Wasser-kraftwerke		Wärme-kraft-werke	ins-ge-samt	Wasser-kraftwerke		Wärme-kraft-werke
		zu-sam-men	Lauf-wasser			zu-sam-men	Lauf-wasser	
	MW				1 000 MWh			
1960	243,9	35,1	29,0	208,8	912	143	131	769
1963	380,2	90,8	84,7	289,4	1 274	261	252	1 013
1964	419,8	130,2	124,1	289,6	1 579	349	339	1 230
1965	459,1	169,5	163,4	289,6	2 045	767	749	1 277
1966	598,1	208,5	202,4	389,6	2 362	961	944	1 401
1967	602,8	208,5	202,4	394,3	2 539	1 022	1 006	1 517
1968	602,8	208,5	202,4	394,3	2 805	1 133	1 118	1 672
1969	607,0	208,5	202,4	398,5	2 903	1 077	1 065	1 826
1970	607,0	208,5	202,4	398,5	2 800	984	970	1 816
1971	607,0	208,5	202,4	398,5	2 113	683	675	1 431
1972	607,0	208,5	202,4	398,5	2 656	759	748	1 897
1973	607,0	208,5	202,4	398,5	2 807	769	760	2 038

AG ist. Die RWE hatte ihre gesamten westdeutschen Laufwasserkraftwerke hier zusammengefaßt: aus dem Altbesitz das im Jahre 1926 in Betrieb genommene Kyllkraftwerk, das von Niederhausen/Nahe (1928), das Dhronkraftwerk (1913) und auch die Schleuse Koblenz aus dem Jahre 1951. Der Moselkraftwerke GmbH. wurde der Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken einschließlich Pumpspeicherkraftwerken im Einzugsbereich des Rheins, wobei der Schwerpunkt im Moselgebiet liegt, übertragen, so daß diesem Unternehmen eine für das Land sehr bedeutende Funktion zukommt. Die Inbetriebnahme und technische Verbesserung der Kraftwerke im Zuge der Moselkanalisierung hat die Eigen Gewinnung an Elektrizität in Rheinland-Pfalz verbessert, durch den möglichen Bau eines Pumpspeicherkwerkes bei Bremm dürfte diese noch vergrößert werden, zumal dieses Werk in seiner Kapazität das an der Our betriebene Kraftwerk übertreffen soll. Die energiewirtschaftliche Nutzung eines Gefälles von rund 70 Metern auf der 200 km langen Moselstrecke von Trier bis Koblenz führte zum Bau von insgesamt 12 Kraftwerken.

In den Strombilanzen des Landes finden diese Produktionsstätten ihren Niederschlag. Durch eine geschickte Flutung ließe sich die Energiegewinnung merklich steigern. Entsprechende Versuche sind noch nicht endgültig abgeschlossen. Bei Fertigstellung der Kraftanlagen bei Trier 1961 sowie Detzem und Lehmen im Jahre 1962 verfügte diese Gesellschaft bereits 1962 über eine Maximalleistung von 101 510 kW, was einer mittleren Jahresarbeit von 429 Mill. kWh entsprach¹⁾. In welchem Umfang die fortschreitende Inbetriebnahme der Moselkraftwerke sich in den Energiedaten des Landes niederschlägt, kann den Übersichten entnommen werden.

Ausbau für Schiffe von 1 500 Tonnen

Der Ausbau der Mosel wurde so konzipiert, daß Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 1 500 Tonnen und Schubverbände mit einer Länge von 172 m bei einer Breite von 11,40 m die Mosel befahren können. Der Umfang des Güterschiffsverkehrs und auch seine Entwicklung kann mit Hilfe von Meßzahlen verdeutlicht werden. Dabei fällt auf, daß das Umschlagsniveau im Landesbereich relativ gering

1) Vgl. Prospekt der Gesellschaft für die Zulassung zum Börsenhandel vom 21. 5. 1963, FAZ Nr. 117, S. 14.

Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr der Güterschiffe an der Moselschleuse Koblenz und der Lahnschleuse Lahnstein 1963 - 1973

Jahr	Bergverkehr			Talverkehr		
	insgesamt	Tragfähigkeit	Ladung	insgesamt	Tragfähigkeit	Ladung
	Anzahl	1 000 t	% 1)	Anzahl	1 000 t	% 1)
Moselschleuse Koblenz 2)						
1964	2 483	2 125	1 159	2 441	2 073	669
1965	4 168	3 828	2 669	3 907	3 640	1 930
1966	5 093	4 753	3 492	4 981	4 712	2 298
1967	6 114	5 663	4 267	6 001	5 629	2 888
1968	7 141	6 563	5 054	6 941	6 446	3 464
1969	8 067	7 714	5 900	7 539	7 508	3 536
1970	8 591	8 418	6 928	8 216	8 275	3 798
1971	9 038	8 737	5 850	8 615	8 467	3 732
1972	8 956	8 832	5 316	8 998	8 751	3 899
1973	9 067	9 348	6 313	8 973	9 358	4 250
Lahnschleuse Lahnstein						
1963	2 563	526	10	2 616	531	420
1964	3 149	655	15	3 137	649	491
1965	2 459	530	13	2 458	530	414
1966	2 097	456	19	2 111	460	357
1967	2 022	443	21	2 037	445	345
1968	1 624	358	26	1 639	363	275
1969	570	131	29	576	131	79
1970	390	92	26	428	102	53
1971	173	43	27	194	46	8
1972	108	26	19	108	26	-
1973	-	-	-	-	-	-

1) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. - 2) Erste Aufzeichnungen über den Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr der Moselschleuse erfolgten erst im Laufe des Jahres 1964.

blieb, auch wenn man die Verladungen bzw. Löschungen der übrigen Landeshäfen, also die Rheinhäfen, in diese Betrachtung einbezieht. Insgesamt ist festzustellen, daß das Schiffs- und Güteraufkommen dennoch die Erwartungen übertroffen hat, geht man von dem ursprünglich geschätzten Güteraufkommen von 10 Mill. t aus, das bereits 1970 erreicht werden konnte. Bemerkenswert ist dabei, daß sich auch beim Verkehrsaufkommen der Deutschen Bundesbahn auf der Moselstrecke der befürchtete Einbruch nicht vollzog, sondern eine Steigerung auftrat und sich eine Entwicklung abzeichnete, die auch auf dieser Strecke eine Umstellung auf den elektrischen Dienstbetrieb unter Finanzhilfe des Landes angezeigt erscheinen ließ. Diese Umstellung konnte am 26. Mai 1974 vollzogen werden, und mit einem weiteren Anstieg des Güteraufkommens ist zu rechnen.

Elektrizitätsaustausch und -absatz 1960 - 1973

Jahr	Austausch			Erzeugung		Verbrauch			
	Strom- bezug ¹⁾	Strom- lieferung ¹⁾	Saldo	ins- gesamt	Anteil am Verbrauch	ins- gesamt	Industrie ²⁾	Haushalte	
	1 000 MWh			%		1 000 MWh			%
1960	5 138	539	4 599	912	17,9	5 102	3 388	658	12,9
1963	7 245	1 781	5 464	1 274	20,3	6 286	3 997	941	15,0
1964	8 031	2 362	5 669	1 579	23,2	6 798	4 259	1 076	15,8
1965	8 550	2 857	5 693	2 045	26,7	7 655	4 666	1 372	17,9
1966	9 115	3 255	5 859	2 362	29,0	8 140	4 868	1 534	18,8
1967	9 491	3 563	5 928	2 539	30,5	8 314	4 687	1 740	20,9
1968	9 674	3 348	6 326	2 805	31,2	8 977	4 955	1 914	21,3
1969	10 825	3 685	7 140	2 903	29,6	9 817	5 365	2 167	22,1
1970	12 473	3 979	8 494	2 800	24,8	11 292	6 248	2 558	22,7
1971	14 172	3 962	10 210	2 113	17,1	12 332	6 416	2 942	23,9
1972	15 189	4 607	10 582	2 656	20,3	13 107	6 769	3 213	24,5
1973	17 444	6 203	11 241	2 807	19,8	14 192	7 244	3 621	25,5

1) Aus anderen bzw. an andere Bundesländer sowie aus bzw. an das Ausland. - 2) Einschl. Durchleitung (Industrie an Industrie über das öffentliche Netz).

Berichtsmerkmal	Bergverkehr							Talverkehr						
	ins- ge- samt	Ankunft aus		Abgang nach				ins- ge- samt	Ankunft aus				Abgang nach	
		deut- schen Häfen	aus- ländi- schen Häfen	deut- schen Häfen	ausländischen Häfen		deut- schen Häfen		ausländischen Häfen		deut- schen Häfen	aus- ländi- schen Häfen		
					ins- ge- samt	Frankreich			ins- ge- samt	Frankreich				
	1 000 t				%		1 000 t				%	1 000 t		
1970														
Güterschiffe (Anzahl)	8 591	4 544	4 047	1 726	6 865	.	.	8 216	1 710	6 506	.	.	5 621	2 595
Tragfähigkeit	8 418	4 033	4 385	1 600	6 818	.	.	8 275	1 654	6 621	.	.	5 632	2 643
Ladung	6 928	3 192	3 736	1 414	5 514	4 651	84	3 798	231	3 567	3 037	85	2 000	1 798
Landwirtschaftliche Erzeugnisse, and, Nahrungsmittel	56	6	50	16	40	20	50	479	23	456	445	98	431	48
Feste mineralische Brennstoffe	2 685	1 439	1 246	50	2 635	2 628	100	121	2	119	113	95	12	109
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	1 298	1 117	181	816	482	-	-	14	14	-	-	-	12	2
Erze und Metallabfälle	1 414	66	1 348	4	1 410	1 221	87	13	1	12	7	58	10	3
Eisen, Stahl und NE-Metalle	683	98	585	42	641	477	74	1 603	3	1 600	1 275	80	355	1 248
Steine und Erden	684	389	295	464	220	111	51	1 483	148	1 335	1 152	86	1 178	305
Düngemittel	7	1	6	-	7	7	100	49	38	11	9	82	1	48
Chemische Erzeugnisse	73	57	16	20	54	52	96	34	3	31	31	100	0	34
Auslastungsgrad in %	86	86	86	80	86	79
1973														
Güterschiffe (Anzahl)	9 067	5 428	3 639	2 243	6 824	5 885	86	8 973	1 962	7 011	5 614	80	6 389	2 584
Tragfähigkeit	9 348	5 008	4 340	2 325	7 023	6 115	87	9 358	2 092	7 266	5 755	79	6 400	2 958
Ladung	6 313	3 177	3 136	1 719	4 594	3 947	86	4 250	315	3 935	3 176	81	2 602	1 648
Landwirtschaftliche Erzeugnisse, and, Nahrungsmittel	97	25	72	23	74	52	70	906	44	862	860	100	826	80
Feste mineralische Brennstoffe	3 004	1 743	1 261	228	776	2 656	96	17	1	16	16	100	1	16
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	1 505	964	541	1 091	414	87	21	52	52	-	-	-	48	4
Erze und Metallabfälle	890	36	854	11	879	814	93	13	0	13	12	92	11	2
Eisen, Stahl und NE-Metalle	243	105	138	28	215	187	87	1 415	15	1 400	1 121	80	316	1 099
Steine und Erden	488	247	241	300	188	92	49	1 624	137	1 487	1 125	76	1 241	383
Düngemittel	3	3	0	-	3	3	100	177	62	115	-	-	127	50
Chemische Erzeugnisse	55	35	20	35	20	20	100	43	3	40	39	98	31	12
Auslastungsgrad in %	72	72	72	76	72	71	.	66	70	65	65	.	67	65

Ausbau der Saar beginnt in Kürze

Der inzwischen beschlossene Ausbau der Saar dürfte sich für die Moselschiffahrt als weiteres Stimulans erweisen. Das Güteraufkommen der Saarschiffahrt wird auf über 8 Mill. t veranschlagt. Berücksichtigt man dabei die zunehmende Bedeutung des Fahrgastverkehrs, dann stellt sich bereits heute die Frage nach einem Ausbau der Schleusanlagen der Mosel, die ursprünglich für einen Güterdurchgang von 15 Mill. t im Jahre konzipiert wurden. Beim Bau wurde bereits die Notwendigkeit einer späteren Erweiterung berücksichtigt.

Sehr günstige Entwicklung der Industrie im Moseltal

Der Ausbau der Mosel stellte für den gesamten Raum strukturpolitisch einen großen Gewinn dar. Wenn auch, wie die Daten des Güterumschlags zeigen, dieser im Moseltal, sieht man von den Häfen Koblenz-Raumental und Trier ab, relativ gering blieb, führten die Baumaßnahmen zu einer vielfältigen Standortverbesserung. Im Zuge der Flußregulierung wurden große Flächen im Moseltal besser nutzbar und in nicht unerheblichem Umfang als Gewerbeflächen ausgewiesen und genutzt. Als Beispiel kann auf den Trierer Hafen verwiesen werden,

von dem vielfältige Initialzündungen ausgelöst wurden, wie sich dies an der Zahl der Industriebeschäftigten verdeutlichen läßt. Diese stieg in der Stadt Trier von 5 298 im Jahre 1963 auf 9 077 im Jahre 1973 (+ 71,3%). Die Attraktivität des Umlandes läßt sich an der Beschäftigtenentwicklung der Stadt Wittlich ablesen, wo die Zahl der Industriebeschäftigten von 719 im Jahre 1967 auf 2 213 im Jahre 1973 stieg, was einer Veränderung von + 208% entspricht.

Starker Zuwachs im Fremdenverkehr

Hervorzuheben sind insbesondere die strukturpolitischen Auswirkungen auf den Fremdenverkehr und das Fremdenverkehrsgewerbe, wo zahlreiche neue Arbeitsplätze und mittelständische Existenzen geschaffen bzw. stabilisiert wurden. Die Zahlen der Fremdenverkehrsstatistik lassen einen nicht erwarteten Aufschwung erkennen. So ist die Zahl der Gästeübernachtungen im Moseltal, das mit Ausnahme der Gemeinde Saarburg mit dem Fremdenverkehrsgebiet Mosel-Saar identisch ist, von 1 357 675 im Fremdenverkehrsjahr 1963 (1. April 1963 bis 31. März 1964) auf 2 356 928 im Jahre 1973 gestiegen (+ 73,6%). Die Attraktivität dieses Raumes läßt sich auch am Beispiel des Ausländerverkehrs aufzeigen, wo sich gleichzeitig ein Zugang von

Jahr	Ins- ge- samt	Koblenz- Raumental		Trier		Bern- kastel	Zell	Wellen	Übrige	
		1 000 t	%	1 000 t	%					1 000 t
Umschlag										
1963	702	700	99,7	-	-	-	-	-	2	
1964	665	664	99,8	-	-	-	1	-	-	
1965	1 121	756	61,9	217	19,4	-	8	106	34	
1966	1 193	742	62,2	297	24,9	39	18	95	2	
1967	1 258	719	57,2	349	27,7	68	27	95	0	
1968	1 409	805	57,1	288	20,4	103	33	165	15	
1969	1 504	841	55,9	371	24,7	139	39	91	23	
1970	1 675	931	55,6	307	18,3	150	76	155	56	
1971	1 423	812	57,1	264	18,6	105	62	87	93	
1972	1 581	808	51,1	333	21,0	100	76	120	144	
1973	1 890	897	47,5	518	27,4	71	66	156	182	
Versand										
1963	216	216	100,0	-	-	-	-	-	-	
1964	93	93	100,0	-	-	-	-	-	-	
1965	265	155	58,5	26	9,8	-	-	70	14	
1966	215	121	56,3	21	9,8	-	-	73	-	
1967	152	41	27,0	36	23,7	-	-	75	-	
1968	216	42	19,4	38	17,6	-	-	136	-	
1969	115	15	13,0	37	32,2	-	-	62	1	
1970	194	16	8,2	31	16,0	-	-	145	2	
1971	121	18	14,9	17	14,0	-	-	86	-	
1972	178	17	9,6	40	22,5	-	-	120	1	
1973	237	18	7,6	60	25,3	-	2	156	1	
Empfang										
1963	486	484	99,6	-	-	-	-	-	2	
1964	572	571	99,8	-	-	-	1	-	-	
1965	856	601	70,2	191	22,3	-	8	36	20	
1966	978	621	63,5	276	28,2	39	18	22	2	
1967	1 106	678	61,3	313	28,3	68	27	20	0	
1968	1 193	763	64,0	250	21,0	103	33	29	15	
1969	1 389	826	59,5	334	24,0	139	39	29	22	
1970	1 481	915	61,8	276	18,6	150	76	10	54	
1971	1 302	794	61,0	247	19,0	105	62	-	94	
1972	1 403	791	56,4	293	20,9	100	76	-	143	
1973	1 653	879	53,2	458	27,7	71	64	-	181	

148,0% errechnet. Die Expansion des Fremdenverkehrs führte zugleich zu einer Vergrößerung des Bettenangebotes. Dieses stieg von 14 422 im Jahre 1963 auf 23 684 im Jahre 1973 (+ 64,2%), wobei die Betten in Privatquartieren Berücksichtigung fanden, soweit diese ständig dem Fremdenverkehr zur Verfügung stehen. Wenn sich auch durch den beträchtlichen Zugang der Bettenkapazität der Zuwachs in der Auslastung nicht voll auswirkte, ist diese dennoch von 25,8% auf 27,3% gestiegen. Die Zahl der Übernachtungen je Bett erhöhte sich von 94 im Jahre 1963 auf 100 im Jahre 1973. Ebenfalls läßt die Analyse der Fremdenverkehrsentwicklung im Jahresablauf erkennen, daß die Saison gestreckt werden konnte. Von allen Fremdenverkehrsgebieten des Landes weist das Moseltal in den vergangenen zehn Jahren mit Abstand die günstigste Entwicklung auf. Von dieser Entfaltung, zu der auch der Tagesausflugsverkehr zu rechnen ist, wurde auch die Fahrgastschiffahrt begünstigt.

Steigende Fahrgastschiffahrt

Hier bedurfte es keiner langen Anlaufzeit wie bei der Güterschiffahrt. Bereits im Jahre 1964 konnten an der Schleuse Koblenz 2 026 Fahrgast- und Fahrgastkabinenschiffe gezählt werden. Im Jahre

1) Jahnke: „Die Entwicklung der Fahrgastschiffahrt auf der Mosel“. Zeitschrift Binnenschiffahrt und Wasserstraßen, Nr. 5/74, S. 196.
2) Lennsen: „Die Moselkraftwerkskette“. Zeitschrift Binnenschiffahrt und Wasserstraßen, Nr. 5/74, S. 200.

1973 waren es 2 084. Wenn auch der kombinierte Rhein-Mosel-Verkehr in diesem Zeitabstand - legt man die Zahl der Schleusungen als Maßstab zugrunde - nur geringfügig gesteigert wurde, erlebte der Lokalverkehr in den vergangenen Jahren eine starke Aufwärtsentwicklung¹⁾, insbesondere im landschaftlich besonders schönen mittleren Moselabschnitt. Die Übernachtungen auf den hier stark eingesetzten Fahrgastkabinenschiffen - die Zahl dieser Schleusungen stieg von 166 im Jahre 1964 auf 422 im Jahre 1973 - sind bei dem oben dargestellten Übernachtungsverkehr nicht berücksichtigt.

Günstige Prognosen

Analysiert man die hier aufgezeigten Tendenzen in ihrem zeitlichen Verlauf, kann festgestellt werden, daß die durch die Moselkanalisierung initiierte Entwicklung noch keineswegs abgeschlossen ist. Im Gegenteil, im Zusammenhang mit der Kanalisierung der Saar bis Saarbrücken dürfte der Schiffsverkehr, und zwar sowohl der Güterschiffe als auch der Fahrgastschiffe, weitere Impulse erhalten. Das Saartal wird im Zuge dieses Ausbaues auch fremdenverkehrsmäßig besser erschlossen, wovon zugleich die Landschaft der Obermosel stark profitieren wird. Auch in der Energieerzeugung ist die Entwicklung bei weitem noch nicht abgeschlossen. Als nächstes kann mit dem Bau von allerdings wesentlich kleineren Kraftwerken beim Ausbau der Saar zur Schiffsverkehrsstraße gerechnet werden, wobei es voraussichtlich an fünf Staustufen lohnend sein wird, eine Gesamtleistung von rund 14 MW mit einer Jahreserzeugung von 100 GWh zu installieren¹⁾. Weitere Pläne sehen neben dem Bau einer Pumpspeichieranlage am Schleicherberg oberhalb der Staustufe Detzem ein Langzeitpumpspeicherkraftwerk bei Bremm vor, das nach der Projektion ein Unterbecken im Ellerbachtal und ein Oberbecken mit einem Fassungsvermögen von etwa 175 Mill. cbm auf der Lutzeratherhöhe umfaßt. Ein weiteres

Entwicklung der Industrie im Moseltal 1963 - 1973
(Alle Betriebe)

Gemeinde	1963		1973		
	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- triebe	Beschäftigte	
				ins- gesamt	Verän- derung
	Anzahl				%
Bernkastel-Kues	8	146	9	278	90,4
Bullay	4	287	3	310	8,0
Cochem	6	98	6	94	- 4,1
Enkirch	4	7	3	24	242,9
Kobern-Gondorf	3	74	4	35	- 52,7
Konz	8	979	6	2 406	145,8
Neumagen-Dhron	4	19	4	99	421,1
Traben-Trarbach	11	201	9	264	31,3
Treis-Karden	7	230	3	199	- 13,5
Trier	97	5 298	97	9 077	71,3
Zell / Mosel	6	308	7	404	31,2
Übrige Gemeinden ¹⁾	55	1 222	44	1 589	30,0
Zusammen	213	8 869	195	14 779	66,6
Übriges Rheinland-Pfalz	5 478	365 305	4 580	405 176	10,9
In s g e s a m t	5 691	374 174	4 775	419 955	12,2

1) Mit weniger als 3 Betrieben.

	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Bettenkapazität am 1. April ¹⁾											
Mosel / Saar	14 422	14 117	14 481	15 424	16 405	16 697	18 367	19 212	21 860	23 225	23 684
dar. Mosel	14 287	13 923	14 277	15 306	16 280	16 468	18 231	19 070	21 728	23 090	23 515
Alf	179	179	255	259	259	268	462	448	446	494	625
Alken	279	268	268	264	285	187	178	188	185	200	190
Bad Bertrich	1 711	1 736	1 719	1 757	1 775	1 771	1 887	1 881	1 944	1 993	1 892
Bernkastel-Kues	1 581	1 592	1 665	1 728	1 757	1 796	1 844	1 904	1 956	2 047	2 068
Briedel	357	303	278	267	278	255	281	254	257	251	261
Brodenbach	315	331	326	345	355	342	364	383	341	351	353
Burgen	223	189	189	170	184	245	300	318	308	280	283
Cochem	1 376	1 343	1 384	1 435	1 483	1 703	1 687	1 669	1 882	2 165	2 062
Ediger-Eller ²⁾	115	113	85	132	209	311	324	366	547	454	452
Enkirch	310	336	340	344	341	362	358	346	388	423	397
Klotten	380	391	276	250	584	577	749	694	678	787	789
Kröv	729	463	523	548	1 066	1 055	1 089	1 186	1 163	1 490	1 510
Löf	341	316	272	262	267	287	269	270	282	317	372
Lütz	171	190	282	247	262	247	247	286	255	273	311
Mehring	244	244	244
Traben-Trarbach	920	1 075	1 086	1 095	1 056	1 230	1 335	1 376	1 382	1 440	1 484
Treis-Karden	496	506	532	277	286	292	291	585	579	650	467
Trier	1 546	1 582	1 693	1 701	1 704	1 751	2 159	2 220	2 196	2 162	2 620
Zell / Mosel	479	488	524	592	631	639	907	908	912	920	723
Zeltingen-Rachtig	350	272	368	362	402	300	338	346	340	358	438
Übernachtungszahl (Fremdenverkehrs-jahr)											
Mosel / Saar	1 357 675	1 459 247	1 590 249	1 618 423	1 629 037	1 623 163	1 743 422	1 917 322	2 172 827	1 320 590	2 356 928
dar. Mosel	1 346 818	1 448 036	1 581 076	1 609 563	1 621 679	1 616 131	1 736 368	1 908 822	2 162 263	2 309 968	2 346 630
Alf	5 603	5 677	11 424	12 885	14 387	14 409	16 522	16 529	29 261	24 966	27 932
Alken	11 971	19 287	16 194	16 671	14 290	16 488	21 387	19 124	25 087	17 839	22 736
Bad Bertrich	380 454	377 605	390 174	401 810	364 949	380 804	359 593	339 765	395 491	397 765	380 471
Bernkastel-Kues	122 303	162 034	177 793	172 796	191 517	153 018	159 476	189 426	179 635	209 440	219 044
Briedel	24 515	23 849	23 851	28 460	31 878	21 818	14 026	17 668	14 257	27 269	28 527
Brodenbach	41 032	46 931	44 893	42 118	44 459	26 311	32 339	35 366	33 327	39 077	39 223
Burgen	20 399	18 738	25 314	23 785	22 225	25 866	25 472	24 287	25 874	25 612	26 055
Cochem	90 277	94 501	96 899	101 949	103 826	105 172	124 390	107 338	192 012	250 687	216 024
Ediger-Eller ²⁾	8 459	7 996	7 143	5 954	5 813	4 898	16 588	19 727	22 223	22 177	23 864
Enkirch	13 634	20 506	21 070	22 945	22 345	25 281	26 197	24 300	24 070	29 121	29 740
Klotten	16 601	14 820	17 052	16 617	14 358	25 493	26 953	32 890	37 984	42 932	41 678
Kröv	30 427	40 306	46 024	76 050	103 236	104 161	118 597	126 567	134 603	157 142	155 962
Löf	18 246	22 304	23 472	25 354	24 692	32 962	31 297	28 262	38 124	42 397	34 753
Lütz	34 435	38 104	33 818	42 792	41 670	42 385	46 307	45 679	45 533	41 985	47 669
Mehring	10 757	20 993	27 550	23 943
Traben-Trarbach	107 085	116 961	125 398	130 929	126 312	116 513	130 182	125 095	130 129	125 881	122 104
Treis-Karden	19 169	16 518	19 189	20 997	20 873	30 709	25 888	32 925	42 049	35 613	38 139
Trier	228 539	229 588	241 024	226 270	221 359	222 379	247 058	265 922	275 526	270 264	278 381
Zell / Mosel	33 804	44 672	47 077	47 834	54 845	44 063	50 008	49 143	59 656	66 932	54 166
Zeltingen-Rachtig	20 094	21 459	24 965	19 800	24 357	36 218	48 606	48 374	54 052	48 062	52 025

1) Einschl. Betten in Privatquartieren. - 2) Bis 1968 nur Eller.

Pumpspeicherwerk wäre zwischen Kondelwald und dem Alftal möglich. Dabei ist zu hoffen, daß auch

hier das Wirken der Natur und des Menschen im Einklang gehalten bleibt.

Dr. K.-H. Speth

Lehrernachwuchs für Gymnasien, Realschulen und berufsbildende Schulen im März 1974

Zur Beurteilung von Fragen des Lehrernachwuchses für Gymnasien, Realschulen und berufsbildende Schulen werden Zahlen und Informationen über die künftigen Lehrer benötigt. Zu diesem Zweck wird jährlich im Frühjahr eine Erhebung an den Studienseminaren des Landes durchgeführt. Die ermittelten Daten können - ebenso wie die Zahlen aus der Hochschulstatistik - Vorausschätzungen des Lehrerbstandes zu grundgelegt und dem erwarteten Lehrbedarf gegenübergestellt werden. Allein aus der Studentenstatistik können keine Aussagen über die zu erwartenden Lehrer getroffen werden, da Studenten sich während des Studiums für einen anderen Beruf entscheiden können beziehungsweise während der weiteren pädagogischen Ausbildung ausscheiden.

An den Studienseminaren werden die Realschullehreranwärter und Studienreferendare nach Abschluß ihres Hochschulstudiums für die pädagogische Staatsprüfung ausgebildet. Im Gegensatz zum Studium an der Universität, das auf die wissenschaftliche Ausbildung ausgerichtet ist, werden im Studienseminar die Studienreferendare und Realschullehreranwärter auf die pädagogischen Erfordernisse ihres Berufes vorbereitet. Dabei müssen die künftigen Lehrer sowohl unter Aufsicht des Fachlehrers als auch selbständig unterrichten. Erst mit der zweiten Staatsprüfung ist die Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien, Realschulen und an berufsbildenden Schulen abgeschlossen. Der Lehrernachwuchs an Grund-, Haupt- und Sonderschulen wird bei dieser Erhebung nicht erfaßt, da seine Ausbildung an Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen erfolgt.

Die meisten beabsichtigen, Sprachen zu unterrichten

An den Studienseminaren, in denen die Studienreferendare für Gymnasien ausgebildet werden, wurden am 1. März 1974 337 Seminaristen gezählt, rund drei Fünftel männlichen und zwei Fünftel weiblichen Geschlechts. 107 Frauen und 75 Männer befanden sich im ersten Semester, 95 Anwärtler und 60 Anwärtlerinnen im zweiten Semester. Voraussichtlich werden die Referendare im zweiten Semester noch 1974 ihr Examen ablegen, die Kandidaten im ersten Semester 1975.

Betrachtet man die Altersstruktur der Teilnehmer, so läßt sich feststellen, daß zwar rund 63% (85) der angehenden Lehrerinnen, aber nur rund 29% (59) der angehenden Lehrer 1948 und später geboren sind.

Als eines der beiden Fächer, in denen sie ihre Prüfung ablegen wollen, wurden von den Lehramtskandidaten die Sprachen favorisiert. 82 gaben Englisch an, 57 Französisch, 17 Latein, 5 Griechisch und 2 Russisch. 74 wollen einmal Deutschunterricht erteilen. Auch Geschichte und Erdkunde sind gefragte Fächer. 75 bzw. 79 Seminaristen gaben sie als die Fächer an, in denen sie ihre Lehrbefähigung erlangen wollen. Von den naturwissenschaftlichen Fächern wurde Biologie am meisten (64) genannt. Es folgten Chemie (48), Mathematik (38) und Physik (29). In Religion wollen 18, in Leibesübungen 30 und in Musik 17 der Lehramtsanwärtler einmal unterrichten.

40,7% der Studienreferendare wollen Deutschunterricht erteilen

Die weiblichen Studienreferendare bevorzugen in besonderem Maße als künftige Lehrfächer die Sprachen: 28,1% von ihnen wollen später Französisch, 30,4% Englisch und 23,7% Deutsch unterrichten. Dagegen beabsichtigen nur 9,4% ihrer Kollegen, Französisch-, 20,3% Englisch- und 20,8% Deutschunterricht zu erteilen. Umgekehrt verhält es sich bei den naturwissenschaftlichen Fächern. 13,8% der Seminaristen nannten Mathematik, 12,9% Physik und 15,3% Chemie als eines der beiden Fächer, in denen sie die Lehrbefähigung erlangen wollen, während von ihren Kolleginnen Mathematik 7,4%, Physik sogar nur 2,2% und Chemie 12,6% lehren wollen. In Biologie dagegen wollen 20,7% der Lehramtsanwärtlerinnen unterrichten, 17,8% sind es bei den Studienreferendaren.

Mit Erfolg abgelegte Pädagogische Prüfungen für das Lehramt an Gymnasien 1973

Fachgruppe	Teilnehmer		
	insgesamt	männlich	weiblich
Geisteswissenschaften	236	142	94
Naturwissenschaften	78	67	11
Sonst. Wissenschaftlichen Fachgruppen	-	-	-
Künstlerische Fachrichtungen	41	22	19
Insgesamt	355	231	124

Im Jahre 1973 legten insgesamt 355 Kandidaten erfolgreich ihre pädagogische Prüfung für das Lehramt an Gymnasien ab. Davon waren 124 (rund 35%) weiblich und 65% männlich. Auch bei diesen Lehrern dominierten die Geisteswissenschaften als Prüfungsfächer. Zwei Drittel wollten in geisteswissenschaftlichen Fächern unterrichten, nur 22% in den Naturwissenschaften, die übrigen präferierten künstlerische Fachrichtungen. Die Geisteswissenschaften wurden auch 1973 von den Frauen bevorzugt. 94 von 124 (75,8%) nannten geisteswissenschaftliche, aber nur 11 (8,9%) naturwissenschaftliche Fächer.

Mehr Frauen als Männer werden Realschullehrer

Auf das Lehramt an Realschulen bereiten sich in den vier Studienseminaren des Landes 297 Kandidaten vor. Hier sind mehr Frauen (215 bzw. 72,3%) als Männer (82 bzw. 27,6%). 78 davon stehen im ersten Semester, 107 im zweiten, 98 im dritten und 14 im vierten Semester. Die Lehramtsanwärtler im dritten und vierten Semester werden voraussichtlich noch 1974 ihre Ausbildung abgeschlossen haben, die Kandidaten im ersten und zweiten Semester 1975. 40 (48,8%) der künftigen Lehrer und 186 (86,5%) der angehenden Lehrerinnen wurden 1948 und später geboren.

Auch bei den Realschullehreranwärtlern sind Fremdsprachen die Fächer, in denen die meisten ihre Lehrbefähigung erlangen wollen. Französisch nannten 49, Englisch 116. Auch hier dominieren vor allem die Frauen. Gut ein Fünftel (20,9%) von ihnen nannte Französisch, fast die Hälfte (46,9%) Englisch; bei den Männern wurde Französisch von 4 (4,9%) und Englisch von 15 (18,3%) bevorzugt.

Teilnehmer an Studienseminaren mit erfolgreich abgelegter Prüfung 1973 bzw. nach voraussichtlichem Prüfungsjahr

Prüfung für das Lehramt an ..	Erfolgreich abgelegte Prüfungen im Jahre 1973			Voraussichtlich werden die Prüfung ablegen								
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt			1974			1975 und später		
				insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Gymnasien	355	231	124	337	202	135	155	95	60	182	107	75
Realschulen	185	62	123	297	82	215	112	32	80	185	50	135
Berufsbildenden Schulen	171	138	33	451	359	92	212	169	43	239	190	49
Insgesamt	711	431	280	1 085	643	442	479	296	183	606	347	259

Deutschunterricht wollen 55 (25,6%) der weiblichen und 19 (23,2%) der männlichen Seminaristen, Erdkunde und Geschichte 73 (33,9%) bzw. 29 (13,5%) der Frauen und 19 (23,2%) bzw. 12 (14,6%) der Männer unterrichten.

Männer stärker an Naturwissenschaften interessiert

Die naturwissenschaftlichen Fächer wurden auch bei den Realschullehreranwärtern in erster Linie von den Männern als eines der beiden Fächer genannt, für die sie ihre Prüfung ablegen wollen. 33 von ihnen (40,2%) wählten Mathematik, 29 (35,4%) Physik, 7 (8,5%) Chemie und 12 (14,6%) Biologie als Prüfungsfächer. Dagegen wollen nur 25 (11,6%) der Frauen den Schülern Mathematik beibringen, 14 (6,5%) Physik, 12 (5,6%) Chemie, aber 42 (19,5%) Biologie.

Abgelegt haben im Jahre 1973 ihre Prüfung 185 Lehramtskandidaten. Zwei Drittel waren Frauen, ein Drittel Männer. 104 (56,2%) - darunter 23 Männer (37,1% der Seminaristen) und 81 Frauen (65,9% der Seminaristinnen) - legten ihre Prüfung für die Lehrbefähigung an Realschulen in geisteswissenschaftlichen Fächern ab, 60 (32,4%) - davon 35 (56,4%) männliche und 25 (20,3%) weibliche Kandidaten - in den Naturwissenschaften.

Das Lehramt an berufsbildenden Schulen streben 451 Studienreferendare an. Sie bereiten sich an

Mit Erfolg abgelegte Pädagogische Prüfungen für das Lehramt an Realschulen 1973

Fachgruppe	Teilnehmer		
	insgesamt	männlich	weiblich
Geisteswissenschaften	104	23	81
Naturwissenschaften	60	35	25
Sonst. Wissenschaftlichen Fachgruppen	17	2	15
Künstlerische Fachrichtungen	4	2	2
Insgesamt	185	62	123

Mit Erfolg abgelegte Prüfungen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen 1973

Lehramt	Teilnehmer		
	insgesamt	männlich	weiblich
Handelslehramt	73	55	18
Gewerbelehramt ohne Hauswirtschaft	81	78	3
Gewerbelehramt mit Hauswirtschaft	2	-	2
Gewerbelehramt für Hauswirtschaft	12	2	10
Lehramt der Landwirtschaft	1	1	-
Katholische Theologie	2	2	-
Insgesamt	171	138	33

den vier Studienseminaren in Rheinland-Pfalz auf die pädagogische Staatsprüfung vor. 359 (79,6%) davon sind Männer, 92 (20,4%) Frauen. Im ersten Semester wurden 110 Seminaristen ausgebildet, im zweiten Semester 141, im dritten 109, im vierten 69 und im fünften 22. Noch 1974 wollen 212 der Seminarteilnehmer ihre pädagogische Staatsprüfung ablegen, und zwar 169 Männer und 43 Frauen. 239 beabsichtigen, sich 1975 und später examinieren zu lassen. 190 davon sind Männer, 49 Frauen. 8,4% (30) der künftigen Lehrer wurden 1948 und später geboren, bei den Lehrerinnen sind es 35,9% (33).

Im Jahre 1973 legten 171 Seminaristen erfolgreich ihre Prüfung ab, gut vier Fünftel waren Männer und knapp ein Fünftel Frauen. 73 (42,7%) erlangten das Handelslehramt, das offensichtlich von den weiblichen Lehrkräften bevorzugt wird. 18 (54,5%) der weiblichen Kandidaten erwarben es, jedoch nur 55 (39,9%) der Männer. Völlig anders stellt sich das Verhältnis beim Gewerbelehramt (ohne Hauswirtschaft) dar. Von 81 (47,4%) Gewerbelehrern waren 78 (56% der Männer) männlichen, aber nur 3 (9% der Frauen) weiblichen Geschlechts. Gewerbelehrer mit Hauswirtschaft wurden 2 (6,1%) Frauen. Die Prüfung für das Lehramt der Landwirtschaft und der katholischen Theologie legten jeweils 1 bzw. 2 Seminarteilnehmer ab.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Soziale Struktur der Angestellten 1972

Nach Veröffentlichung des Beitrags im Juli-Heft über Rechtsgrundlagen und Durchführung der Sondererhebung sowie über die soziale Struktur der Arbeiter soll nachfolgend die soziale Struktur der Angestellten im Oktober 1972 untersucht werden, und zwar im Hinblick auf Merkmale, welche die Höhe der Verdienste beeinflussen.

Als Angestellte werden - ebenso wie bei früheren Erhebungen und bei den laufenden Verdienststatistiken - Arbeitnehmer erfaßt, die angestelltenversicherungs-pflichtig sind, einschließlich derer, die unter besondere Befreiungsvorschriften fallen. Bei den Angestellten, deren Bruttomonatsgehalt 4 500 DM übersteigt - 1966 lag die Grenze noch bei 3 500 - wird auf eine genaue Erfassung des Gehaltes verzichtet.

Wie bei allen bisherigen Gehalts- und Lohnstruktur-erhebungen in der gewerblichen Wirtschaft erfolgte auch bei der letzten Sondererhebung eine Gliederung der Ergebnisse für Angestellte und Arbeiter nach Lei-

stungsgruppen, obwohl gewisse Bedenken hinsichtlich der exakten Eingliederung nicht von der Hand zu weisen sind. In wachsendem Maß ergeben sich Unzulänglichkeiten daraus, daß Arbeitnehmer in eine höhere Gehaltsgruppe und damit auch häufig in eine höhere Leistungsgruppe eingestuft werden, als es ihrer ausgeübten Tätigkeit entspricht. Andererseits kann auf das Leistungsgruppenschema nicht verzichtet werden, weil nur ein solches Schema es ermöglicht, Arbeitnehmer ungefähr gleicher Qualifikation zusammenzufassen und Vergleiche zwischen den Wirtschaftszweigen zu ziehen.

Die Aufteilung der männlichen und weiblichen Angestellten erfolgte wieder nach acht Leistungsgruppen, wobei zu den Gruppen Ia, Ib und II leitende Angestellte bzw. solche mit hohem beruflichen Können gehören. In Leistungsgruppe IIIa und b werden selbstständig arbeitende und mit fachlichem Können ausgestattete Kräfte eingegliedert. Die in den Gruppen IV

und V Beschäftigten sind Angestellte mit abgeschlossener Berufsausbildung in einfacherer Tätigkeit bzw. Angestellte mit einfacher schematischer oder mechanischer Tätigkeit ohne Berufsausbildung. Leistungsgruppe I wird ausschließlich durch Gruppe Ib repräsentiert, also der Angestellten in leitender Stellung mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis, deren monatliches Gehalt weniger als 4 500 DM beträgt.

Besetzung der unteren Leistungsgruppen nimmt ab

Von den Angestellten in den erfaßten Wirtschaftsbereichen waren rund 64% Männer und 36% Frauen. Der Frauenanteil liegt bei den Angestellten erheblich höher als bei den Arbeitern (18%), obwohl er seit 1962 (43%) deutlich zurückgegangen ist.

Etwas mehr als die Hälfte der männlichen Angestellten gehörte zu Gruppe III, ein Viertel entfiel auf Gruppe II. Gruppe Ib hatte einen Anteil von etwas über 7%. Rund 14% der Angestellten kamen auf Gruppe IV, während zu Gruppe V nur 2 von 100 gehörten. Der langfristige Vergleich der Zahlen mit den Ergebnissen früherer Gehalts- und Lohnstrukturserhebungen zeigt deutlich den schon vor zehn Jahren erkennbaren Trend einer Verlagerung aus unteren Leistungsgruppen in die oberen. Beachtlich ist die Steigerung in Leistungsgruppe II von rund 20 und 21% in den Jahren 1962 und 1966 auf nunmehr 25%. Seit Jahren rückläufig - von einem bedeutungslosen Anstieg in Gruppe V zwischen 1966 und 1972 abgesehen - sind die Anteile der beiden unteren Leistungsgruppen. Demgegenüber stieg die prozentuale Besetzung in Gruppe III von 1962 bis Oktober 1966 auf knapp 54%, während sich bis 1972 auch in dieser ein Rückgang zugunsten der nächsthöheren Gruppe vollzog.

Abweichungen der Werte in den einzelnen Wirtschaftsbereichen von denjenigen, die sich aus der Zusammenfassung aller Bereiche ergeben, werden im allgemeinen von den unterschiedlichen Anforderungen an die berufliche Qualifikation bestimmt. Seit jeher liegen beispielsweise die Anteile der oberen Leistungsgruppen beim Handel, den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe etwas unter dem Gesamtdurchschnitt, während die Beset-

zung dieser Gruppen in der chemischen Industrie (17% in Ib) und im Baugewerbe (30% in II) teilweise erheblich stärker ist. Umgekehrt ist das Verhältnis in den beiden unteren Gruppen, deren Werte beim Handel, dem Kredit- und Versicherungsgewerbe insgesamt fast 25% betragen, während für das Baugewerbe dort nur knapp 8% ausgewiesen wurden.

Ein anderes Bild von der Rangfolge der fünf Leistungsgruppen zeigt die Besetzung der Qualifikationsstufen für die weiblichen Angestellten, die am häufigsten (48%) in Leistungsgruppe IV vertreten sind. Fast jede zweite Angestellte - vor sechs Jahren waren es allerdings noch 51 und vor zehn Jahren sogar 54% - übt demnach einfachere Tätigkeiten aus. Leistungsgruppe III, zu der jede dritte weibliche Angestellte gehört, ist demgegenüber etwas stärker besetzt (34%) als vor sechs Jahren (31%). Es folgen die Leistungsgruppen V (12%) und II (5%). Weibliche Angestellte in Gruppe Ib sind selten (0,7%).

Die Besetzung der Gruppen bei den einzelnen Wirtschaftszweigen unterscheidet sich in der Rangfolge nicht wesentlich von den Anteilen, die für alle weiblichen Angestellten ermittelt wurden. Eine Ausnahme bildet allerdings die chemische Industrie mit offensichtlich höheren Anforderungen an das qualitative Niveau der weiblichen Angestellten. Hier dominiert nicht Leistungsgruppe IV (31%) sondern Leistungsgruppe III mit 52%. Dies besagt - abweichend vom Gesamtdurchschnitt -, daß in der chemischen Industrie jetzt jede zweite Angestellte auf Gruppe III und nur knapp jede dritte auf Leistungsgruppe IV entfällt. Beim Handel, den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe gehört nur etwa jede vierte zu Gruppe III, während jede zweite Angestellte einfachere Tätigkeiten ausübt. Ein Blick auf die Ergebnisse früherer Erhebungen zeigt auch bei den einzelnen Wirtschaftszweigen eine kontinuierliche Verlagerung der prozentualen Anteile von den unteren in höhere Gruppen.

41 von 100 sind technische Angestellte und Meister

Nach der Art ihrer Tätigkeit werden die Angestellten in kaufmännische Angestellte, technische Ange-

Angestellte¹⁾ im produzierenden Gewerbe, bei Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Wirtschaftsbereichen und Leistungsgruppen im Oktober 1966 und 1972

Geschlecht Wirtschaftsbereich	Leistungsgruppe									
	Ib		II		III		IV		V	
	1966	1972	1966	1972	1966	1972	1966	1972	1966	1972
	%									
Männliche Angestellte insgesamt	6,7	7,1	20,7	25,0	53,6	51,3	17,2	14,2	1,8	2,4
Energiewirtschaft	.	2,2	(12,8)	21,5	61,2	59,9	22,6	16,3	.	0,1
Verarbeitendes Gewerbe	8,0	8,9	21,5	25,1	53,5	52,3	15,9	12,2	1,1	1,5
Chemische Industrie	12,2	17,1	21,0	22,3	47,6	47,9	18,2	11,9	.	0,8
Baugewerbe	5,2	3,3	29,3	29,5	57,4	59,3	(7,0)	6,5	.	1,4
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	4,7	4,6	19,3	24,0	52,6	47,0	20,4	19,7	3,0	4,7
Weibliche Angestellte insgesamt	0,6	0,7	3,4	5,1	30,7	33,9	51,1	48,0	14,2	12,3
Verarbeitendes Gewerbe	.	1,0	3,6	4,5	35,5	42,1	46,0	41,5	14,5	10,9
Chemische Industrie	.	1,6	.	6,7	42,1	52,2	39,4	30,8	(11,6)	8,7
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	.	0,4	3,3	5,4	26,5	27,4	55,2	53,4	14,3	13,4

1) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 3 500 DM (1966) bzw. von 4 500 DM und mehr (1972).

Angestellte¹⁾ im produzierenden Gewerbe, bei Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Wirtschaftsbereichen und Beschäftigungsarten im Oktober 1966 und 1972

Wirtschaftsbereich	Männliche Angestellte						Weibliche kaufmännische Angestellte	
	Kaufmännische		Technische		Meister			
	1966	1972	1966	1972	1966	1972	1966	1972
	%							
Energiewirtschaft	48,6	40,9	28,9	32,1	22,5	27,0	98,4	92,0
Verarbeitendes Gewerbe	45,1	44,2	33,9	35,6	21,0	20,2	91,5	90,6
Chemische Industrie	33,8	36,2	43,7	43,7	22,5	20,1	85,6	82,6
Baugewerbe	31,1	30,3	61,9	64,5	.	5,2	97,1	96,7
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	94,2	95,3	2,8	1,5	3,0	3,2	99,7	99,9
Insgesamt	59,9	58,7	25,1	26,9	15,0	14,4	96,1	95,9

1) Ohne Angestellte mit einem Brutton Monatsverdienst von 3 500 DM (1966) bzw. von 4 500 DM und mehr (1972).

stellte und Meister eingeteilt. 96% der Frauen sind kaufmännische Angestellte, so daß auf einen detaillierten Nachweis der weiblichen Meister (0,3%) und technischen Angestellten (3,7%) verzichtet werden kann. Auch bei den Männern dominiert der Anteil der kaufmännischen Angestellten (59%), obwohl ihr Übergewicht bei weitem nicht so groß ist wie bei den weiblichen Angestellten. Daß der Anteil der technischen Angestellten seit 1966 von 25 auf 27% gestiegen ist, dürfte sich in einer Zeit zunehmender Technisierung von selbst verstehen. Nicht ganz 15% waren Meister im Angestelltenverhältnis. Dieser Anteil ist fast unverändert geblieben.

Aufschlußreich ist indessen die unterschiedliche Zusammensetzung nach den einzelnen Wirtschaftsbereichen; auch teilweise beachtliche Veränderungen innerhalb der Wirtschaftsbereiche fallen auf. Mit 95% überwiegen die kaufmännischen Angestellten vor allem im Handel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe. Im verarbeitenden Gewerbe - hier sind mehr als die Hälfte technische Angestellte (36%) und Meister (20%) - ist die Gruppe der kaufmännischen Angestellten (44%) schwächer besetzt. In der Energiewirtschaft ist die Verringerung des Anteils der kaufmännischen Angestellten (41%) zugunsten der Techniker (32%) und Meister (27%) besonders ausgeprägt. Vor zehn Jahren machten dort die kaufmännischen Angestellten noch knapp zwei Drittel und der Anteil der Tech-

niker und Meister nur 39% aus. Auch bei der chemischen Industrie - allerdings nur bis 1966 - war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten, während sich 1972 ein leichter Rückgang in der Gruppe der Meister zugunsten der kaufmännischen Angestellten zeigte. Die Entwicklung der Zusammensetzung der Angestellten nach der Beschäftigungsart wird ohne Zweifel maßgeblich durch die Veränderung der Produktionsvorgänge bestimmt. Allerdings muß auch in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß seitens der Betriebe Entscheidungen über die Zuordnung ihrer Angestellten nach der Beschäftigungsart nicht immer leicht zu treffen waren.

In der Gliederung nach Leistungsgruppen schneiden die im technischen Dienst Beschäftigten auch 1972 - sie sind in den Leistungsgruppen I b, II und III jeweils etwas stärker vertreten - besser ab als ihre kaufmännischen Kollegen. In der höchsten Qualifikationsstufe hat sich ihr Anteil allerdings von rund 12 auf 10% reduziert. Die Veränderungen gegenüber 1966 entsprechen dem in der Zusammenfassung aller Wirtschaftszweige bereits erläuterten Trend einer Verschiebung in die oberen Leistungsgruppen.

Jünger als 25 ist jede zweite weibliche, aber nur jeder zehnte männliche Angestellte

Ein erheblich größerer Unterschied als bei den Arbeitern besteht zwischen männlichen und weib-

Angestellte¹⁾ im produzierenden Gewerbe, bei Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Beschäftigungsarten und Leistungsgruppen im Oktober 1966 und 1972

Geschlecht Beschäftigungsart	Leistungsgruppe									
	I b		II		III		IV		V	
	1966	1972	1966	1972	1966	1972	1966	1972	1966	1972
	%									
Männliche Angestellte insgesamt	6,7	7,1	20,7	25,0	53,6	51,3	17,2	14,2	1,8	2,4
Kaufmännische	6,3	7,6	20,6	24,0	51,5	47,3	18,8	17,3	2,8	3,8
Technische	11,6	9,9	20,9	25,4	50,5	54,0	16,6	10,0	0,4	0,7
Meister	-	-	21,2	27,7	67,1	62,8	11,7	9,5	-	-
Weibliche Angestellte insgesamt	0,6	0,7	3,4	5,1	30,7	33,9	51,1	48,0	14,2	12,3
Kaufmännische	0,6	0,7	3,3	5,2	30,1	33,2	51,5	48,6	14,5	12,3

1) Ohne Angestellte mit einem Brutton Monatsverdienst von 3 500 DM (1966) bzw. von 4 500 DM und mehr (1972).

lichen Angestellten hinsichtlich der Altersstruktur. Im allgemeinen tritt die Frau schon in jungen Jahren ohne längere Ausbildung in das Berufsleben ein, das sie nach der Eheschließung vielfach wieder aufgibt. Es überrascht deshalb nicht, daß 50,8% der weiblichen gegenüber nur 11,5% der männlichen Angestellten noch nicht 25 Jahre alt sind. Demgegenüber entfielen 10,9% der Männer aber nur 4,5% der Frauen auf die Altersgruppe der 55 Jahre alten und älteren Personen.

Auch die Veränderungen in der Altersstruktur waren zwischen männlichen und weiblichen Angestellten unterschiedlich. Bei den Frauen nahm die Beschäftigung der älteren Jahrgänge etwas zu (viele Frauen kehrten infolge des konjunkturell bedingten Krätemangels später in den Beruf zurück), während der Anteil der 25- bis 45jährigen wieder etwas geringer geworden ist. Bei den Männern reduzierte sich der Anteil der über 55jährigen - er betrug 1962 rund 16 und 1966 knapp 14% - auf 11% im Oktober 1972.

Die Altersstruktur der erfaßten Teilzeitbeschäftigten - jede fünfte, aber noch nicht jeder hunderste Angestellte stand im Jahr 1972 in einem solchen Arbeitsverhältnis - weicht vom Altersaufbau der Vollbeschäftigten erheblich ab. Bei den Frauen dominiert die Altersgruppe der 30- bis 45jährigen. Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich bei diesem Personenkreis überwiegend um Verheiratete han-

Angestellte¹⁾ im produzierenden Gewerbe, bei Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Altersgruppen im Oktober 1966 und 1972

Altersgruppe	Männliche Angestellte		Weibliche Angestellte	
	1966	1972	1966	1972
	%			
unter 25 Jahre	13,1	11,5	50,6	50,8
25 - 35 "	31,6	30,5	21,2	20,0
35 - 45 "	25,4	27,5	14,1	11,2
45 - 55 "	16,5	19,6	9,7	13,5
55 und mehr "	13,4	10,9	4,4	4,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 3 500 DM (1966) bzw. von 4 500 DM und mehr (1972).

delt, die wegen Haushalt und Familie vielfach nur eine Teilzeitbeschäftigung ausüben können. Daß im Gegensatz zu den Vollbeschäftigten nur 4 von 100 auf die Altersgruppe der unter 21jährigen entfallen, bedarf keiner besonderen Erklärung. Über 55-jährige Frauen sind anscheinend auch an einer Teilzeitbeschäftigung nicht mehr sonderlich interessiert (9%). Demgegenüber dürfte es sich bei den teilzeitbeschäftigten Angestellten - 56% sind über 55 Jahre alt - vorwiegend um Rentner handeln; bei den Vollbeschäftigten war diese Altersgruppe zu einem viel geringeren Prozentsatz (11) vertreten.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Betriebsverhältnisse im Gartenbau 1972

Die in größeren Abständen stattfindenden landwirtschaftlichen Betriebszählungen eignen sich wegen ihrer Ausrichtung auf die Verhältnisse in der allgemeinen Landwirtschaft nur wenig dazu, auch für die Bereiche des Garten- und Weinbaues mit ihren typischen Besonderheiten ausreichende Informationen zu liefern. Vielmehr sind dazu besondere Erhebungen notwendig, die im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1971 um die Jahreswende 1972/73 durchgeführt wurden. Die Gartenbauerhebung 1972/73 richtete sich dabei an alle Betriebe, die Gartenbauerzeugnisse wie Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen sowie Baumschulkulturen zu Verkaufszwecken auf einer Fläche von mindestens 10 Ar anbauen. Betriebe mit Unterglasanlagen fielen, unabhängig von ihrer Größe, sämtlich in den Erhe-

bungsbereich. Vergleichsmöglichkeiten mit der Gartenbauerhebung 1961 sind nur bedingt gegeben, da seinerzeit alle Betriebe mit Erwerbsanbau einbezogen wurden. Weil in den damaligen Gesetzesgrundlagen eine untere Erfassungsgrenze nicht genannt war, hatte man sich bundeseinheitlich für die praktische Durchführung auf eine solche von 500 DM jährliche Verkaufserlöse geeinigt.

Gartenbauliche und landwirtschaftliche Produktion häufig kombiniert

Im Jahre 1972 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 12 400 Betriebe, die sich auf einer gärtnerischen Nutzfläche (GN) von 12 700 ha mit dem Verkaufsanbau von Gartengewächsen befaßten. Bei ei-

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen nach Betriebsarten 1972

Betriebsgrößenklasse	Insgesamt		Reine Gartenbaubetriebe		Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft		Landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau	
	Betriebe	ha GN	Betriebe	ha GN	Betriebe	ha GN	Betriebe	ha GN
unter 0,10 ha GN	211	11	181	10	10	0	20	1
0,10 - 0,25 "	4 023	617	2 217	339	432	68	1 374	211
0,25 - 0,50 "	2 808	952	1 344	463	371	127	1 093	362
0,50 - 1 "	2 313	1 561	1 016	681	342	238	955	641
1 - 2 "	1 442	1 939	462	622	299	417	681	900
2 - 3 "	603	1 440	198	475	177	435	228	530
3 - 5 "	540	2 030	179	684	172	659	189	687
5 und mehr "	476	4 142	181	1 748	189	1 573	106	822
Insgesamt	12 416	12 693	5 778	5 021	1 992	3 519	4 646	4 153

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen nach ihrer Hauptproduktionssparte (HPS) 1972

Betriebs- größenklasse	Betriebe mit Obstbau			Betriebe mit Gemüsebau			Betriebe mit Zierpflanzenbau			Betriebe mit Baumschulkulturen		
	Be- triebe	ha Obst- fläche	% mit HPS Obstbau	Be- triebe	ha Ge- müse- fläche	% mit HPS Ge- müse- bau	Be- triebe	ha Zier- pflan- zen- fläche	% mit HPS Zier- pflan- zenbau	Be- triebe	ha Baum- schul- fläche	% mit HPS Baum- schule
unter 0,5 ha LF	1 664	357	74,0	1 994	292	74,2	690	113	84,9	69	6	23,2
0,5 - 1 "	1 328	566	63,5	906	197	45,0	209	87	73,2	57	18	22,8
1 - 2 "	1 051	688	49,6	704	245	31,5	140	75	63,6	42	31	45,2
2 - 5 "	1 178	1 162	31,2	894	770	31,8	89	69	42,7	65	112	50,8
5 - 7,5 "	633	916	24,6	455	541	22,2	21	21	38,1	16	58	81,3
7,5 - 10 "	423	807	23,9	330	397	17,3	10	10	40,0	5	10	40,0
10 - 20 "	872	1 629	15,1	679	1 217	13,3	11	7	-	17	101	64,7
20 und mehr "	337	688	6,8	322	1 173	8,4	12	2	-	11	305	81,8
Insgesamt	7 486	6 814	45,1	6 284	4 831	42,5	1 182	385	74,3	282	641	41,1

nem Drittel dieser Betriebe erreichte die GN keine 0,25 ha. Weitere 23% verfügten über 0,25 bis 0,50 ha und 19% über 0,50 bis 1 ha. Betriebe mit 1 bis 2 ha waren mit einem Anteil von 12% und solche mit über 2 ha zu 13% vertreten. Dementsprechend entfiel über die Hälfte der GN auf die Betriebe über 2 ha. Die Größenklassen von 1 bis 2 ha und 0,50 bis 1 ha hatten 15 bzw. 12% in ihren Grenzen. Lediglich 7,5 bzw. 5,0% der GN kamen auf Betriebe mit 0,25 bis 0,50 ha und unter 0,25 ha. Verglichen mit 1961, wo fast 27 000 Betriebe mit Erwerbsanbau gezählt wurden, hat sich bei nur wenig verminderter GN (— 6%) eine erhebliche Konzentration ergeben, die jedoch wegen der mangelnden Vergleichbarkeit im unteren Bereich nicht exakt quantifiziert werden kann. Läßt man jedoch bei den Zahlen von 1961 die Größenklasse unter 0,10 Ar außer Ansatz, so dürfte sich die Zahl der Betriebe um etwa 40% reduziert haben.

Regional gesehen konzentrierten sich die Betriebe mit Gartenbau vor allem im südlichen Landesteil und hier besonders in der Stadt Mainz (570) sowie in den Landkreisen Mainz-Bingen (2 900), Germersheim (1 500), Ludwigshafen und Bad Dürkheim (je 1 400) sowie Landau-Bad Bergzabern (600). Aus den Regierungsbezirken Koblenz und Trier sind neben den kreisfreien Städten Koblenz (210) und Trier (100) vor allem der Landkreis Mayen-Koblenz (480), der Rhein-Lahn-Kreis (245) und der Rhein-Hunsrück-Kreis (240) sowie Bad Kreuznach (200), Bernkastel-Wittlich (190), Neuwied (170), Ahrweiler (160) und Trier-Saarburg (90) zu nennen.

Gartengewächse kommen vielfach in Verbindung mit rein landwirtschaftlichen Kulturen zum Anbau. Zur näheren Differenzierung hat man daher eine Unterteilung in sogenannte Betriebsarten vorgenommen, wobei der Anteil der Verkaufserlöse aus dem Gartenbau an den gesamten Verkaufserlösen aus der landwirtschaftlichen Erzeugung des Betriebes ausschlaggebend war. Knapp die Hälfte aller Betriebe mit 40% der GN wurde auf dieser Basis im Jahre 1972 als reine Gartenbaubetriebe eingestuft, bei denen 90% und mehr aller Erlöse aus dem Gartenbau stammten. In nahezu 2 000 oder 16% machten die gartenbaulichen Erlöse 50 bis 90% aus.

Sie gehörten zu den Gartenbaubetrieben mit Landwirtschaft. Bei gut einem Drittel schließlich dominierten die Einnahmen aus der Landwirtschaft eindeutig, weshalb sie als landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau bezeichnet wurden.

Die Vielfalt in den gärtnerischen Produktionsmöglichkeiten selbst erfordert über die Betriebsarten hinaus auch eine Darstellung der Produktionsrichtungen. Dazu diente eine Gliederung der Betriebe nach der Hauptproduktionssparte, auf die definitionsgemäß mindestens 70% der gartenbaulichen Verkaufswerte auf eine Nutzungsart entfallen mußten. Nach den Ergebnissen der Erhebung war für die rheinland-pfälzischen Betriebe das Vorherrschen einer Erzeugungsart durchaus die Regel (92%). Unter diesen 11 400 Betrieben befaßten sich allein 6 000 (53%) überwiegend mit Obst- und 4 400 (38%) mit Gemüsebau. Knapp 900 Betriebe waren vornehmlich auf Blumen und Zierpflanzen und 120 auf Baumschulerzeugnisse ausgerichtet. Dabei fällt vor allem auf, daß bei den reinen Gartenbaubetrieben neben Obst und Gemüse auch Blumen und Zierpflanzen sowie Baumschulerzeugnisse im Vordergrund standen. In den landwirtschaftlichen Betrieben spielte dagegen fast ausschließlich Obst und Gemüse eine Rolle. Ein Vergleich zu 1961, als erst 38% der Betriebe eine Hauptproduktionssparte aufwiesen, läßt erkennen, daß auch im Gartenbau in zunehmendem Maße eine Spezialisierung um sich greift.

Ein Blick auf die Erwerbs- und Unterhaltsquellen der Betriebsinhaber zeigt, daß sie in den Gartenbaubetrieben im engeren Sinne - reine Gartenbaubetriebe und Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft - lediglich zu gut einem Viertel mit allerdings der Hälfte der GN nicht auf außerbetriebliche Einkünfte angewiesen waren. Bei 65% der Betriebe war das außerbetriebliche Einkommen von Betriebsinhaber und Ehegatte dagegen höher als das im Betrieb erwirtschaftete. Verglichen mit der gesamten Landwirtschaft geht damit der Anbau von Gartenbauerzeugnissen in etwas höherem Maße nebenberuflich vonstatten, was angesichts der vielfach geringen Flächengrößen selbst bei etwas höherer Arbeitsintensität auch nicht verwundert.

Betriebs- größenklasse	Insgesamt			Ausschließlich Gemüse		Ausschließlich Blumen und Zierpflanzen		Gemüse, im Wechsel mit Blumen und Zierpflanzen	
	Betriebe	qm Gewächs- hausfläche	qm Frühbeet- fläche	Betriebe	qm Unterglas- fläche	Betriebe	qm Unterglas- fläche	Betriebe	qm Unterglas- fläche
unter 0,10 ha GN	188	37 241	24 701	26	4 003	163	51 291	33	5 958
0,10 - 0,25 "	310	145 012	61 668	44	8 621	277	178 584	59	17 091
0,25 - 0,50 "	270	178 966	72 041	52	10 660	229	212 687	67	26 804
0,50 - 1 "	226	226 567	68 701	51	18 649	188	251 298	53	23 091
1 - 2 "	131	187 047	46 078	57	24 106	75	191 362	34	15 242
2 - 3 "	71	64 416	34 364	45	36 160	29	53 258	12	3 666
3 - 5 "	95	141 798	60 497	70	107 001	19	87 885	6	3 174
5 und mehr "	102	172 252	136 217	73	223 018	12	55 814	10	15 615
Insgesamt	1 393	1 153 299	504 267	418	432 218	992	1 082 179	274	110 641

Obst- und Gemüsebau vorherrschend

Hinsichtlich der Flächennutzung stand der Obstbau eindeutig im Vordergrund. Er fand sich in knapp 7 500 oder 60% der Gartenbaubetriebe auf mehr als der Hälfte der GN (6 800 ha). Unter ihnen waren rund 7 000 Betriebe mit Baumobst (6 470 ha), 760 mit Strauchbeerenobst (155 ha) und 740 mit Erdbeeren (190 ha). An zweiter Stelle folgte der Gemüseanbau mit 6 300 Betrieben und einer Fläche von 4 830 ha, darunter 54 ha in Unterglasanlagen. Blumen und Zierpflanzen, von 1 180 Betrieben kultiviert, nahmen 385 ha oder 3% der GN ein, wobei der Unterglasanbau allein 120 ha beanspruchte. Rund 280 Betriebe befaßten sich auf einer Fläche von 640 ha mit der Anzucht von Baumschulerzeugnissen. Dabei konzentrierte sich die weitaus überwiegende Zahl (220) auf den in den letzten Jahren stark expandierenden Ziergehölzeanbau, der mit über 300 ha auch bei der Fläche an der Spitze rangierte, dicht gefolgt von den Forstpflanzen mit 260 ha in knapp 60 Betrieben. Obstgehölze, die in jüngster Zeit einen rückläufigen Absatz zu verzeichnen hatten, waren in 80 Betrieben auf nur noch 64 ha anzutreffen.

Deutliche Anbauswerpunkte sowohl hinsichtlich der Zahl der Betriebe als auch der Fläche ergaben sich im Obstbau in den klimatisch begünstigten Landkreisen Mainz-Bingen und Bad Dürkheim, ferner in der Stadt Mainz sowie in Ahrweiler und Mayen-Koblenz. Beim Gemüse dominierten vor allem die Landkreise Ludwigshafen und Germersheim, in etwas geringerem Ausmaß auch Mainz-Bingen und die Stadt Mainz. Wohl in erster Linie wegen ihrer Marktnähe zeichneten sich neben den größeren kreisfreien Städten vor allem die Landkreise Neuwied, Bad Kreuznach, Mayen-Koblenz, Bad Dürkheim, Ludwigshafen und Mainz-Bingen als bevorzugte Standorte des Zierpflanzenanbaues aus. Im Gegensatz zu den übrigen gärtnerischen Kulturen hatten die Baumschulen ihr Zentrum im nördlichen Landesteil. Hier lag allein im neugebildeten Westerwaldkreis ein Viertel der gesamten Landesfläche. Einen nennenswerten Umfang erreichten sie außerdem noch in den Kreisen Ahrweiler, Mayen-Koblenz, Kaiserslautern und Alzey-Worms.

Unterglasanbau vorwiegend mit Heizöl

Die intensivste Form des Gartenbaues erfolgt hierzulande in den Unterglasanlagen, für deren Eindeckung neben Glas heute auch fester und flexibler Kunststoff Verwendung findet. Durch Ausschaltung des natürlichen Witterungsverlaufes können dort optimale Wachstumsbedingungen geschaffen werden. Hinzu kommt, daß vor allem hochwertige Blumen und Zierpflanzen im Freiland nicht ohne Risiko kultivierbar und somit auf den Unterglasanbau angewiesen sind. Im Jahre 1972 verfügten fast 1 400 Gartenbaubetriebe in Rheinland-Pfalz über Unterglasanlagen von 166 ha. Damit hat sich die Fläche seit 1961, als erst 92 ha ermittelt wurden, nahezu verdoppelt. Der Anteil der Unterglasbetriebe an der Gesamtbetriebszahl stieg von 7 auf 11%.

Gewächshäuser bildeten mit 115 ha das Schwergewicht. Mit Ausnahme von 100 Betrieben waren sie überall anzutreffen. Knapp 1 200 Betriebe gaben Frühbeete (50 ha) an. Im Zuge der Intensivierung der Produktion, vornehmlich im Bereich des Zierpflanzenbaues, hat sich das Verhältnis von Gewächshäusern zu Frühbeeten seit 1961 entscheidend zu Gunsten ersterer verändert. Während damals die Frühbeete noch leicht überwogen, waren sie 1972 nur noch zu einem Drittel an der Unterglasfläche beteiligt. Von den 1 280 Betrieben mit Gewächshäusern besaß mehr als ein Drittel Anlagen von weniger als 250 qm. In jeweils 260 Betrieben (20%) waren sie 250 bis 500 bzw. 500 bis 1 000 qm groß. Flächen von 1 000 bis 2 000 qm unter Hochglas standen 13% der Betriebe zur Verfügung. In lediglich 125 Betrieben (10%) erreichten sie mehr als 2 000 qm, darunter 32 mit mehr als 5 000 qm.

Für rund 100 ha Gewächshausfläche fanden ortsfeste Heizungen Verwendung. Unter den 1 200 Betrieben mit fest installierten Heizkesseln, deren Gesamtleistung 381 Mill. kcal erreichte, benutzten knapp 1 000 Heizöl als wichtigste Energiequelle. Nur 200 bedienten sich fester Brennstoffe. Im Jahre 1961 dagegen wurden noch die meisten Heizungen mit Koks beschickt. Diese nahezu ausschließliche Abhängigkeit des Unterglasanbaues vom Heizöl bringt zwar eine gewisse Arbeitsvereinfachung mit sich, die Ölkrise des vergangenen Winters, die aufgrund ihrer hohen Ölpreise die Rentabilität vieler

Betriebs- größenklasse	Insgesamt		Familieneigene Arbeitskräfte				Familienfremde Arbeitskräfte			
			zusammen		mit 200 und mehr vollen Arbeitstagen im Jahr		zusammen		mit 200 und mehr vollen Arbeitstagen im Jahr	
	Betriebe	Arbeits- kräfte	Betriebe	Arbeits- kräfte	Betriebe	Arbeits- kräfte	Betriebe	Arbeits- kräfte	Betriebe	Arbeits- kräfte
unter 0,10 ha GN	191	452	186	360	127	202	51	92	17	27
0,10 - 0,25 "	2 649	5 549	2 635	4 750	384	610	285	799	81	196
0,25 - 0,50 "	1 715	4 330	1 703	3 428	382	656	367	902	84	173
0,50 - 1 "	1 358	4 135	1 352	2 897	404	723	416	1 238	76	228
1 - 2 "	761	2 939	756	1 709	350	596	370	1 230	60	198
2 - 3 "	375	1 651	370	891	247	444	222	760	27	101
3 - 5 "	351	2 171	342	875	297	580	264	1 296	61	275
5 und mehr "	370	3 623	354	966	323	652	345	2 657	97	517
Insgesamt	7 770	24 850	7 698	15 876	2 514	4 463	2 320	8 974	503	1 715

Betriebe in Frage stellte, zeigt jedoch auch deutlich deren Gefahren.

Bei der Nutzung der Unterglasflächen spielten Blumen und Zierpflanzen die überragende Rolle. Allein 108 ha (65%) waren in rund 1 000 Betrieben ihnen ausschließlich vorbehalten. Nur dem Anbau von Gemüse dienten 43 ha in 400 Betrieben. Bei 270 Betrieben wurden die Flächen (11 ha) sowohl von der einen als auch von der anderen Nutzungsart in Anspruch genommen. Im Vergleich zu 1961 hat sich die für den Gemüsebau vorgesehene Fläche um 67% erhöht, bei den Zierpflanzen ergab sich als Folge der mit steigendem Wohlstand vermehrten Nachfrage eine Zunahme um knapp drei Viertel.

Ein Teil der Vorzüge des Unterglasanbaues wird neuerdings auch im Freiland, in erster Linie bei Gemüse- und Erdbeerkulturen, dadurch erreicht, daß die Flächen mit Plastikfolien in Form von Flachfolie oder Folientunnel überdeckt werden. Die dadurch erzielbaren frühzeitigeren Erntetermine dürften in Verbindung mit höheren Erntemengen zu spürbaren Preisvorteilen führen. Im Jahre 1972 fanden derartige Folienabdeckungen bereits auf fast 210 ha Freilandfläche Verwendung, wobei ein ansteigender Trend zu beobachten ist.

Obst und Gemüse hauptsächlich an Genossenschaften

Entsprechend dem vielseitigen Angebot an Gartenbauprodukten gestaltete sich auch die Absatzstruktur recht unterschiedlich. So herrschte beim Obst die genossenschaftliche Vermarktung bei weitem vor. Allein drei Viertel aller obstanbauenden Betriebe bedienten sich dieses Absatzweges. Größere Bedeutung erlangte daneben nur noch der Direktverkauf ab Betrieb. Beim Gemüse hatte, abgesehen von den Genossenschaften, mit der Hälfte der Betriebe auch der Groß- und Einzelhandel eine recht beachtliche Stellung. An ihn lieferte immerhin ein Drittel der Anbauer. Für beide Erzeugnisse ergab sich gemeinsam, daß die Betriebe normalerweise immer nur über eine der genannten Absatzrichtungen verfügten. Demgegenüber hatten die Produzenten von Blumen und Zierpflanzen sowie Baumschulerzeugnissen viel häufiger zugleich mehrere Absatzwege zu bedienen. In Verbindung mit dem oftmals angegliederten Ladengeschäft ver-

kauften die Blumen- und Zierpflanzengärtnereien zu 78% direkt an den Konsumenten. Aber auch der Weg an den Handel über den Großmarkt (20%) sowie über den Verkauf und Versand ab Betrieb (18%), der Wochenmarkt (19%) und die Lieferung von Jungpflanzen und Halbfertigware an andere Erzeugerbetriebe (9%) waren recht häufig vertreten. Ebenfalls wickelten die Baumschulen ihre Geschäfte verbreitet direkt mit dem Endverbraucher ab. Daneben fanden sich des öfteren Unternehmen des Landschaftsbaues sowie andere Baumschulbetriebe mit Abnahme von Jungpflanzen als Handelspartner.

Hohe Arbeitsintensität

Im Jahre 1972 waren in den 7 800 eigentlichen Gartenbaubetrieben - nur für diese ist wegen der vielfach auftretenden Überschneidung mit der Landwirtschaft in den übrigen Betrieben eine Darstellung sinnvoll - fast 25 000 Personen beschäftigt, darunter nahezu 15 900 Familienarbeitskräfte. Von den letzteren waren lediglich 4 500 (28%) in 2 500 Betrieben an 200 und mehr vollen Arbeitstagen im Einsatz, weitere 2 800 arbeiteten 100 bis 200 volle Arbeitstage im Jahr. Die überwiegende Zahl (8 600) ging jedoch nur hin und wieder einer Tätigkeit im Gartenbau nach. Der Anteil der Personen mit mehr als 200 Arbeitstagen war unter den familienfremden Arbeitskräften mit 19% noch wesentlich geringer, dafür gab es jedoch entsprechend mehr Personen die nur gelegentlich (weniger als 100 Arbeitstage) im Gartenbaubetrieb eingesetzt waren. Im Vergleich zur Landwirtschaft allgemein weist der Gartenbau eine ungleich höhere Arbeitsintensität auf. Während sich pro Hektar gärtnerischer Nutzfläche (GN) rund 0,7 vollbeschäftigte Arbeitskräfte errechneten, belief sich dieser Wert in der Landwirtschaft auf etwa 0,1 pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Ein weiteres Indiz dafür ist der aus den Ergebnissen der Erhebung ebenfalls abzuleitende höhere Prozentsatz an familienfremden Arbeitskräften im Gartenbau (36%). Die hierbei anfallenden Arbeiten können vielfach durch die Familienangehörigen des Betriebsinhabers nicht allein bewältigt werden, so daß vermehrt Lohnarbeitskräfte herangezogen werden müssen.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 685	3 698	3 695	3 696	3 698	3 698
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 204	2 137	2 098	2 628	2 881	2 217 ^p	2 052 ^p	3 119	2 138 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,0	5,8	6,9	8,4	9,5	7,1 ^p	6,7 ^p	9,9 ^p	7,0 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 420	3 083	3 124	3 197	3 111	3 113	3 158	3 143	2 886 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	8,3	10,3	10,2	10,2	9,9 ^p	10,4 ^p	10,0 ^p	9,5 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 660	3 682	3 689	3 635	3 428	3 933 ^p	3 800 ^p	3 648 ^p	3 193 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	10,0	12,2	11,6	11,3	12,5 ^p	12,5 ^p	11,6 ^p	10,5 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	82	76	80	77	79	81	64	70	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,7	25,6	23,7	25,4	26,0	20,3	22,3	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 240	- 599	- 565	- 438	- 317	- 820 ^p	- 642 ^p	- 505 ^p	- 307 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 1,6	- 1,9	- 1,4	- 1,0	- 2,6 ^p	- 2,1 ^p	- 1,6 ^p	- 1,0 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 377	10 464	10 515	9 996	11 019	8 802
* Fortgezogene	Anzahl	9 150	8 997	8 428	8 292	8 348	8 964
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 227	1 467	2 087	1 704	2 671	- 162
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 508	10 958	10 043	10 073	10 058	10 812
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	12,9	14,7	10,8	9,8	9,3	33,2	29,5	26,1	27,0
* Männer	1 000	7,8	8,5	5,3	4,7	4,5	21,0	17,5	15,0	15,4
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	776	715	108	88	74	681	238	175	181
Bauberufe	Anzahl	887	1 006	439	325	287	4 397	3 559	2 942	2 763
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 746	6 256	4 877	4 470	4 239	15 089	12 507	11 653	12 155
Offene Stellen										
Männer	Anzahl	27 090	28 810	32 787	35 386	35 528	17 115	17 323	17 492	17 236
Ausgewählte Berufsgruppen:	Anzahl	16 842	18 662	21 136	22 366	22 474	10 091	10 042	9 879	9 694
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	316	444	481	452	475	307	297	267	254
Bauberufe	Anzahl	2 623	2 704	3 258	3 429	3 312	803	967	899	988
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	11 549	13 068	14 554	15 961	16 378	6 466	6 536	6 608	6 411
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	693	.	.	708	.	.	714	.
* Milchkühe	1 000	251	250	.	.	253	.	.	247	.
* Schweine	1 000	744	737	.	.	.	727	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	70	71	.	.	.	72	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	45	.	.	.	47	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	16	15	14	13	17	18	17	14
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	98	93	104	92	88	91	102	93	78
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	19	15	9	21	17	14	9
Schlachtmengen 5)										
* Rinder	1 000 t	11,1	10,5	11,4	10,2	10,3	10,4	12,3	11,5	9,9
* Kälber	1 000 t	4,3	4,3	4,3	3,8	3,8	4,5	5,0	4,9	4,1
* Schweine	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	1 000 t	6,6	6,2	6,9	6,3	6,4	5,7	7,1	6,5	5,7
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)	1 000	165	167	250	200	111	248	198	129	107
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	61	68	57	77	55	53	102	108	87
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	85	94	87	85	86	94	87
* an Molkereien geliefert	%	83,1	84,5	84,3	86,5	87,1	82,2	85,3	86,8	86,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,3	11,4	12,0	11,5	10,9	11,4	12,1	11,6

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	2 997	2 998	2 995	2 992	2 938	2 925	2 914	2 911
* Beschäftigte	1 000	404	407	405	406	407	401	400	399	399
* Arbeiter 2)	1 000	298	299	298	298	299	292	291	290	290
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 571	45 676	44 642	47 858	44 373	44 601	43 705	45 601	38 519
Löhne und Gehälter	Mill. DM	591	669	613	684	685	684	705	730	737
* Löhne	Mill. DM	384	434	399	453	440	437	453	479	467
* Gehälter	Mill. DM	207	235	215	231	245	247	252	251	270
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	76	74	68	67	68	107	88	91	78
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	92	92	98	71	86	93	100	95
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4	1	1	1	1	2	2	2	2
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	83	91	91	97	70	84	91	98	93
* Heizölverbrauch	1 000 t	207	216	228	201	182	201	189	184	176
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	39	43	34	30	39	33	31	25
* schweres Heizöl	1 000 t	167	177	185	167	152	162	156	153	151
* Stromverbrauch	Mill. kWh	847	871	847	857	848	968	946	989	924
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	299	283	280	262	248	325	286	322	296
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 815	3 125	2 965	3 231	3 015	3 668	3 633	3 734	3 389
* Auslandsatz	Mill. DM	637	757	718	793	687	1 154	1 084	1 065	1 025
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	234	246	261	249	261	243	261	252 ^P	254 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	247	262	277	261	273	263	278	267 ^P	268 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	247	263	279	263	275	262	278	268	269
* Energiewirtschaft	1962 = 100	228	245	246	218	215	276	271	244 ^P	252 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	264	283	303	282	298	286	304	294	299
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	180	179	203	218	226	158	181	185	183
Chemische Industrie	1962 = 100	317	341	365	322	343	348	372	352	365
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	322	334	358	327	355	327	363	349	362
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	299	270	290	223	271	260	318	298	302
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	183	191	204	197	197	195	187	181	168
Schuhindustrie	1962 = 100	102	89	89	85	77	90	80	78	46
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	182	196	188	207	206	182	207	197	184
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	166	161	174	184	197	140	171	172	177
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	.	100	98
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	223	247	.	.	234	208
* Handwerksatz	VjD 1962 = 100	227	258	.	.	234	214
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	221	234	230	225	169	266	186
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 266	1 454	1 365	1 357	1 357	1 784	1 590
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	384	517	476	506	483	686	534
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 088	1 155	1 104	1 062	1 030	1 347	1 229
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,3	0,1	0,1	0,1	0	0,2	0,2	0,1	0,1
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	119	133	138	117	83	144	140	131	...
* Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	120	133	138	117	83	144	140	131	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 423	87 137	87 408	88 251	88 766	80 008	80 774	80 539	80 632
Facharbeiter	Anzahl	48 787	48 502	48 719	49 416	50 869	44 728	45 412	45 391	46 454
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 017	23 651	23 821	24 088	23 117	20 419	20 600	20 518	19 583
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 348	12 311	12 443	14 399	13 772	10 467	11 999	12 640	11 027
Privater Bau	1 000	7 887	7 271	7 402	8 506	8 164	6 092	6 748	7 063	6 192
Wohnungsbau	1 000	5 235	4 935	5 188	5 898	5 601	4 040	4 473	4 730	4 022
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	122	94	66	118	120	94	84	155	131
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 530	2 242	2 148	2 490	2 443	1 958	2 191	2 178	2 039
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 461	5 040	5 041	5 893	5 608	4 375	5 251	5 577	4 835
Hochbau	1 000	1 346	1 142	1 203	1 327	1 166	1 024	1 228	1 296	1 101
Tiefbau	1 000	4 115	3 898	3 838	4 566	4 442	1 827	4 023	4 281	3 734
Straßenbau	1 000	1 909	1 836	1 807	2 116	2 120	1 524	1 826	2 048	1 846
Löhne und Gehälter	Mill. DM	131	139	128	154	153	118	136	154	144
* Löhne	Mill. DM	118	124	115	140	138	103	121	138	128
* Gehälter	Mill. DM	13	15	13	14	15	15	15	16	16
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	332	347	242	304	353	267	299	311	281

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ungerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1974 vorläufige Ergebnisse.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 496	1 418	1 403	1 832	1 680	1 036	1 243	1 228	1 428
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 332	1 282	1 241	1 662	1 556	970	1 186	1 178	1 357
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 813	1 627	1 706	2 059	1 740	1 089	1 232	1 251	1 480
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	273	267	276	337	285	191	220	220	263
* Wohnfläche	1 000 qm	313	281	294	361	286	179	203	201	242
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	253	268	245	251	280	174	197	176	202
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 010	1 128	970	1 241	1 045	601	549	687	781
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	110	141	86	101	145	115	72	79	133
* Nutzfläche	1 000 qm	175	201	174	199	186	122	102	119	135
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 742	3 282	3 362	4 082	3 061	1 986	2 181	2 179	2 563
Bauleistungspreise (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	124	132	.	134	.	.	.	141	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	189	201	.	204	.	.	.	213	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	192	208	.	212	.	.	.	222	.
Leichttrennwand	1962 = 100	197	213	.	216	.	.	.	228	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	176	190	.	194	.	.	.	205	.
Beton für Wände	1962 = 100	182	197	.	200	.	.	.	207	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	137	147	.	146	.	.	.	168	.
Innenwandputz	1962 = 100	198	222	.	226	.	.	.	248	.
Deckenputz	1962 = 100	191	214	.	218	.	.	.	238	.
Außenwandputz	1962 = 100	205	230	.	234	.	.	.	251	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	170	189	.	192	.	.	.	208	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	182	202	.	201	.	.	.	221	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	737,5	866,8	796,3	939,5	742,5	1 256,4	1 200,7	1 268,9	1 037,9
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	25,5	41,4	32,9	42,7	40,2	47,4	48,1	55,8	40,4
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	712,0	825,5	763,3	896,8	702,3	1 209,0	1 152,6	1 213,2	997,5
* Rohstoffe	Mill. DM	10,3	11,5	12,4	13,4	10,9	13,1	12,9	14,6	12,2
* Halbwaren	Mill. DM	35,5	44,8	40,3	48,4	45,0	110,8	72,1	80,0	64,9
* Fertigwaren	Mill. DM	666,3	769,1	710,7	835,0	646,4	1 085,0	1 063,5	1 118,6	920,5
* Vorzeugnisse	Mill. DM	235,3	280,2	255,0	316,7	215,4	419,2	414,3	436,6	408,3
* Enderzeugnisse	Mill. DM	431,0	488,9	455,6	518,3	431,0	665,8	649,3	681,9	512,1
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	350,1	402,3	379,8	426,4	356,7	599,8	564,1	595,0	497,4
Frankreich	Mill. DM	122,9	133,1	131,5	142,4	116,7	175,9	180,5	205,5	155,4
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	51,4	60,8	57,7	63,5	58,7	85,2	85,0	84,3	78,0
Niederlande	Mill. DM	55,7	69,3	60,7	70,1	60,9	124,6	96,5	90,1	77,4
Italien	Mill. DM	65,4	73,6	70,1	81,7	58,5	119,9	106,2	106,0	106,4
Großbritannien	Mill. DM	38,3	46,6	37,5	46,6	41,9	66,3	67,4	80,5	56,4
Republik Irland	Mill. DM	1,7	2,6	3,3	3,7	2,7	9,2	6,4	3,9	2,9
Dänemark	Mill. DM	14,7	18,8	18,3	18,4	17,5	24,8	22,1	24,7	21,0
Österreich	Mill. DM	33,8	35,8	35,7	38,7	29,3	43,1	41,1	44,7	37,2
Schweiz	Mill. DM	41,7	46,1	43,0	49,1	39,5	64,9	56,1	58,6	56,1
USA und Kanada	Mill. DM	49,2	54,9	60,8	61,5	40,8	52,0	53,5	62,3	51,4
Entwicklungsländer	Mill. DM	103,9	133,0	109,4	141,3	122,6	190,8	204,7	222,9	155,6
Ostblockländer	Mill. DM	36,0	48,1	40,0	69,0	36,9	76,7	66,9	62,0	75,9
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	480,5	522,7	509,0	539,5	517,9	697,3	703,1	799,0	660,7
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	83,3	103,1	109,6	116,9	100,0	114,4	121,3	138,5	90,7
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	397,2	419,7	399,4	422,7	418,0	583,0	581,8	660,5	570,0
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	108	107	106	106	107	105	.	.
* Umsatz	1970 = 100	122	135	137	135	135	140	149	146	133
Waren verschiedener Art	1970 = 100	119	130	122	119	123	134	147	147	135
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	124	139	138	140	144	143	149	151	137
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	122	133	148	136	129	134	157	139	118
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	131	150	152	155	144	168	167	155	137
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	124	137	118	119	111	136	131	134	128
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	115	117	145	135	128	118	126	125	113

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	101	105	107	97	101	104	103
Teilbeschäftigte	1970 = 100	117	115	115	123	125	111	115	124	122
* Umsatz	1970 = 100	112	116	118	133	134	113	129	141	131
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	113	120	119	141	146	104	135	151	147
Gaststättengewerbe	1970 = 100	109	116	116	127	125	120	125	133	119
Fremdenverkehr										
in 292 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	261	256	249	303	347	155	244	317	...
* Auslandsgäste	1 000	54	49	46	59	84	18	35	50	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	988	998	921	1 111	1 398	605	928	1 146	...
* Auslandsgäste	1 000	134	122	110	124	190	45	81	105	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 099	3 143	3 499	3 752	3 398	2 944	3 121	3 397	...
* Güterempfang	1 000 t	1 555	1 677	1 824	1 923	1 734	1 575	1 625	1 771	...
* Güterversand	1 000 t	1 544	1 466	1 675	1 829	1 664	1 369	1 496	1 626	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr										
an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 166	3 649	3 373	3 594	3 597	3 646	3 518	4 140	3 249
Ladung	1 000 t	2 604	2 679	2 790	3 095	3 031	2 799	2 648	3 119	2 783
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	65	72	81	86	84	76	74	71	82
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 580	4 140	3 915	4 101	3 672	4 331	3 869	4 722	3 687
Ladung	1 000 t	1 158	1 323	1 411	1 613	1 460	1 645	1 405	1 638	1 575
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	60	70	78	86	83	72	70	69	84
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 664	11 174	15 054	13 923	13 225	11 718	12 433	12 220	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	165	212	389	423	347	286	435	394	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 427	9 899	13 381	12 151	11 804	10 211	10 845	10 885	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	613	580	717	787	578	549	534	529	...
Zugmaschinen	Anzahl	391	406	482	474	426	602	521	335	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	450	481	801	730	865	565	669	752	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	28 074	29 796	25 215	29 438	27 559	31 809	28 229	31 320	27 166
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	23 892	24 734	22 195	23 844	22 287	26 143	23 671	24 778	22 193
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	3 674	4 549	2 597	4 884	4 416	5 288	4 190	5 756	4 127
Berufsverkehr	1 000	900	1 017	1 083	1 066	1 012	1 004	991	1 074	947
Gelegenheitsverkehr	1 000	508	514	423	710	856	378	368	786	846
Ausflugsfahrten	1 000	110	103	79	136	192	67	80	161	171
Ferienziel - Reisen	1 000	3	3	2	5	5	1	3	4	8
Mietwagenverkehr	1 000	395	408	342	569	659	310	285	621	667
Wagenkilometer	1 000	11 704	12 996	10 903	14 685	14 704	12 425	11 971	15 955	13 911
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl		7 595	7 256	7 559	8 415	7 783	6 343	6 690	7 256	6 556
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 912	1 802	1 776	2 222	2 112	1 525	1 735	1 914	1 751
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 683	5 454	5 783	6 193	5 671	4 818	4 955	5 342	4 805
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 470	4 832	4 515	4 774	4 403	3 714	3 835	4 071	3 614
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 213	1 215	1 268	1 419	1 268	1 104	1 120	1 271	1 191
* Getötete Personen	Anzahl	101	90	73	108	95	59	69	95	74
Pkw - Insassen	Anzahl	56	46	39	58	45	23	39	55	40
Fußgänger	Anzahl	24	23	16	17	18	19	15	17	14
* Verletzte Personen	Anzahl	2 759	2 559	2 618	3 142	3 033	2 136	2 447	2 676	2 481
Pkw - Insassen	Anzahl	1 859	1 652	1 838	1 950	1 869	1 350	1 478	1 595	1 532
Fußgänger	Anzahl	331	318	258	414	332	283	302	295	248
Schwerverletzte	Anzahl	946	854	824	1 038	1 016	710	809	877	827
Pkw - Insassen	Anzahl	587	490	502	576	556	386	412	469	460
Fußgänger	Anzahl	169	155	131	192	149	142	163	129	130
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	44 981	41 755	38 864	40 940	37 579	54 436	42 877	42 447	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 115	1 079	1 038	919	785	1 093	1 011	906	...
Telegramme	1 000	40	36	38	40	40	31	34	37	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1108 815	1252 762	1208 212	1335 652	1224 963	1265 736	1357 167	1474 268	...
Lastschriften	1 000 DM	1103 065	1253 489	1209 553	1319 591	1231 871	1269 916	1379 010	1480 173	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	22 352	23 330	22 887	21 779	23 392	23 151	25 066	24 390	...
Auszahlungen	1 000 DM	24 564	30 567	29 381	28 467	32 025	32 093	36 042	33 248	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer ¹⁾										
Tonrundfunk	1 000	1 099	1 115	1 105	1 107	1 108	1 119	1 117	1 118	...
Fernsehrundfunk	1 000	984	1 001	992	993	995	1 007	1 005	1 007	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	26 531	29 977	27 521	27 610	28 301	30 042	29 929	30 042	30 799
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	26 265	29 811	27 329	27 413	28 110	29 849	29 728	29 843	30 599
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 552	7 607	6 895	6 755	7 207	7 831	7 630	7 460	8 061
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 407	7 430	6 713	6 620	6 970	7 602	7 395	7 275	7 775
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	146	176	182	135	237	229	234	185	286
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 365	3 395	3 457	3 501	3 547	3 035	3 066	3 178	3 161
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 996	2 999	3 106	3 149	3 150	2 682	2 702	2 759	2 753
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	369	395	351	352	397	353	364	419	408
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	16 348	18 810	16 977	17 156	17 357	18 984	19 032	19 204	19 377
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 539	14 121	13 036	13 185	13 269	14 237	14 258	14 351	14 436
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 810	4 689	3 941	3 971	4 088	4 747	4 773	4 853	4 941
* Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	23 587	26 828	24 202	24 809	24 494	26 813	27 142	27 556	27 368
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 355	10 561	8 846	9 466	9 222	10 479	10 771	11 107	10 883
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 968	8 817	7 462	7 798	7 634	8 775	9 133	9 134	8 992
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 388	1 744	1 384	1 669	1 588	1 705	1 638	1 973	1 890
* Spareinlagen	Mill. DM	13 742	14 711	13 845	13 828	13 752	14 756	14 790	14 859	14 894
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 479	8 861	8 560	8 547	8 494	8 878	8 896	8 939	8 951
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	757	778	663	698	647	779	770	758	350
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	617	725	667	721	743	796	735	689	338
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	17	22	6	12	17	39	20	33	19
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 639	18 079	1 642	4 610	8 175	102 983	11 760	14 560	4 313
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	1	2	1	-	2	4
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 536	1 604	1 496	1 643	1 434	1 819	1 697	1 822	1 697
* Wechselsumme	1 000 DM	4 898	5 008	5 045	4 593	3 818	8 055	7 533	10 063	7 533
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	525 232	614 781	379 542	498 312	758 870	740 911	390 744	561 770	777 261
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	341 080	431 750	208 745	317 163	561 519	558 347	209 800	366 528	570 879
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	207 791	264 818	163 165	271 653	193 021	192 416	184 143	351 700	221 918
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	31 436	39 883	-	97 172	-	-	-	124 598	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	87 108	102 542	19 529	7 898	240 971	249 450	19 611	- 7 368	241 918
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	6 980	7 869	2 463	3 632	2 801	4 377	3 443	1 608	6 064
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	39 202	56 522	23 588	33 980	124 726	112 104	2 603	20 588	100 979
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 305	7 244	-	16 432	-	-	-	13 396	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	184 152	183 031	170 797	181 149	197 351	182 564	180 944	195 242	206 382
* Umsatzsteuer	1 000 DM	136 255	137 107	129 604	116 604	139 164	107 844	130 158	139 448	130 047
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	47 897	45 924	41 193	64 545	58 187	74 720	50 786	55 794	76 335
* Bundessteuern	1 000 DM	108 701	100 046	89 775	108 844	94 144	94 224	83 105	85 387	96 014
* Zölle	1 000 DM	7 806	6 949	5 782	11 669	10 055	8 418	3 481	9 003	7 341
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	93 404	83 209	77 829	90 899	70 602	71 377	74 731	70 835	74 849
* Landessteuern	1 000 DM	44 597	49 828	38 912	67 296	38 443	27 103	39 614	67 018	39 659
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 969	12 766	1 718	27 055	1 883	13 687	2 460	28 252	3 045
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	24 155	25 607	26 564	26 670	24 885	30 334	27 546	26 412	22 481
* Biersteuer	1 000 DM	5 904	6 294	5 713	6 144	6 949	5 266	5 369	6 900	6 811
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	281 926	328 243	.	.	312 401
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 552	8 608	.	.	9 924
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	34 377	37 647	.	.	38 719
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	198 901	237 996	.	.	219 186
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	16 389	19 219	.	.	17 309
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	391 359	424 982	330 693	369 722	473 076	458 927	327 716	373 367	479 735
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 914	190 160	91 584	139 012	250 380	248 243	90 638	159 161	252 972
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 015	119 869	112 428	116 426	128 196	115 798	114 423	123 295	130 577
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	36 906	5 440	356	662	39 550	5 524	172
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	288 219	343 212	244 558	297 272	380 913	362 033	259 611	332 427	382 107
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 897	189 374	90 305	138 523	248 452	248 109	89 825	158 103	252 972
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	80 995	89 104	78 435	86 013	93 662	86 159	90 622	101 782	89 304
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	36 906	5 440	356	662	39 550	5 524	172
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	328 353	390 518	.	.	371 045
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	122 457	148 511	.	.	132 748
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	122 871	151 759	.	.	145 083

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen; ab 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs.1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs.5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	312	344	336
* Männliche Arbeiter	DM	341	375	367
* Facharbeiter	DM	364	397	389
Angelernte Arbeiter	DM	329	364	355
Hilfsarbeiter	DM	287	317	310
* Weibliche Arbeiter	DM	208	228	222
* Hilfsarbeiter	DM	197	215	211
Bruttostundenverdienste	DM	7,15	7,96	7,76
* Männliche Arbeiter	DM	7,64	8,50	8,26
* Facharbeiter	DM	8,15	8,98	8,74
Angelernte Arbeiter	DM	7,37	8,25	8,01
Hilfsarbeiter	DM	6,38	7,23	7,03
* Weibliche Arbeiter	DM	5,18	5,75	5,64
* Hilfsarbeiter	DM	4,87	5,41	5,30
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,6	43,0	43,3
Männliche Arbeiter	Std.	44,5	44,1	44,4
Weibliche Arbeiter	Std.	40,1	39,4	39,4
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 680	1 971	1 933
* männlich	DM	1 517	1 744	1 714
* weiblich	DM	1 824	2 105	2 077
Technische Angestellte	DM	1 187	1 345	1 306
* männlich	DM	1 932	2 223	2 174
* weiblich	DM	1 989	2 271	2 220
* weiblich	DM	1 358	1 510	1 468
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 157	1 341	1 347
* männlich	DM	1 150	1 319	1 323
* weiblich	DM	1 504	1 711	1 721
* weiblich	DM	915	1 021	1 018
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 433	1 674	1 657
* männlich	DM	1 301	1 481	1 472
* weiblich	DM	1 657	1 880	1 874
Technische Angestellte	DM	1 013	1 131	1 115
* männlich	DM	1 910	2 191	2 140
* weiblich	DM	1 968	2 239	2 189
* weiblich	DM	1 331	1 482	1 428
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)										
Pflichtmitglieder	1 000	1 122	1 111	1 107	1 108	1 107	1 114	1 112
Rentner	1 000	676	677	675	675	673	673	671
	1 000	366	370	368	369	370	376	376
Krankenstand der Pflichtmitglieder										
Männer	%	4,9	5,6	5,3	5,5	5,0	6,4	5,9
Frauen	%	5,0	5,7	5,4	5,6	5,2	6,4	5,9
	%	4,6	5,3	4,9	5,3	4,7	6,4	5,8
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	394 570 ³⁾	409 369	404 546	409 462	412 422	417 843	416 937	414 928	416 220
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	130 911 ³⁾	150 244	139 172	143 277	143 983	163 026	161 222	159 344	160 986
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 794	9 176	6 816	7 027	6 224	25 663	20 635	18 803	18 629
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 748	8 155	5 806	6 011	5 272	23 255	18 506	16 750	16 477
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	153	149	.	.	150	147	.	.	146
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	38 326	40 965	41 027	40 579	41 623	43 951	43 890	43 880	45 247

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 672	61 973 ^p	61 880 ^p	61 904 ^p	61 933 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	34 594	32 879 ^p	34 427 ^p	31 871 ^p	39 065 ^p	22 028 ^p	32 736 ^p	30 287 ^p	47 437 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	58 435	52 970 ^p	55 418 ^p	53 280 ^p	55 208 ^p	48 555 ^p	54 279 ^p	53 712 ^p	56 857 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 939	60 919 ^p	61 029 ^p	59 858 ^p	59 208 ^p	58 179 ^p	66 265 ^p	62 093 ^p	61 274 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 2 504	- 7 950 ^p	- 5 611 ^p	- 6 578 ^p	- 4 000 ^p	- 9 624 ^p	- 11 986 ^p	- 8 381 ^p	- 4 417 ^p
Arbeitslose	1 000	246	273	287	241	211	620	562	517	457
Männer	1 000	141	150	169	128	105	379	329	281	239
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 028	20 452	20 340	21 363	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	292	290	283	293	288	270	299	326	319
Milcherzeugung	1 000 t	1 791	1 772	1 936	1 978	2 149	1 648	1 961	2 028	2 191
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 340	8 368	8 348	8 347	8 352	8 252	8 232	8 210	8 190
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	934	929	973	916	969	882	910	903	923
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	49 668	55 578	56 902	52 818	57 313	57 248	63 904	62 924	65 791
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 950	11 936	12 262	11 095	12 369	13 790	15 944	15 108	15 947
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	166	179	178	189	184	180	181	188	184 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	167	180	180	190	185	183	184	189	186 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	164	177	176	186	182	178	179	186	183 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	232	256	266	263	233	288	284	260	252 ^p
Bergbau	1962 = 100	94	94	98	96	93	99	99	93	93 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	169	182	182	192	189	183	185	193	189 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	191	212	210	220	220	214	217	227	224 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	162	177	178	188	184	180	178	186	184 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	163	167	173	183	174	166	171	175	166 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	148	153	141	155	154	147	147	158	156 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	152	150	132	166	175	123	135	158	157 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 539	8 112	9 221	7 732	8 328	7 805	8 300	7 656	8 119
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 201	9 888	9 810	9 113	9 570	10 150	16 654	9 629	10 161
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 667	3 069	3 154	2 940	3 142	3 190	3 561	3 235	3 403
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 596	4 127	4 302	3 853	4 171	4 162	4 689	4 174	4 506
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 599	3 059	3 212	2 770	3 226	3 210	3 592	3 255	3 501
Stromerzeugung	Mill. kWh	22 898	24 916	26 571	24 532	23 406	26 005	27 825	24 563	25 208
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 682	3 933	8 059	7 395	7 475	3 967	4 266	3 942	4 040
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 533	1 508	1 486	1 517	1 530	1 338	1 359	1 369	1 366
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	196	189	202	231	149	168	185	193
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 170	6 445	5 076	5 138	5 607	4 412	4 965	5 101	5 673
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	64 053	54 841	65 900	59 029	68 245	27 803	36 961
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	220	219	218	221	190	222	234	234
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	107	128	128 ^r	121	132 ^r	132	147 ^r	149 ^r	149 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	166	166	164	181	149	171	174	188
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	12 120	12 358	11 608	13 048	12 363	15 080	14 761	16 077
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	14 873	14 686	14 179	15 870	17 436	19 711	19 339	20 958
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	2 753	2 328	2 571	2 822	5 073	4 631	4 578	4 881

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	93	98	97	93	96	102	104
Binnenschifffahrt	1970 = 100	95	102	103	108	115	102
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	97	108	104	101	107	122	122
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	103	103	97	102	103	100	100
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	104	107	111	98	108	117	111
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	45 767	47 429	44 673	44 934	45 033	44 962	46 224	46 586	48 242 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	681 676	756 976	699 767	703 969	708 750	760 397	762 534	765 773	768 835 ^p
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	569 672	631 587	585 294	589 288	593 563	632 825	637 099	637 979	640 583 ^p
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	112 004	125 389	114 473	114 681	115 187	127 572	125 435	127 794	128 252 ^p
Spareinlagen	Mill. DM	565 845	634 201	578 928	581 700	587 702	634 924	631 938	636 548	638 769 ^p
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	261 673	280 486	263 693	263 739	263 150	281 722	281 687	282 373	283 675 ^p
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	150,5	144,7	163,9	164,1	150,4	126,0	122,9	124,5	122,2
		79,4	70,8	75,4	73,9	71,2	68,1	64,3	63,2	62,6
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	7 133	8 385	10 960	4 861	4 677	5 451	11 636	5 461	5 635
Lohnsteuer	Mill. DM	4 095	5 105	3 775	4 123	4 216	4 596	4 109	4 679	5 284
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 915	4 152	3 633	3 893	4 599	5 189	3 825	4 046	4 967
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 846	2 938	2 471	2 655	2 669	3 504	2 402	2 488	2 652
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 498	2 812	2 584	2 651	2 635	2 764	2 652	2 554	2 768
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	118,7	...	124,8	124,9	125,8	119,6	118,0	114,3 ^p	113,7 ^p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	127,3	...	131,9	131,5	134,5	142,6	143,5	143,0	142,6
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	116,1	123,8	121,4	122,2	122,8	134,8	136,9	138,3	140,0
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	174,3	187,1	.	.	188,5	193,9	.	.	202,2
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	126,7	130,9	.	.	132,0	139,2	.	.	144,6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	111,1	118,8	116,8	117,5	118,2	124,8	125,2	125,9	126,7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	109,7	118,0	116,4	118,0	119,1	121,8	122,3	123,4	124,3
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	112,3	120,7	118,2	119,3	120,0	126,2	127,3	128,5	129,0
Wohnungsmiete	1970 = 100	112,5	119,2	117,7	118,1	118,6	123,2	123,8	124,2	124,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	110,1	128,2	118,7	117,3	119,3	156,1	150,1	143,5	144,8
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	109,7	114,3	113,7	113,7	114,2	119,8	120,8	121,4	122,0
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	114,0	122,6	120,6	120,9	121,2	129,9	131,1	133,6	134,5
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	113,8	121,6	119,5	120,1	120,9	127,2	128,2	129,7	130,6
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	108,1	113,7	112,4	112,9	113,1	119,9	120,7	121,7	122,6
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	111,9	117,8	115,2	115,3	115,5	122,7	123,2	123,4	123,6
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	110,7	118,2	116,3	117,1	117,7	123,8	124,3	125,2	125,8
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	116,9	129,1	.	128,1
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	120,5	134,1	.	132,6
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	120,6	133,2	.	131,7
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	122,0	135,7	.	133,6
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	97,0	.	97,4
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,7	98,8	.	99,2

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM - Noten und - Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

95,8% der Abiturienten bestanden die Reifeprüfung

In den Abschlußklassen der öffentlichen und privaten Gymnasien des Landes Rheinland-Pfalz befanden sich am 10. März dieses Jahres 4 120 Schüler und 3 098 Schülerinnen. 4 097 männliche und 3 091 weibliche Jugendliche meldeten sich zur Reifeprüfung. 30 Schüler (0,4%) gingen nicht in das Abitur.

Mit Erfolg abgelegt haben das Abitur 6 918 (95,8%) Prüflinge, 3 031 davon waren weiblich (Erfolgsquote 97,8%). An öffentlichen Schulen hatten sich 6 331 zur Reifeprüfung gemeldet, 6 091 (95,7%) erhielten das Abschlußzeugnis, 238 (3,8%) nicht. Etwas höher als an öffentlichen lag die Erfolgsquote an privaten Schulen. Von den 853 Schülern, die an privaten Gymnasien zum Abitur gemeldet waren, erreichten 827, das sind 96,7%, das Ausbildungsziel, 25 (2,9%) nicht.

Von den 263 (3,6%) examinierten Schülern, denen kein Reifezeugnis ausgestellt werden konnte, waren 113 in der schriftlichen und 150 in der mündlichen Prüfung gescheitert.

Die höchste Erfolgsquote erreichten die Schüler von sozialwissenschaftlichen Gymnasien: 98,5% bestanden das Abitur. Etwas weniger erfolgreich waren die Absolventen von altsprachlichen Gymnasien, von denen 97,3% die Reifeprüfung mit Erfolg ablegten, die Schüler von neusprachlichen Gymnasien mit 96% und die Teilnehmer am Aufbauzug für Realschulabsolventen mit 95,4%. Die niedrigste Erfolgsquote verzeichneten die mathematisch-naturwissenschaftlichen mit 95,2% und die Aufbaugymnasien mit 94,1%. An allen Schultypen - außer an sozialwissenschaftlichen Gymnasien - legten prozentual mehr Schülerinnen als Schüler ein befriedigendes Ergebnis vor.

Alle 32 Schüler, die in der Mainzer Studienstufe zum Abschluß geführt und bereits nach der zwölften Klasse geprüft wurden, bestanden die Reifeprüfung. Weniger gut schnitten deren Schulkameraden aus den 13. Klassen ab. Hier waren 477 Schüler gemeldet, das Abitur bestanden 462 (96%).

Gut die Hälfte der Schüler (3 511 oder 50,8%), die 1974 das Abitur bestanden, waren 1955 geboren, also 19 Jahre alt. 922 (13,3%) waren jünger, 1 853 (26,8%) ein Jahr älter und 632 (9,1%) wurden 1953 und später geboren. ke

Mehr Mädchen als Jungen wechseln auf Realschulen über

Für das Schuljahr 1974/75 wurden an den rheinland-pfälzischen Grundschulen 61 338 Schulanfänger angemeldet, 31 838 (51,9%) Jungen und 29 500 (48,1%) Mädchen. Das sind rund 2 500 ABC-Schützen weniger als im Vorjahr. Vom Schulbesuch zurückgestellt oder befreit wurden 2 689 Kinder, 1 529 davon waren Buben.

Mit dem Ende des Schuljahres 1973/74 wurden aus den Hauptschulen 35 527 Schüler entlassen, die ihre Volksschulpflicht beendet hatten. Zum Schuljahreswechsel beabsichtigten 6 897 Schüler, darunter 3 458 (50,1%) Schülerinnen, auf die integrierte Gesamtschule oder in Klassen der gemeinsamen Orientierungsstufe zu wechseln. Mehr Mädchen als Jungen wollten auf eine Realschule: Von 8 517 Schülern, die einen direkten Schulwechsel auf die Realschule planten - ohne dazwischen eine Klasse der gemeinsamen Orientierungsstufe zu besuchen -, waren 4 633 (54,4%) Mädchen. Umgekehrt verhält es sich bei den Übergängen auf Gymnasien: Unter den 14 065 Grundschulern, die unmittelbar auf diese Schulen wollten, waren nur 6 813 (48,4%) Mädchen gegenüber 7 252 (51,6%) Jungen. ke

Rund 31% der künftigen Lehrer wollen an Gymnasien unterrichten

An den 14 Studienseminaren des Landes Rheinland-Pfalz bereiteten sich im März 1974 insgesamt 1 085 Studienreferendare und Realschullehreranwärter auf die pädagogische Staatsprüfung vor. 643 (59,3%) davon waren Männer, 422 (40,7%) Frauen. Für das Lehramt an Gymnasien wurden 337 (31,1%) Seminaristen ausgebildet, Lehrer an Realschulen wollen 297 (27,4%) werden und an berufsbildenden Schulen wollen 451 (41,5%) unterrichten.

Dabei streben Frauen mit 215 (48,6%) überwiegend das Lehramt an Realschulen an. An Gymnasien wollen 135 (30,5%), an berufsbildenden Schulen nur 92 (20,8%) Unterricht erteilen. Von den Männern lassen sich die meisten (359 oder 55,8%) für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ausbilden, 202 (31,4%) wollen Gymnasiallehrer werden und nur 82 (12,8%) wollen sich in der Prüfung für das Lehramt an Realschulen qualifizieren.

1973 waren die Relationen der angehenden Lehrer und Lehrerinnen je nach Schulart wie folgt: 711 Kandidaten legten die Prüfung ab, 431 (60,6%) Männer und 280 (39,4%) Frauen. Davon gingen an Gymnasien 355 (49,9%), an Realschulen 185 (26,0%) und an berufsbildenden Schulen 171 (24,1%). Von den Frauen wurde das Lehramt an Gymnasien vorgezogen, für das 124 (44,3%) die Prüfung ablegten. ke Mehr über dieses Thema auf Seite 198

Mehr als ein Viertel der 8 912 studienwilligen Abiturienten will Lehrer werden

Von den Abiturienten des Jahres 1974 wollen weniger an einer Hochschule studieren als 1973. Hatten im Vorjahr noch 88,2% der abgehenden Schüler die Absicht, zu studieren, so sind es 1974 nur noch 83,4%. Die männlichen Abiturienten beabsichtigen dabei mit 84,7% in geringfügigerem Ausmaß mehr als die weiblichen Abiturienten mit 81,3%, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Zugenommen hat die Zahl der Unentschlossenen: 1973 konnten 7,6% der Schüler keine Aussage über ihren Beruf machen, 1974 hatten 10,5% noch keine Vorstellung davon. Eine steigende Tendenz zeigt auch die Zahl der Abiturienten, die nicht studieren wollen: Waren es 1973 noch 4,2%, die keine Studienabsicht hatten, so gaben 1974 bereits 6,1% an, nicht an eine Hochschule gehen zu wollen.

An einer rheinland-pfälzischen Universität wollen von den 8 912 zum Studium entschlossenen Abiturienten 1 669 (18,7%) studieren, 397 (4,5%) wollen an eine Erziehungswissenschaftliche Hochschule und 2 632 (29,5%) an eine Fachhochschule des Landes gehen.

Das begehrteste Ausbildungsziel stellt noch immer das Lehramt dar: 26,2% der Studienwilligen, das sind 2 337 von 8 912 Schülern, wollen Lehrer werden. Dabei dominiert dieser Berufswunsch bei den Mädchen mit 40,6% (1 274 von 3 141 Studienwilligen) gegenüber 18,4% (1 063 von 5 771) bei den Jungen. Das Lehramt an Gymnasien wird von 43,9% (1 027), an Grund- und Hauptschulen von 22,7% (531) und an berufsbildenden Schulen von 13,3% (311) der Schüler mit dem Berufswunsch Lehrer angegeben. Am wenigsten genannt wurde das Lehramt an Realschulen mit 11,4% (266) und an Sonderschulen mit 8,6% (202). ke

Ernteaussichten 1974 unterschiedlich

Nach einem sehr milden Winter sowie einem zeitigen und trockenen Frühjahr gestaltete sich die Witterung ab Ende Mai zunächst überwiegend normal. Von Ende Juni bis Ende Juli fielen häufige und sehr ergiebige Niederschläge, die das Defizit der letzten drei Jahre zwar deutlich reduzierten, aber nicht beseitigen konnten.

Nach anfänglichen Wachstumsstörungen und Reifeverzögerungen im Juli setzten die Erntearbeiten beim Getreide in Tallagen Ende Juli ein. Die bisherigen Ermittlungen lassen Hektarerträge erwarten, die deutlich über denen von 1973 liegen. Auch die Getreideernte insgesamt dürfte trotz einer leichten Flächenreduzierung das gute Ergebnis des Vorjahres übertreffen, falls der weitere Witterungsverlauf die Einbringung ohne größere Verluste erlaubt.

Der Rebenaustrieb begann sehr frühzeitig. Der Wachstumsvorsprung ging jedoch in der zweiten Aprilhälfte wieder verloren. Ab Mitte Mai entwickelten sich die Reben normal und zeigten Anfang Juni wiederum einen reichlichen Gescheinsatz. Die häufigen Niederschläge ab Ende Juni führten jedoch in einigen Lagen zu merklichen Verrieselungsschäden bei der Blüte. Der kommende Weinherbst wird daher voraussichtlich nach der Rekordernte des Vorjahres eine etwas über dem Durchschnitt liegende Erntemenge bringen. Da sich die Trauben im Juli zügig entwickelten, bestehen hinsichtlich der Qualität durchaus noch Aussichten auf einen ansprechenden Jahrgang. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 190

Rückläufige Ackerland-, Getreide- und Hackfruchtfläche

Nach einer auf repräsentativer Grundlage durchgeführten Vorwegaufbereitung der Bodennutzungserhebung 1974 umfaßt das Ackerland in Rheinland-Pfalz rund 519 000 ha. Das sind annähernd 6 500 ha oder 1,2% weniger als vor Jahresfrist, womit sich die langjährige Rückgangstendenz fortsetzte. Die im Vorjahr erstmals wieder zurückgegangene Getreidefläche reduzierte sich erneut um 5 600 auf ungefähr 374 500 ha (— 1,5%). Mit Ausnahme der Wintergerste und des Sommerroggens verzeichneten sämtliche Getreidearten Einschränkungen. Der Anbau von Sommergerste ging nach der schlechten Marktlage im vergangenen Jahr um rund 4 000 ha auf etwa 100 000 ha zurück. Auch die Hackfrüchte beanspruchten mit 90 250 ha eine um 1,6% kleinere Anbaufläche. Der Kartoffelanbau (40 400 ha) wurde um 2,6%, der von Runkelrüben um 2,0% eingeschränkt. Zuckerrüben erfuhren dagegen eine leichte Ausdehnung. Der Rapsanbau hielt sich in etwa auf dem vorjährigen Stand.

Eine etwas größere Anbaufläche als im Vorjahr nahmen die Futterpflanzen in Anspruch, was jedoch fast ausschließlich auf die Ausdehnung der Grünmaisflächen zurückzuführen ist. Klee und Luzerne wurden dagegen weiter eingeschränkt. po

Im Gartenbau vorwiegend Obst und Gemüse

Im Jahre 1972 befaßten sich in Rheinland-Pfalz 12 400 Betriebe mit Verkaufsanbau von Gartengewächsen. Bei knapp der Hälfte davon handelte es sich um reine Gartenbaubetriebe mit 90% und mehr der gesamten Verkaufserlöse aus dem Anbau von Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen sowie Baumschulkulturen. Bei 16% erreichten diese 50 bis 90%, sie

zählten zu den Gartenbaubetrieben mit Landwirtschaft. In den landwirtschaftlichen Betrieben mit Gartenbau, die ein Drittel ausmachten, blieben die Einnahmen aus dem Gartenbau unter 50%.

Von der Flächennutzung her stand der Obstbau mit 7 500 Betrieben (60%) und der Hälfte der gärtnerischen Nutzfläche eindeutig im Vordergrund. Gemüseanbau erfolgte in 6 300 Betrieben, während Blumen und Zierpflanzen in 1 180 und Baumschulerzeugnisse in 280 Betrieben kultiviert wurden.

Für 92% aller Gartenbaubetriebe war das Vorherrschen einer Produktionsrichtung die Regel. Hierzu zählten allein 6 000 (53%) überwiegend mit Obst- und 4 400 (38%) überwiegend mit Gemüsebau. Die Unterglasfläche umfaßte 166 ha in annähernd 1 400 Betrieben. Die Gewächshäuser, für deren Beheizung größtenteils Mineralöl Verwendung fand, beanspruchten 115 ha. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 203

Rinderbestände 1974 leicht erhöht

Nach dem endgültigen Ergebnis der am 31. Mai 1974 durchgeführten repräsentativen Zwischenzählung waren in Rheinland-Pfalz nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes Bad Ems rund 713 800 Rinder vorhanden gegenüber 708 200 vor Jahresfrist. Bei den weniger als ein Jahr alten Tieren ergab sich eine beachtliche Zunahme um 26 700 (+ 12%). Der Bestand an Milchkühen wurde dagegen um 2,5% auf 247 000 eingeschränkt. Die Zahl der Betriebe mit Rindern entwickelte sich erneut rückläufig und nahm gegenüber Juni vorigen Jahres um rund 3 700 auf 44 000 ab.

Der Schafbestand umfaßte 94 900 Tiere gegenüber 95 600 vor einem Jahr. Eine kräftige Zunahme erfuhren die Bestände an weiblichen Schafen zur Zucht, die sich um 7% auf 48 500 erhöhten. Die Zahl der Schafhalter belief sich auf 3 000, das waren 5,6% mehr als vor Jahresfrist. wr

Milcherzeugung im 1. Halbjahr 1974 leicht rückläufig

Die Milcherzeugung in Rheinland-Pfalz belief sich im 1. Halbjahr 1974 auf 495 600 t. Das waren 0,6% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Während die Zahl der Milchkühe um 0,2% eingeschränkt wurde, sank der durchschnittliche tägliche Milchertrag je Kuh um 0,1 auf 10,9 kg. Von der gesamten Milchmenge gelangten 84,6% an Molkeereien gegenüber 84,2% im 1. Halbjahr 1973. An Tiere verfüttert wurden 8,2%, während 4,7% in den Erzeugerhaushalten dem Frischverbrauch und der Verarbeitung zugeführt wurden. wr

Größere Schlachtmenge

Im 1. Halbjahr 1974 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt rund 100 800 Rinder, 6 500 Kälber, 543 400 Schweine und 4 100 Schafe inländischer Herkunft geschlachtet. Verglichen mit dem 1. Halbjahr 1973 nahm die Zahl der Schlachtungen bei Rindern um 16%, bei Kälbern um 41% und bei Schafen um 33% zu, während sie sich bei Schweinen um 5,2% verringerte. Die gesamte Schlachtmenge erhöhte sich um 2,5% auf 75 300 t. Eingeführt und geschlachtet wurden 1 688 Rinder, 19 516 Schweine und 94 Pferde. Die hieraus gewonnene Schlachtmenge betrug 1976 t gegenüber 2 377 t in den ersten sechs Monaten 1973. wr

AUSGEWÄHLTE STRUKTURDATEN FÜR VERBANDSGEMEINDEN,
VERBANDSFREIE GEMEINDEN, KREISFREIE STÄDTE UND LANDKREISE 1974

Umfang 40 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 2,50

Gebiet, Bevölkerung und Wohnungen											
Schlüssel-Nr.	Verwaltungsbezirk	Katasterfläche	Wohnbevölkerung am			Privathaushalte am 27.5.1970		Wohngebäude am 31.12.1972			
			13.9.1950	30.6.1973		insgesamt	Ein- personen- haushalte	Gebäude	Wohnungen		
				insgesamt	männlich					weiblich	
			ha	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
11	1 240	11 749	56			17 051	15 773	21 508			

Krankenhäuser am 31.12.1972			Grund- und Hauptschulen am 5.9.1972		Sonderschulen am 5.9.1973		Realschulen am 15.9.1973		Gymnasien		Schlüssel-Nr.
Krankenhäuser	Planmäßige Betten	Stationär behandelte Kranke	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	
Anzahl											
11	1 240	11 749	56								

Schlüssel-Nr.	Verwaltungsbezirk	Landtagswahl 1971 ¹⁾						Kommunalwahlen 1974 ²⁾			
		CDU	SPD	FDP	NPD	DKP	CDU	SPD	FDP	Wählergruppen	
		Anteil der gültigen Stimmen in %									
		1,7	0,5	73,3	18,6	8,0	-				

Realsteuer-Istaufkommen 1972								Allgemeine Finanzzuweisungen 1972 ¹⁾		Schuldenstand am 31.12.1972 ¹⁾		Schlüssel-Nr.
insgesamt	je Einwohner	Grundsteuer		Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Lohnsummensteuer	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner			
		A	B									
11 029 499	168,29	899 032						1 000 DM	DM			

Schlüssel-Nr.	Verwaltungsbezirk	Landwirtschaftliche Betriebe 1972		Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten				Industrie 1972			
		Betriebe	Landwirtschaftl. genutzte Fläche	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Betriebe	Beschäftigte je 1 000 Einw.		
				1950	1970	1950	1970		insgesamt		
		Anzahl	ha	Anzahl							

Bauhauptgewerbe am 30.6.1973		Handwerk		Fremdenverkehr am 1.4.1973		Einzelhandel am 30.9.1968		Schlüssel-Nr.
Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Betten	Betriebe	Beschäftigte	
Anzahl								
99	1 621	876	3 990	394	12 106	1 285 651	653	1 904

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | ϕ = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| . | r = berichtigte Angabe |
| = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich | s = geschätzte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) * 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.